

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 18. Dezember 2008
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.30 Uhr – 22.35 Uhr**

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ursula Amsler Celidonio, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Thomas Marbet, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Markus Oegerli, 10. Luzia Stocker Rötheli, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich,
13. Lea von Wartburg, 14. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Dr. Max Pfenninger, 7. Daniel Probst, 8. Thomas Rauch, 9. Andreas Schibli,
10. Rolf Schmid, 11. René Wernli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Roland Rudolf von Rohr, 7. Marcel Steffen, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Kappeler, 3. André Köstli, 4. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber
Ferner anwesend:
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Roland Giger, a. Rektor
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:
Käthi Bolzern
Brigitte Rosselet
Stefan Nünlist
Rudolf Lutz
Anna Engeler

Vorsitz: Werner Good

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Büro des Gemeindeparlaments, 1. Vizepräsident/Demission und Ersatzwahl
3. Neue Sozialregion Olten/Wahlen
4. Geleitete Schulen, Konzept/Genehmigung
5. Eissportanlagen, Erhöhung Betriebsbeitrag, Einlage von zusätzlichem Aktienkapital und Gewährung eines Darlehens/Genehmigung
6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 6.1. Motion Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnende betr. Darlehen an die Sportpark AG für Sanierung Eisstadion (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)
 - 6.2. Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Sportpark AG und Kunsteisbahn (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)
 - 6.3. Motion Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende betr. provisorische Schliessung Alkoholikertreff und Kündigung Leistungsauftrag mit OGG (eingereicht am 24.06.2008/neu traktandiert)
 - * 6.4. Interpellation Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bestand und Koordination von Schulräumen in der Stadt Olten (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)
 - * 6.5. Interpellation Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. neues Schulmobiliar und allgemeine Renovation Sälischulhaus (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)
 - 6.6. Postulat Felix Wettstein (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Schulkreisbildung für die Trägerschaft der Sekundarstufe I (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)
- * aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Werner Good begrüsst die Anwesenden herzlich zur Sitzung.

* * *

Wahl Ersatzstimmzählerin

Einstimmig wird Anita Huber als Ersatzstimmzählerin für Anna Engeler gewählt.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Werner Good:

Medienmitteilung betr. Kosten Verfahren Fehlmann/Rauber und Hänggi

Sie finden auf Ihrem Pult die Medienmitteilung. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass Sie den Text im untersten fett gedruckten Rahmen beachten, wenn Sie die Zahlen auch beurteilen wollen. Es steht unten, wie welche Zahlen beurteilt werden sollen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Postulat Rolf Braun (SP) und Mitunterzeichnende betr. Nachtbus
- Postulat Andreas Schibli (Fdp) und Mitunterzeichnende betr. Ergänzung des städtischen Baureglements

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 43

Büro des Gemeindeparlaments, 1. Vizepräsident/Demission und Ersatzwahl

Für das Büro des Gemeindeparlaments ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 27. November 2008 gibt Patrick Kissling (CVP) den Rücktritt aus dem Büro des Gemeindeparlamentes per 18. Dezember 2008 bekannt.

Als Nachfolger für Patrick Kissling schlägt die CVP Daniel Joss als neues Mitglied des Gemeindeparlamentbüros und 1. Vizepräsidenten zur Wahl vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Patrick Kissling (CVP) und die Ersatzwahl von Daniel Joss (CVP) zu genehmigen.

- - - - -

Patrick Kissling: Der Entscheid, als 1. Vizepräsident zurück zu treten, ist mir nicht ganz leicht gefallen. Ich habe mich im Sommer 2006 dafür entschieden, den langen Weg über den Stimmzähler, 2. Vizepräsidenten und 1. Vizepräsidenten zum Parlamentspräsidenten anzutreten und falls ich vom Volk im nächsten Frühling noch einmal gewählt worden wäre, auch zu Ende zu führen. Im jetzigen Moment kurz vor der Krönung zurück zu treten, hat sowohl berufliche wie auch private Gründe. Vor drei Semestern habe ich ein Nachdiplomstudium angefangen, für das ich während der Präsidentschaftzeit noch eine Masterthesis schreiben müsste. Im vergangenen August hat sich für mich auch eine Tür geöffnet, meine berufliche Selbständigkeit aufzubauen. Zu guter Letzt darf ich mich auch noch riesig darüber freuen, dass ich im nächsten Mai Vater werde. All diese Gründe haben mich dazu bewogen, in der Politik etwas kürzer zu treten, damit neben der beruflichen Belastung auch noch genügend Zeit für meinen Nachwuchs bleibt. Ich möchte in einigen Jahren nicht wie Herr Ledergerber das Gefühl haben müssen, dass ich etwas verpasst habe. Deshalb ist mein Motto nicht: „Vom Stapi zum Papi“, sondern: „1. Vize ist Spitze“ und lieber später einmal: „Vom Papi zum Stapi“. Merci.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Werner Good: Ich bedauere es einerseits, weil ich mich jetzt schon daran gewöhnt habe, wie Patrick mich unterstützt, mir eingeflüstert und genau kontrolliert hat, ob jemand länger als fünf oder fünfzehn Minuten redet. Er hat immer diese Zeiten aufgenommen. Ich möchte ihm für die Arbeit, die er hier geleistet hat und noch weiterhin bei uns leisten wird, danken.

Beschlüsse

Mit 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Demission von Herrn Patrick Kissling (CVP) genehmigt.

Mit 37 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Ersatzwahl von Herrn Daniel Joss (CVP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Patrick Kissling, Rosengasse 33, 4600 Olten

Herrn Daniel Joss, Konradstrasse 31, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 16/23

Prot.-Nr. 44

Sozialregion Olten, Bildung einer neuen Sozialkommission, Mitglieder EG Olten/Wahl

1. Ausgangslage

Am 29. Mai 2008 hat das Gemeindeparlament der Einwohnergemeinde der Stadt Olten der Bildung einer Sozialregion Olten zugestimmt. Für diese Sozialregion ist eine neue regionale Behörde mit 7 Mitgliedern zu bilden, die an Stelle der bisherigen Behörden auf Gemeindeebene tritt. Aufgrund der Grössenverhältnisse ist das Präsidium durch die Einwohnergemeinde Olten zu besetzen. Die übrigen Behördenmitglieder werden proportional zu den Fallzahlen bestimmt. Die neue Sozialkommission setzt sich demnach wie folgt zusammen:

Einwohnergemeinde	Olten	4 Mitglieder (inkl. Präsidium)
„	Trimbach	2 Mitglieder
„	Winznau	1 Mitglied

Die angeschlossenen Gemeinden Hauenstein-Ifenthal und Wisen stellen aufgrund ihrer Grösse und der Fallzahlen keine Behördenmitglieder, bestimmen aber eine Person, die als Beisitzer oder Beisitzerin an den Sitzungen teilnehmen kann.

2. Gewählte Mitglieder der angeschlossenen Gemeinden in die neue Sozialkommission

Mit Beschluss vom 23. September 2008 hat der Gemeinderat von Trimbach folgende zwei Vertretungen gewählt:

- Rolf Graf, Brüelmattstrasse 15 (bisher Gemeinderat Ressort Soziales)
- Silvia Lehmann, Hagmattstrasse 7 (bisher Mitglied der Vormundschafts- und Sozialbehörde)

Mit Beschluss vom 7. Oktober 2008 hat der Gemeinderat von Winznau folgende Vertretung gewählt:

- Gisela Stoll, Brunnackerstrasse 12 (bisher Präsidentin der Vormundschafts- und Sozialhilfekommision)

Als Beisitzende wurden gewählt:

- Margrit Hardegger, Eichacker 6, 4633 Hauenstein-Ifenthal (Ressortleiterin Sozialwesen)
- Christoph Ambühl, Schneggenackerstrasse 219, 4634 Wisen (Gemeinderat Ressort Soziales und bisher Vizepräsident der Sozialhilfekommision und Vormundschaftsbehörde)

3. Vertretung der Einwohnergemeinde Olten in der neuen Sozialkommission

Für die Stadt Olten ergibt sich für die Kommissionen folgende proportionale Sitzverteilung aufgrund der Ergebnisse der Gemeindeparlamentswahlen vom 24. April 2005:

<u>4er Kommissionen</u>	2005-09
Sozialdemokratische Partei Olten	2
Grüne	0
Christlichdemokratische Volkspartei der Stadt Olten	1
Evangelische Volkspartei Olten	0
Freisinnig-demokratische Partei der Stadt Olten	1
Schweizerische Volkspartei Stadt Olten	0
Junge Alternative (JA)	0

3.1. Wahlvorschläge

Gestützt auf die Anträge der Parteien werden seitens der Einwohnergemeinde Olten für die neue Sozialkommission folgende Personen als ordentliche Mitglieder zur Wahl vorgeschlagen:

- Good Werner, SP (bisher)
- Gomm Füzi Brigitte, SP (bisher)
- Daniel Joss, CVP (bisher)
- Peter Fehlmann, FdP (bisher)

Beschlussesantrag:

1. Die unter Ziff. 3.1. vorgeschlagenen Personen werden per 1. Januar 2009 als ordentliche Mitglieder in die neue Sozialkommission für den Rest der Amtsperiode 2005/09 gewählt.
2. Das Präsidium wird an der konstituierenden Sitzung der neuen Sozialkommission bestimmt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Beschluss

Mit 40 : 0 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die unter Ziff. 3.1. vorgeschlagenen Personen werden per 1. Januar 2009 als ordentliche Mitglieder in die neue Sozialkommission für den Rest der Amtsperiode 2005/09 gewählt.
2. Das Präsidium wird an der konstituierenden Sitzung der neuen Sozialkommission bestimmt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung:
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 13/11, 45/5

Prot.-Nr. 45

Geleitete Schulen Stadt Olten, Konzept/Genehmigung und Nachtragskredit

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Zusammenfassung

Das neue Konzept Geleitete Schulen Stadt Olten löst auf Beginn des Schuljahres 2009/2010 das bisherige Konzept ab, welches die Grundlage für die Führung der Schulen in den letzten drei Schuljahren bildete. Es wird notwendig, weil der Kanton nach der Volksbefragung vom April 2005 die Einführung des Modells «Geleitete Schule» vorschreibt. Die Stadt Olten ist auf diesem Wege bereits weit vorangeschritten. Mit der Genehmigung des neuen Konzeptes sind vor allem auch Neuerungen im Bereiche der Anstellung der Schulleiter/Schulleiterinnen und der Berechnung der Schulleitungspensen verbunden. Neu werden Führungsgrundsätze festgehalten und die Schulleitungs-Stufenkonferenzen verbindlich aufgenommen. Im Organigramm mit Systemlandschaft wird neu auch das Umfeld der Schule dargestellt und die Musikschule/Jugendmusik als Teil der Geleiteten Schulen Olten analog der anderen Schulen/Schulhäuser aufgenommen. Ein detailliertes Funktionendiagramm und die Stellenbeschriebe im Anhang zeigen, wie Rechte, Pflichten und Kompetenzen geregelt sind.

Das neue Konzept bringt eine Stärkung der Schulleitungen, welche zudem neue Aufgaben in der Personalführung übernehmen müssen. Mit den gemäss Schülerzahlen im Schuljahr 2007/2008 angenommenen Ausgangslage entsteht deshalb eine Zunahme von bisher 340 auf neu 413 Stellenprozente. Für die Geleiteten Schulen Olten entsteht damit ab Schuljahr 2009/2010 ein jährlicher Kostenaufwand von rund Fr. 722'000.—. Der Kanton beteiligt sich an den gesamten Kosten für die Schulleitungen mit einem Beitrag von rund Fr. 95'000.— pro Schuljahr.

Gegenüber dem bisher gültigen Konzept ergibt sich gesamthaft ein jährlicher Mehraufwand von Fr. 193'000.— (inkl. Sozialleistungen). Im Budget 2009 wird anteilmässig für die Monate August bis Dezember ein Betrag von Fr. 80'000.— als Nachtragskredit beantragt.

2. Ausgangslage

Nachdem sich die Primarschule Hübeli bereits anfangs der neunziger Jahre als Pionierschule für den Aufbau dieser neuen Schulführungsart zur Verfügung gestellt hatte, wurde im Jahre 2001 durch das Rektorat ein erstes Konzept «Geleitete Schulen Olten» erarbeitet und im Jahre 2002 umgesetzt. Dieses erste Konzept wurde nach drei Jahren, im Jahre 2006, überarbeitet und den neuen Vorgaben des Kantons angepasst. Dieses Konzept hat ab 2006/2007 bis Ende des Schuljahres 2008/2009 Gültigkeit. Auf Grund der Vorgaben des Konzeptes 2002 haben alle Schulen der Stadt Olten den Prozess zur Geleiteten Schule in Angriff genommen, mit dem Ziel, bis Ende des Schuljahres 2008/2009 die Anerkennung als Geleitete Schule im Normalbetrieb zu erlangen.

Nachdem die neue Schulleitungsverordnung vom Kanton am 1. August 2006 in Kraft gesetzt wurde, beauftragte die Direktion Bildung und Sport eine Arbeitsgruppe unter der Leitung

desRektors mit der Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben. Als externer Berater wurde Guido Bruggmann (Basel) bestimmt. Das Konzept konnte im Juli 2008 abgeschlossen werden und ging zur Vorprüfung an das Amt für Volksschule und Kindergarten des Kantons Solothurn (AVK), welches in zwei Punkten eine Präzisierung verlangte. Das Konzept kann dennoch fristgerecht im Herbst im Stadtrat und Gemeindeparlament beraten und genehmigt werden.

2.1 Gesetzliche Vorgaben

Die Volksabstimmung vom April 2005 brachte einige wesentliche Änderungen des Volksschulgesetzes (VSG). Die Schule wird neu als «pädagogisches Dienstleistungsunternehmen» verstanden.. Die kantonale Aufsichtsbehörde (AVK) handelt mit der kommunalen Aufsichtsbehörde (Gemeinderat, in Olten Stadtrat) Leistungsvereinbarungen von max. drei Jahren Dauer aus, deren Umsetzung mit dem Instrument der Berichterstattung überprüft wird.

Die kommunale Aufsichtsbehörde steuert die Schule strategisch. Sie erteilt der Schulleitung einen Leistungsauftrag und stellt das Controlling sicher. Die Schulleitungen führen die Schule auf Grund von Zielvorgaben im operativen Bereich.

2.2 Neue Schulleitungsverordnung

Die neue Schulleitungsverordnung des Kantons wurde am 1. August 2006 in Kraft gesetzt. Daraus sind folgende Punkte wesentlich:

Schulleitungspersonen sind Kaderangestellte der Gemeinde. Ihr Arbeitsverhältnis richtet sich nach den kommunalen Vorgaben. Die konkrete Ausgestaltung ist durch die Gemeinde festzulegen.

Die Einreihung in die Lohnklassen richtet sich nach §120 des Gemeindegesetzes. Konkret heisst das für Olten, dass die Funktion des Schulleiters resp. der Schulleiterin in die Gehaltsskala der Einwohnergemeinde aufgenommen und entsprechend eingereiht werden muss (Punkt 8.2 des Konzepts).

Die Berechnungsgrösse des Aufwandes für die Schulleitungsaufgaben von 5 Minuten pro Schüler/in wird als Mindestgrösse taxiert (Kreisschreiben AVK vom 16. Januar 2006).

Der Staatsbeitrag von Fr. 400.— pro Kind wird voll angerechnet, sofern die Schule zertifiziert ist. Da in der Stadt Olten schon mehrere Schulen diesen Stand erreicht haben, wird der Maximalbetrag für alle Schulen ausgerichtet.

Der Leiter/ die Leiterin des Schulsekretariats wird auch im neuen Konzept als Stellvertreter des Gesamtschulleiters in administrativen und organisatorischen Bereichen eingesetzt.

2.3 Heutige Rechtsgrundlage der Stadt Olten

Die Schulordnung der Stadt Olten vom 29. März 1979 (SRO 311) enthält keine Aussagen zur vorliegenden Problemstellung, d.h. zur Schulleitung. Sie kann, nach der Genehmigung des Konzepts aufgehoben werden (Kapitel 4.2 des Konzepts).

Das Personalreglement (SRO 131) ist für die Schulleitungen, welche Kaderangestellte der Stadt Olten sind, verbindlich.

2.4 Offene Fragen

Die Frage der Weiterführung der *Schulkommissionen* ist auf kantonaler Ebene nicht abschliessend gelöst. Gemäss Konzept kann das Gemeindeparlament Fachkommissionen einsetzen, welche die Schulleitungen beratend begleiten. In der Stadt Olten sollen ab der Legislaturperiode 2009 zwei solche Fachkommissionen für die Schule und die Musikschule mit noch zu definierenden Rechten, Aufgaben und Zusammensetzung eingesetzt werden.

Das neue Konzept «Geleitete Schulen Stadt Olten» löst die alte, durch die Entwicklung überholte Schulordnung aus dem Jahre 1979 ab. Gleichwohl wird es auch künftig einen rechtsverbindlichen Erlass, ein «*Reglement der Schulen der Stadt Olten*» geben. Das neue Konzept enthält sämtliche Aspekte, die in diesem Reglement zu regeln sind. Nach Genehmigung des Konzeptes werden die für das Reglement nötigen Auszüge zusammengestellt, dem AVK zur Prüfung vorgelegt und dem Gemeindeparlament separat unterbreitet. Der Kanton schreibt die Einführung der Geleiteten Schule auf Beginn des Schuljahres 2010/2011 verbindlich vor, sagt aber nichts zur entsprechenden Rechtsmässigkeit.

Das *Organisationsreglement der Direktion Bildung und Sport* wird im Jahre 2009 überprüft und gemäss neuem Konzept angepasst.

3. Das neue Konzept

Wesentliche Neuerungen gegenüber dem Konzept 2006-2009

3.1 Konzeptgrundsätze und Führungsgrundsätze

Das neue Konzept stützt sich auf ausformulierte Führungsgrundsätze ab. Diese sind unter Punkt 2.1 und 2.2 des Konzeptes dargelegt. Dabei werden den Schulleitungen der einzelnen Schulen vermehrt Aufgaben und Kompetenzen übertragen. Entwicklungsarbeiten werden dabei in den Gremien (Schulleitungskonferenz, Stufenkonferenzen) geplant und verabschiedet. Die Gesamtschulleitung ist verantwortlich für die Führung der Schulleitungen. Die Schulleitungen sind die direkten Vorgesetzten der Lehrpersonen.

3.2 Organigramm mit Systemlandschaft

Im Kapitel 3 des Konzeptes wird unter 3.1 das Organigramm abgebildet, welches die Führungsstrukturen darstellt. Da die Schulen in einem ganzen Umfeld von weiteren Gremien, Organisationen und Trägern stehen, wird unter 3.2 das Organigramm mit Systemlandschaft abgebildet und erläutert. Es erleichtert dem Leser, den gesamten Komplex «Schule» eingebettet in die beeinflussenden Faktoren zu erkennen.

3.3 Einbindung der Musikschule/Jugendmusik und des Heilpädagogischen Schulzentrums HPSZ

Aus dem Organigramm 3.1 geht hervor, dass die Musikschule/Jugendmusik analog der anderen Schulleitungen als teilautonome Schule der Stadt Olten angegliedert ist und dem Gesamtschulleiter/Gesamtschulleiterin unterstellt wird.

Ebenso verbleibt das HPSZ analog im Organigramm, bis der Kanton über die zur Zeit laufenden Abklärungen einer direkten Unterstellung an den Kanton entscheiden wird. Ein solcher Entscheid wird frühestens auf Beginn des Schuljahres 2010/2011 erwartet.

3.4 Stufenkonferenzen Gesamt und Stufe

Seit Beginn des Schuljahres 2007/2008 werden Stufenkonferenzen regelmässig unter den Schulleitungen der Primarschulen und den Schulleitungen der Bezirks-, Sekundar- und Oberschulen durchgeführt. Diese im neuen Konzept als Stufenkonferenzen dargestellten Gremien, werden in Absprache des Gesamtschulleiters/der Gesamtschulleiterin mit den Schulleitungen regelmässig durchgeführt.

Die einzelnen Schulleitungen haben dabei das Recht, Traktanden einzubringen. Der Konferenztermin wird bei der Stundenplangestaltung eingeplant und ist für alle Schulleiterinnen resp. Schulleiter obligatorisch.

Die Gesamt-Schulleiterkonferenz umfasst alle Schulleitungen inkl. Musikschule und HPSZ. Sie wird durch den Gesamtschulleiter/die Gesamtschulleiterin einberufen und geführt.

Diese Konferenzen sind die eigentliche Schalt- und Koordinationsstelle und mit ihr werden die operativen Geschäfte vorbereitet und umgesetzt. Die Gesamtschulleiterkonferenz wird damit zur wesentlichen Steuerinstanz der Oltnen Schulen.

3.5 Funktions- und Stellenbeschriebe

Diese Beschriebe sind im Anhang angegliedert und bilden einen integrierenden Teil des Konzeptes. Für die Gremien wurden neu Funktionsbeschriebe geschaffen und für die Schulleitungspersonen sind die neuen Stellenbeschreibungen dem Konzept angepasst worden.

3.6 Andere Anstellungsform der Schulleitungen

Im Punkt 4.1 des Konzeptes wird erläutert, dass gemäss neuer Schulleitungsverordnung vom 1.8.2008 (BGS 413.215.5) die Schulleitungspersonen als Kaderangestellte der Stadt anzustellen sind und deshalb für das Schulleitungspensum dem Personalreglement der Stadt Olten unterstehen. Für ein allfälliges restliches Pensum, welches als Lehrperson geleistet wird, gilt nach wie vor der kantonale Gesamtarbeitsvertrag GAV. Bei der kantonalen Pensionskasse ist immer noch die Frage hängig, ob die Schulleitungspersonen für den Anteil des Schulleitungspensums bei der kantonalen Pensionskasse verbleiben können. Es ist zu erwarten, dass der Kanton diese Frage noch vor Beginn des Schuljahres 2009/2010 regeln wird.

3.7 Funktionendiagramm

Als Basis für die Erstellung des Funktionendiagramms wurde das Funktionendiagramm des Kantons (Ausgabe vom 28.6.2006) genommen. Es zeigt sich umfangreicher als die kantonale Vorgabe, weil die Stadt Olten auch eine Führungsebene, nämlich diejenige der Gesamtschulleitung aufweist. Es regelt die Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Führungsebenen. Das Funktionendiagramm ist ebenfalls integrierender Teil des neuen Konzeptes.

3.8 Berechnung der Schulleitungspensen

Die Berechnung der ab Schuljahr 2009/10 benötigten Pensen für die Schulleitungen übersteigen die vom Kanton als Mindestgrösse angegebenen 5 Minuten pro Schüler/in und Woche. Im Rahmen des neuen Konzeptes kommen neue Aufgaben insbesondere im Bereiche der Personalführung dazu. Die Arbeitsgruppe hat sich entschieden jeder Schulleitung zusätzlich zu den 5 Minuten ein Sockelpensum von 5 Stunden pro Woche zuzusprechen. Mit diesem Sockelpensum werden jene Aufgaben abgedeckt, welche unabhängig von der Schülerzahl eines Schulhauses geleistet werden müssen und die bei allen Schulleitungen in gleicher Art vorkommen. Insgesamt entsteht dabei im Durchschnitt über alle Schulhäuser verteilt ein Zeitbedarf von 6 Minuten 43 Sekunden pro Schüler/in und Woche. Die entsprechenden Aufstellungen sind im Konzept im Kapitel 7 dargestellt. Die Anstellungen werden jeweils auf eine volle Prozentzahl gerundet (z.B. für das Hübeli von 42,87% auf 43%). Gesamthaft ergibt sich bei der Schülerzahl des Schuljahres 2007/08 ein Bedarf von 413 Stellenprozent.

4. Finanzielle Auswirkungen

4.1 Kosten der Schulleitungen

Die Kostenberechnungen beruhen auf den Schülerzahlen des Schuljahres 2007/08. Mit der neuen Berechnungsart wird die Schulleitungsarbeit nicht mehr als Entlastung im Unterrichtspensum entschädigt. Die bisherigen 99 Entlastungslektionen machten 340 Stellenprozent aus. Mit der Berechnung auf Grund der Kinderzahlen 2007/08 und den 5 Stunden Sockelarbeitszeit ergibt sich eine Steigerung der Schulleitungspensen um 73% auf neu 413 Stellenprozent. Die Einstufung erfolgt wie in Punkt 8.2 des Konzeptes festgelegt nach der städtischen Lohnskala in die LK 20. Ab Schuljahr 2009/2010 ist deshalb mit einem Kostenbedarf von Fr. 546'800.— für die Schulleitungen zu rechnen, was einem Mehraufwand von Fr. 161.000.— (exkl. Sozialleistungen) gegenüber dem bisher gültigen Konzept gemäss Rechnung 2007 entspricht. Inkl. Sozialleistungen von rund 20% beträgt der Mehrbedarf demnach Fr. 193'000.—.

4.2 Begründung Mehrkosten gegenüber 2007/2008

Gemäss Abrechnung des Jahres 2007 betragen die Kosten für die Schulleitungen total Fr. 385'645.— (exkl. Sozialleistungen). Gemäss den unter 4.1 dargestellten Kosten von Fr. 546'800.— beträgt der Mehraufwand demnach rund Fr. 161'000.— (exkl. Sozialleistungen) resp. 193'000.— inkl. Sozialleistungen. Der Mehraufwand ergibt sich vorwiegend aus der Erhöhung der Stellenprozent und der höheren Einstufung, aber auch dadurch, dass im Jahre 2007 die Monate Januar bis Juli noch mit weniger Entlastungslektionen entschädigt wurden. Im Konzept finden sich im Kapitel 7 dazu die notwendigen Darlegungen.

Nicht in diesen Kosten der Schulleitungspensen enthalten sind gemäss Kapitel 7 des Konzeptes die weiteren organisatorischen Kosten für die Koordinatorinnen der Fachbereiche, die Betreuung der Spezialräume, die Schulhauspauschalen, die Kosten für den Lektionspool für grössere Projekte und die Weiterbildungskosten, welche gegenüber heute unverändert bleiben (Fr. 65'600.—). Gesamthaft gesehen belaufen sich die Kosten für die Geleiteten Schulen Olten auf Fr. 722'000.—. Auf der Basis der künftig entstehenden jährlichen Mehrkosten von Fr. 193'000.— ist bei einer Einführung ab August 2009 ein Nachtragskredit zum Budget 2009 von rund Fr. 80'000.— notwendig.

4.3 Kostenbeteiligung des Kantons

Der Kanton beteiligt sich an den Kosten für die Schulleitungen gemäss einem besonderen Schlüssel. Dieser ist unter Punkt 8.6 dargestellt. Die Stadt Olten erhält demnach einen Beitrag von rund Fr. 95'000.— pro Schuljahr an die gesamten Kosten der Schulleitungen.

5. Stellungnahmen

5.1 Rechtskonsulent der Stadt Olten

Der Rechtsdienst hat das Konzept begutachtet und für praktikabel befunden. Die Einführung der geleiteten Schulen inkl. der Änderungen der Kompetenzen bedarf noch einer Anpassung der Gemeindeordnung. Ausserdem wird neben dem Konzept noch ein schlankes Schulreglement nötig sein, um eine ausreichende gesetzliche Grundlage vorweisen zu können.

5.2 Finanzdirektion und Controlling der Stadt Olten

Das Konzept sowie der Bericht und Antrag wurden bezüglich der finanz- und kompetenzrelevanten Punkte geprüft, gemeinsam besprochen und können seitens der Finanzdirektion und des Controllings als korrekt befunden werden.

5.3 Schulleiterkonferenz und Schulkommission

Sowohl die Konferenz aller Schulleitungen wie auch die Schulkommission wurden periodisch informiert und die beiden Gremien erhielten Gelegenheit, Stellung zu nehmen und Anliegen einzubringen. Beide Gremien sind mit dem neuen Konzept einverstanden.

6. Gewährleistung des neuen Konzeptes durch das Amt für Volksschule und Kindergarten

Das neue Konzept inkl. Funktionendiagramm und Stellenbeschriebe wurde dem AVK zur Vorprüfung eingereicht. Das AVK hat mit Schreiben vom 19. August 2008 einige Präzisierungen vorgeschlagen, welche aufgenommen wurden. Das AVK hat dabei auch signalisiert, dass dem Konzept von Seiten des Kantons zugestimmt wird.

Beschlussesantrag:

I.

1. Das vorliegende neue Konzept «Geleitete Schule Olten» und die damit zusammenhängende Anpassung der Stellenprozente werden genehmigt.
2. Für die zusätzlichen Stellenprozente wird anteilmässig für die Monate August bis Dezember 2009 ein Nachtragskredit von Fr. 80'000.— bewilligt.
3. Die Schulordnung vom 29. März 1979 wird aufgehoben.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I/1 dieses Beschlussesantrages untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Felix Wettstein: Ich freue mich, Euch mitteilen zu dürfen, dass die Geschäftsprüfungskommission dem Beschlussesantrag einstimmig zustimmt und Euch empfiehlt, Gleiches zu tun. Die GPK unterstützt sehr, dass die Schulen der Stadt Olten eine zeitgemässe Führung erhalten sollen, die den Vorgaben des Kantons entspricht und den Besonderheiten der Stadt Olten Rechnung trägt. Das öffentliche Bildungswesen ist eine durchaus komplexe Sache, was dann in dem im Konzept enthaltenen Organigramm zum Ausdruck kommt. Es braucht die beiden Führungsebenen, einerseits die gesamtstädtische, andererseits die Leitung jeder Schuleinheit. Die GPK legt Wert darauf, dass nicht jedes herkömmliche Schulhaus eine eigene Leitung braucht, sondern es auch denkbar ist, dass zum Beispiel zwei Schulhäuser zu einer Einheit zusammen gefasst werden können, damit die Führungspensen nicht zu sehr zerstückelt werden. Das Organigramm lässt dies zu und mit den Schulleitungskonferenzen wird dem „Gärtchendenken“ entgegen gesteuert. Auch die Zukunft der Schulkommission ist kurz ein Thema gewesen. Sie muss auch demnächst geklärt werden, sinnigerweise noch vor Ende der Legislatur. Aber nicht heute, weil das vorliegende Konzept unabhängig von der Form und der Aufgaben einer künftigen Kommission, sofern es dann überhaupt noch eine geben wird, aufgebaut ist. Damit man die notwendigen Stellen rechtzeitig ausschreiben und besetzen kann, müssen wir das vorliegende Konzept heute verabschieden.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Der GPK-Sprecher hat schon eine tolle Stimmung für das Geschäft geschaffen bzw. auch als Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppe auf die wesentlichen Punkte hingewiesen. Besten Dank. Ich gehe auch davon aus, dass das umfangreiche Papier in den Fraktionen diskutiert worden ist und weiss auch, dass in den Fraktionen jeweils kompetente Vertreter gewesen sind, die an diesem grossen Werk mitgearbeitet haben, das für die Bildungslandschaft der Stadt Olten eine grosse Bedeutung hat und dort sicher auch Fragen hat beantworten können. In diesem Sinne kann ich es kurz machen, auch weil über dieses Konzept im Parlament schon einmal vor drei Jahren gesprochen wurde, als man eigentlich die Grundsätze schon diskutiert hat und auch die geleiteten Schulen in diesem Sinne provisorisch, quasi als Vorreiter im Kanton, verabschiedet hat und wir eigentlich heute nach drei Jahren gestützt auf diese Grundlage eine verfeinerte Ausgabe dieses Konzepts haben, welche die kantonalen Vorgaben berücksichtigen. Der GPK-Sprecher hat ausgeführt, dass die Grundlagen vor allem durch die kantonale Abstimmung geschaffen worden sind, die uns auch verpflichtet, die entsprechenden Neuerungen einzuführen. Ich denke vor allem neben den Schulleiterkonferenzen und der Führungsstruktur, die ganz wesentlich und auch

ein neuer Ausdruck von Führung und Verantwortung sind, dass daneben insbesondere auch der Bereich Neuregelung Anstellungsbedingungen für Schulleiter eine wichtige Rolle spielt. Mit dem heutigen Konzept dürfen wir sagen, dass eine Arbeit abgeschlossen werden kann - man muss fast sagen über Jahre. Die Arbeitsgruppe, gebildet aus Schulkommission, Schulleitern und Rektorat, hat hier in akribischer Art und Weise und sehr intensiv das Konzept verfeinert und ich denke, vor allem ein zeitgemässes und auch ein zukunftsgerichtetes Schulwesen organisationsmässig neu geschaffen. Ich denke, dass das Konzept nicht einfach ein schönes Papier ist, sondern die Grundlage, quasi der Teppich dafür, dass die zukünftigen anstehenden Reformen, die uns auch als Auftrag des Kantons übertragen werden, eine gute Grundlage bietet, um eben die verschiedenen Projekte - ich denke hier an die Sekundarstufenreform, Integration, Einführung der Basisstufe, Schulraumplanung - aufbauen zu können. Ich denke, des Papiers und des Konzepts ist auch, dass wir als Schule über die Gemeindegrenzen hinweg wachsen dürfen und das Konzept durchaus "verhebt", wenn wir eine erweiterte Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden haben werden. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir auch in diesem Bereich die Grundlage dazu geschaffen haben. Ich möchte mich jetzt schon für die Vorarbeit, die bis jetzt geleistet worden ist, bei allen Beteiligten bedanken. Ich denke hier insbesondere an die Schulkommissionvertreter mit Peter Moor, der auch anwesend ist, aber auch Roland Giger als ehemaliger Rektor, aber in diesem Sinne doch derjenige, der dieses Heft immer in den Händen gehabt und auch umsichtig voran getrieben hat. Er hat sich auch bereit erklärt, heute Abend anwesend zu sein, um allfällige Fachfragen beantworten zu können. Ich möchte Sie bitten, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Heinz Eng: Die FdP-Fraktion hat den vorliegenden Antrag und das Konzept der AG analysiert und diskutiert. Das sind unsere Bemerkungen: Die Aussagen im Konzept wie: „Die Schule Olten als pädagogisches Dienstleistungsunternehmen“ oder auch „der Schulleiter als Unternehmer“ erfreut das FdP-Herz. Das betriebswirtschaftliche Denken mit Führungsgrundsätzen hält Einzug in die Schulstuben. Zum Konzept der AG äussert sich die FdP wie folgt: Zu allererst ein grosses Dankeschön und Merci an den ehemaligen Vorsitzenden dieser AG und an alt Rektor Roland Giger. Er hat in diesem Bereich noch einmal alles gegeben und seine Kenntnisse und Erfahrungen eingebracht. Es ist nicht immer einfach gewesen in dieser AG. Es ist hart gekämpft worden, viele verschiedene Aspekte sind ausgeleuchtet und Lösungsansätze diskutiert worden. Es ist aber Roland Giger immer gelungen, Kurs zu halten, und das vorliegende Produkt darf als gelungen und wegweisend betrachtet werden. Das Konzept weist neben den Erläuterungen und Beschreibungen auch ein Funktionendiagramm und die Funktionenbeschreibungen auf. Es wäre inskünftig zu wünschen, dass auch andere Konzepte, die diesem Parlament vorgelegt werden, diesen Detaillierungsgrad aufweisen. Noch einmal besten Dank an Roland Giger. Ich spreche nachfolgend drei Punkte des Konzeptes und des Beschlussesantrages konkreter an. Die drei Punkte sind ein allgemeiner kurzer Überblick, das Organigramm mit den finanziellen Auswirkungen, das weitere Vorgehen und die ungelösten Probleme. Zum Allgemeinen: Das vorliegende Konzept und der Beschlussesantrag bilden ein gutes Rückgrat und Fundament für die Oltnen Schulen. Das ist insofern wichtig für all die bevorstehenden Reformen in der Schullandschaft, zum Beispiel Sek-I-Reform usw. Mit dieser Umsetzung können nachher die Herausforderungen kompetent und mit den erforderlichen Mitteln angegangen werden. Zu den Organigrammen und finanziellen Auswirkungen: Die Organigramme im Konzept sind komplex und für Aussenstehende schwer verständlich. In den Betrieben und Unternehmungen, wo ja die meisten von uns arbeiten, sind flache Hierarchien und Matrixorganisationen gefragt. Diesem Grundsatz wird in den Organigrammen oder im Konzept nicht nach gelebt. Die mehreren Führungsebenen können leicht zu Konfusion und Kompetenzgerangel führen. Für die FdP-Fraktion ist klar, dass diese zum Beispiel im Organigramm erwähnten Schulleiterkonferenz keine Wohlfühlgremien oder Debattierklubs sein dürfen. Anlässlich dieser Konferenzen muss diskutiert, informiert, kommandiert und kontrolliert werden. Unter diesen Gesichtspunkten und im Wissen, dass es sich bei diesen Konferenzen auch um historisch gewachsene Gebilde handelt und man diese halt nicht sofort über Bord werfen will, ist unsere Fraktion zu diesem Kompromiss bereit. Die zusätzlichen Stellenprozente und die finanziellen Mehrkosten ergeben sich unter anderem aus der Berechnung der Schulleitungspensen der einzelnen Schulhäuser. Dies kann im Antrag respektive auch unter Punkt 7 und 8 im Konzept nachgelesen werden. Vater dieser

ganzen Geschichte ist Hansueli Tschumi, der die Erhebung minutiös und akribisch gemacht hat. Danke an dieser Stelle auch an Hansueli Tschumi. Das Ergebnis sind durchschnittlich 6 Minuten 43. Das übersteigt die vom Departement für Bildung und Kultur als Mindestgrösse bezeichneten fünf Minuten pro Schüler und Woche. Hier stellt sich automatisch die Frage: Wird jetzt hier wieder mit der grossen Kelle angerichtet? Wir glauben nicht. Der Mehrbedarf lässt sich aufgrund der neuen Aufgaben der Schulleiter, insbesondere die Beurteilung der Lehrpersonen, Unterrichtsbesuche und Mitarbeitergespräche, vertreten. Auch wird von einem Sockelpensum von 5 Stunden pro Woche ausgegangen. Tatsache dürfte sein, dass die von Solothurn vorgegebenen fünf Minuten, mit all den bevorstehenden Herausforderungen für eine seriöse Schulleitung kaum genügen werden. Die Stadt Solothurn, welche die fünf Minuten konsequent angewendet hat, wird hier früher oder später auf den Boden der Realität zurück geholt werden. Unter diesen Umständen sind die Mehrkosten für die FdP-Fraktion ebenfalls akzeptierbar. Wie verhält es sich mit der Qualitätssteigerung an den Schulen? Hier stellen wir fest, dass viele Tätigkeiten nun in der Linie direkt ausgeführt werden. Kompetenzen und Aufgaben, zum Beispiel der Schulleitungen, sind spezifisch in Punkt 5.10 des Konzepts festgehalten. Mit diesen Vorgaben ist unseres Erachtens die Qualitätssteigerung gegeben und auch der Mehrwert für die Schulen ausgewiesen. Wir hoffen auch, dass sich dieser dann einstellt. Zu den ungelösten Problemen oder dem weiteren Vorgehen: Konzept und Anträge geben nicht in allen Bereichen eine umfassende Lösung vor. Zum Beispiel ist die Zukunft der Schulkommission oder auch Musikschulkommission noch ungewiss. Ein Lösungsansatz muss im neuen Jahr gefunden werden. Materielle Anpassungen an die Reglemente müssen aufgegleist werden und so fort. Abschliessend halten wir fest, dass das Gelingen der geleiteten Schulen der Stadt Olten vom Faktor Mensch abhängen wird. Lehrpersonen, Fachgremien, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Politik usw. werden gefordert sein, dem anspruchsvollen Projekt zur Förderung unserer Zukunft, nämlich unseren Schulkindern Leben einzuhauchen, Rechnung zu tragen. Die FdP-Fraktion wünscht an dieser Stelle allen Akteuren guten Erfolg. Sie ist für Eintreten und wird dem Beschlussesantrag zustimmen.

Iris Schelbert: Die Fraktion Grüne/Junge Alternative wird auf das Konzept „Geleitete Schule“ und den notwendigen Nachtragskredit eintreten und auch zustimmen. Wir möchten auch an dieser Stelle gleich zu Beginn der Arbeitsgruppe die Riesenarbeit verdanken. Wenn es um die Geleitete Schule geht, hat Olten mit dem Hübelischulhaus als Pilotprojekt-Schule wirklich Pionierarbeit geleistet. Olten ist von Anfang an dabei gewesen. Das will im Kanton Solothurn etwas heissen. Wir sind uns ja gewohnt, dass gerade aus dem Bildungsdepartement viele Neuerungen kommen, die nur gerade so angedacht worden sind, die weder konkrete Richtlinien beinhalten, noch klar ausformuliert werden. Von daher ist es echt Pionierarbeit gewesen, was das Hübelischulhaus mit dem Rektorat zusammen geleistet hat. Meistens sind auch bei den Sachen, die aus Solothurn kommen, die Konsequenzen nicht zu Ende gedacht. Die Schulgemeinden haben also immer noch viel Interpretationsfreiraum. Seit der Volksabstimmung 2005 „Gute Schulen brauchen Führung“ ist aber einiges klarer geworden. Das Solothurner Stimmvolk hat sich für Geleitete Schulen ausgesprochen. Die Schule als pädagogisches Dienstleistungsunternehmen, als pädagogische Einheit, zu ihr hat man sich klar bekannt. Einzig um die Zukunft der Schulkommission hat es etwas Scharmützel gegeben, weil halt dort der Regierungsrat auch nicht klar gesagt hat, was er will respektive gerade seine Fühler wieder eingezogen hat, als es etwas Opposition gegeben hat. Er hat dann eine elegante Lösung gefunden. Die Gemeinde kann eine Fachkommission einsetzen, wenn sie dies will. Nun ist die Volksschule des Kantons Solothurn kein KMU, sondern mit über 2'600 Angestellten ein veritables Grossunternehmen. Solch ein Unternehmen braucht eine fundierte Führungsstruktur und man hat sich mit den geleiteten Schule dazu entschlossen, die Führung möglichst dezentral anzusetzen. Wir haben in der Fraktion auch die komplexen Organigramme diskutiert, müssen aber wohl einsehen, dass es viel einfacher nicht geht. Das Organigramm auf Seite 5 zeigt klar, wie die Führungsstrukturen sind und welche Ebenen es geben soll. Das Organigramm mit der Systemlandschaft zeigt ganz eindrücklich, wer und was mit der Schule verbandelt ist, einen Zusammenhang hat, wer und was in die ganzen Arbeiten mit einbezogen werden muss und wer und was sich zuletzt auch einfach einmischt, ob man es will oder nicht. Genau dieses Organigramm mit Systemlandschaft zeigt ganz klar eine Aufgabe der Schulleitung vom Gesamtschulleiter bis zur Schulleitung im Schulhaus auf,

nämlich all das im Umfeld der Schule so zu organisieren, dass die einzelne Lehrperson ihren Bildungsauftrag möglichst optimal erfüllen kann. Zum Konzept: Den Konzeptgrundsätzen stimmen wir zu. Daraus lassen sich die Führungsgrundsätze ableiten. Dezentral führen, wo es möglich ist, und die klare Trennung zwischen strategischer und operativer Führung machen. Dann gibt es auch kein Gerangel. Je klarer all diese Grundsätze festgehalten werden, desto besser läuft es. Die strategische Führung liegt in den Händen von Gremien, die operative Führungsarbeit bei Einzelpersonen. Was wir, aber auch bestehende Schulleitungen, bei dieser komplexen Organisation befürchten, ist eine Flut von Sitzungen. Das wird ein Stück Führungsarbeit sein. So viele Sitzungen wie nötig, so wenige wie möglich. Punkt 3 und 4 der Führungsgrundsätze beinhalten das, was ein gutes Klima ausmacht. Die tönen auf dem Papier sehr soft, sind aber, wenn es in diesen Bereichen (Vertrauensbasis, Wertschätzung) hapert, werden diese Softkriterien wahrscheinlich die härtesten Brocken. Wenn das Klima schlecht ist, leidet das ganze System. Man könnte sich in Olten fragen – wir haben uns dies auch gefragt - ob es nicht sinnvoll wäre, nicht die einzelnen Schulhäuser als Geleitete Schulen zu nehmen, sondern eventuell ganze Schulstufen unter einer Schulleitung zusammen zu fassen. Das geht so nicht, denn dann wären die Organisations-einheiten viel zu gross. Eine Schulleitung hat ja sehr viele Aufgaben im Bereich Personal-führung, mit Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnengesprächen, Qualifikationen, usw. und da muss sich die Anzahl Direktunterstellter in einem bestimmten Rahmen halten, sonst leidet diese Aufgabe qualitativ. Ausserdem geht es ja bei den geleiteten Schule auch darum, dass sich eine Schule, ein Schulhaus ein eigenes Leitbild gibt. Nun hat vermutlich ein Sälischulhaus andere pädagogische Schwerpunkte als ein Hübelischulhaus. Zudem kommen auf die Schulen und Schulleitungen enorm viele Neuerungen zu, die sehr intensive Entwicklungsarbeit nötig machen werden, z. B. die Basistufe, die Sek. I Reform und die Integration. Auch darum ist es sinnvoll, die Einheiten überschaubar zu halten. Aber es bleibt die Möglichkeit offen, dass sich Schulhäuser, wenn dies dereinst passen sollte, zusammen schliessen können. Wir finden es gut, wenn eine Schulleitung auch selber noch im Schuldienst steht, das erhält den Praxisbezug, ob das aber im eigenen Schulhaus sein soll, soll offen bleiben. Ich habe dies jetzt so. Mein Schulleiter ist auch mein Kollege, und manchmal muss ich fragen, ob er jetzt gerade Schulleiter, also Chef ist, oder Kollege. Es kann aber genau so gut sein, dass eine Schulleitung 100% Schulleitung ist, vielleicht in 2 Schulen. Das sei aber sehr, sehr anspruchsvoll, hat mir ein Schulleiter gesagt. Gerade weil die verschiedenen Schulhäuser ganz verschiedene Kulturen haben können. Wir begrüssen die Berechnung der Schulleiterpensen sehr und sind froh, dass unser Konzept eine höhere Durchschnittszeit pro Kind vorsieht, als das der Kanton als Minimalzeit vorgibt. Auch die Sockelzeit von 300 Minuten pro Schulhaus ist eine gute Sache. Das ergibt eine höhere Planungssicherheit für die Schulleitung. Die Schulkommission ist auch angesprochen worden. Die ist heute nicht Thema, aber da gibt es sehr viele verschiedene mögliche Lösungen. Ob eine Fachkommission gebildet wird, ob ein politisch besetztes Gremium gebildet wird, ob situativ eine Arbeitsgruppe einberufen wird, so wie sie einberufen worden ist, um dieses Konzept zu erarbeiten, oder ob wie in Grenchen Stellen ausgeschrieben und auch bezahlt werden, eines ist sicher, die Schulkommission wie wir sie alle kennen, wird es nicht mehr geben. Wir sind gespannt, wie dies in Olten weiter geht. In einem sind wir uns mit dem Vorredner auch einig: Jedes Gremium ist einfach nur so gut, wie auch die Mitglieder kompetent sind. Wir stimmen dem Beschlussesantrag zu.

André Kappeler, SVP-Fraktion: Wir sind uns bewusst, dass dieses Geschäft auf übergeordnetem Recht basiert und somit umgesetzt werden muss. Wir befürworten die mit dem Konzept eingeführten Führungsstrukturen und das Übertragen von mehr Kompetenzen auf die Lehrkräfte. Gleichzeitig sind wir aber auch skeptisch, ob jede Lehrkraft auch die geforderten Führungsqualitäten an den Tag zu legen vermag. Als grosses Problem sehen wir auch das Finden von geeigneten Fachkräften für das Amt der Schulleitung. Immerhin werden sie nach dem städtischen Reglement eingestellt und haben somit die gleichen Ferienansprüche von nur vier Wochen. Diese müssen dann natürlich auch während der regulären Schulferien genommen werden. Was passiert also, wenn die erforderlichen Kräfte nicht gefunden werden können? Ganz speziell möchte ich noch auf Punkt 5.13 aufmerksam machen: „Die Eltern oder die Erziehungsberechtigten arbeiten im Rahmen von Verpflichtenden mit der Schule zusammen“. Aber wer sind die Verpflichtenden und was passiert, wenn die Zusammenarbeit verweigert wird? Und die besonders heiklen Fälle, wo

die Lehrkräfte von insbesondere ausländischen Eltern oder Erziehungsberechtigten beschimpft oder gar bedroht werden? Zu Punkt 8.2, Einstufung: Sämtliche Stellen für die Schulleitungen sollen ausgeschrieben werden. Allerdings sollen diese Stellen nicht gerade vergoldet werden, indem der durchschnittliche Lohn bereits zu Beginn im oberen Viertel des Lohnbandes der Lohnklasse 20 beginnt. Auch wenn diese Zahlen nur der Berechnung des Budgets dienen sollten, würde es uns erstaunen, wenn diese Löhne dann tiefer ausfallen würden als wenn das Konzept jetzt mit diesen Zahlen vom Parlament schliesslich abgesegnet würden. Aus den eben genannten Gründen und aufgrund grundsätzlicher Bedenken gegenüber dem heutigen, unseres Erachtens verfehlten Bildungssystem werden wir zwar auf die Vorlage eintreten, die Beschlussesanträge jedoch ablehnen. Schliesslich haben wir als Partei auch im Vorfeld die ganze Harmonisierung im Bildungswesen und damit auch die Nivellierung nach unten konsequent bekämpft.

Stephan Hodonou:, CVP/EVP-Fraktion: Was lange währt, wird endlich gut. Diese Redewendung gilt nicht immer, aber bei diesem Geschäft gilt sie meiner Meinung nach. Bis zu diesem Konzept ist es eine lange Phase gewesen, zuerst mit den Provisorien der geleiteten Schulen, die man gehabt hat, und jetzt mit diesem Konzept, das in der Arbeitsgruppe erarbeitet worden ist. Bei langer, intensiver und zum Teil minutiöser Arbeit ist das vorliegende Konzept Geleitete Schulen Olten entstanden. Auch die CVP/EVP hat sich in der Fraktion mit diesem Konzept auseinander gesetzt, ist begeistert davon und freut sich auf die Umsetzung. Das Konzept hat mehrere Fliegen auf einen Streich geschlagen. Es ist sehr durchdacht und zukunftsgerichtet. Es ist auch sehr dynamisch und lässt sehr viele Anpassungen in jegliche Richtung zu. Man kann sagen, dass die Stadt Olten mit diesem Konzept auch weiterhin optimal positioniert für all die Veränderungen, die uns bevorstehen können und wahrscheinlich auch werden. Wie in anderen Fraktionen gab auch die Rolle der Fachkommission, wie sie künftig aussieht etwas zu diskutieren. Im Moment ist es ja noch so, dass die Schulkommission oder Fachkommission vom Parlament bestellt wird. Dort sind wir zum Konsens gekommen, dass, vielleicht dann in einem Zusammenhang mit der Veränderung der Gemeindeordnung ausgehend, auf verschiedenen Ebenen diskutiert werden muss, wie diese Kommission oder Kommissionen allenfalls bestellt werden sollten, wer dies macht usw. Die neuen Führungsstrukturen verlangen natürlich auch nach ganz anderen Typen von Menschen, die nachher bei den Geleiteten Schulen Olten arbeiten. Mit der Schulleitung, wie sie hier konzipiert ist, wird eine neue Art verlangt. Zum Beispiel müssen die Schulleiterinnen und Schulleiter Personalführung, Personalverantwortung übernehmen. Sie müssen eine Art Sense of Owner-ship entwickeln. Sie müssen dies vermehrt als ihr Schulhaus, ihr Unternehmen betrachten und nicht zuletzt ist auch ein erhöhter Bedarf an kommunikativen Kompetenzen angesagt, denn dieses Konzept lebt davon, dass Informationen ausgetauscht werden, die Kommunikation fliesst und hier in Gremien, aber auch mit vernetztem Denken gearbeitet wird. Ein grosser Vorteil, den wir in diesem Konzept auch sehen, ist, dass die Schulen Olten nicht von einer Person abhängig werden, sondern dass, auch wenn Leute ausfallen, wirklich eine gewisse Beständigkeit, Nachhaltig gewährleistet ist. Was die Finanzen betrifft, können wir als Fraktion auch mit gutem Gewissen ja zu dieser Berechnung sagen, insbesondere auch, weil der Kanton in seinen Vorgaben vor allem an Schulen auf dem Land denkt und weniger an die Städte. Olten als Stadt, auch mit einer gewissen Agglomeration und einer sozialen Struktur hat ganz andere Herausforderungen, die auch durch die Strukturen, wie sie her gelegt sind, aufgefangen werden können und auch gut gehandelt werden. Dass dies nicht einfach eine Zufallsberechnung ist, sondern klar einfach auch für Städte anfällt, zeigt, dass jede andere Stadt im Kanton zu einem gleichen Ergebnis kommt. Sie kommen nämlich auch klar auf über sechs Minuten pro Schülerin und Schüler. Das ist für die anderen Städte genau das Gleiche. Deshalb ist dies in diesem Sinne auch gut erarbeitet worden. Insgesamt möchten wir als Fraktion auch der ganzen Arbeitsgruppe unseren Dank aussprechen, namentlich Roland Giger, der sie geleitet und gemanagt hat, Peter Moor, der sich von der Schulkommission her sehr stark investiert hat, Guido Bruggmann, der als Berater zur Verfügung gestanden ist, und allen anderen Mitgliedern, die hier mitgewirkt haben. Wir sind sehr froh über dieses Konzept, freuen uns auf die Umsetzung und vertrauen fest, dass wir damit gut gerüstet sind für alles, was kommt. Die CVP/EVP-Fraktion wird einstimmig auf das Geschäft eintreten und dem Beschlussesantrag zustimmen.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Das Meiste ist ja jetzt in diesen ausführlichen Voten schon gesagt worden und ich möchte eigentlich nicht alles noch einmal wiederholen, sondern halte mich eher etwas allgemeiner. Wir denken, Geleitete Schulen sind die Antwort der Schulen auf die kommenden und jetzigen Herausforderungen, die eben die Gesellschaft und die Veränderungen der Gesellschaft an die Schulen stellen. Das Konzept der Geleiteten Schulen, wie es der Stadtrat vorschlägt, überzeugt. Auch von unserer Seite einen herzlichen Dank an die Gruppe, die das Konzept ausgearbeitet hat, mit Roland Giger an der Spitze. Mit der Stärkung der Schulleitungen nimmt die Führung in den Schulen noch mehr Formen an als sie jetzt zum Teil schon hat. Die Schulleiter und -leiterinnen werden zu eigentlichen Führungspersonen mit einem sehr anspruchsvollen Aufgabenbereich. Das ist schon mehrfach genannt worden. Sie sind, wenn überhaupt, nur noch an zweiter Stelle Lehrpersonen. Somit wird es aber möglich, der Qualitätssicherung einen grösseren Stellenwert einzuräumen. Das ist unseres Erachtens das grosse Plus der Geleiteten Schulen. Der Qualitätsgedanke wird verankert. Die Schule geht weg vom Einzelkämpfertum hin zur Teamarbeit, zu modernen Strukturen und auch zu vermehrter Qualitätssicherung. Wichtig erscheinen uns die im Konzept genannten Grundsätze, nach denen die Schulen in Zukunft geführt werden sollen. Sie sind geprägt vom Gedanken der Wertschätzung und das ist meines Erachtens von grosser Bedeutung, will man das Konzept überhaupt umsetzen. Es ist schon ein paar Mal genannt worden, dass die Umsetzung des Konzept mit Menschen steht und fällt, die es umsetzen müssen. Ich denke, wenn dahinter eine solch wertschätzende Haltung im Vordergrund steht, ist dies sicher einfacher. Es ist auch schon gesagt worden, dass Olten in der Umsetzung der Geleiteten Schulen im Kanton von Anfang an Vorreiterrolle gehabt hat. Das zeigt sich auch bei diesem neuen Konzept, das neben der Stärkung der Schulleitungen auch Gremien schafft oder bestehende beibehält. Diese Gremien ermöglichen eine breitere Diskussion und eine bessere Abstützung der Schulleitungen. Sie ermöglichen, dass man eben gemeinsame Konzepte und Richtlinien erarbeiten - es ist ja noch einiges offen mit diesem Konzept - und so den Qualitätsgedanken noch besser umsetzen und eine einheitlichere Linie innerhalb der einzelnen Schulhäuser erreichen kann. Dass eben nicht jedes Schulhaus völlig eigene Wege geht, sondern man auch spürt, dass hier ein übergeordneter Gedanke und ein übergeordnetes Konzept dahinter steht, was nicht heissen muss, dass es nicht individuelle Regelungen geben kann. Aber es ist uns schon ein Anliegen, dass man einiges vereinheitlichen kann und es nicht so eine Rolle spielt, in welchem Schulhaus das Kind zur Schule geht. Diese Gremien sollen natürlich nicht irgendwelche Wohlfühlgruppen sein. Das nehmen wir auch nicht an. Es ist im Konzept auch in keiner Art und Weise so angetönt. Aber wir denken eben, es sollen Gremien sein, wo es möglich ist, konstruktive Diskussionen zu führen und sich wirklich mit der Qualität auseinander zu setzen. Wir denken, das ist wirklich ein Plus. Ich denke, generell hat es im Konzept schon noch ein paar Punkte, die man noch gut anschauen muss. Einer ist schon genannt worden und wir möchten auch noch einmal darauf hinweisen. Es ist die Elternarbeit, die in einem Punkt kurz angetönt ist, aber völlig offen lässt, was und wie dies dann umgesetzt wird. Hier denken wir, dass es noch einiges zu besprechen respektive viel klarer zu formulieren gibt, was man von den Eltern an Mitarbeit und Zusammenarbeit erwartet und was man als Eltern von der Schule auch in diesem Bereich erwarten kann. Bezüglich der Kommissionen, was ja nicht das Thema ist, sind wir klar der Meinung, dass es in irgend einer Form eine begleitende Kommission im Sinne einer Fachkommission geben muss. Wie diese dann zusammen gesetzt und wer sie wie wählt, muss man noch bestimmen. Aber die Aufgabe dieser Kommission muss sicher sein, die Arbeit der Schulen und der Schulleitungen unterstützend, aber auch kritisch zu begleiten und beratend zur Seite zu stehen, was ja der Ausdruck der Fachkommission beinhaltet. Zusammenfassend sind wir überzeugt, dass wir mit den geleiteten Schulen bessere Schulen haben, die Verankerung des Qualitätsgedankens in den Schulen für alle mehr Chancengleichheit bringt und letztlich schulisch bessere und zufriedene Kinder aus dieser Schule hervor kommen. Zumindest hoffen wir dies. Wir werden dem Antrag des Stadtrates einstimmig zustimmen.

Mario Clematide: Das vorliegenden Konzept umfasst 18 Seiten ohne die Stellenbeschreibungen und ohne das Funktionendiagramm. Ziel des Konzepts soll sein, guten Unterricht auf sämtlichen Stufen der Schule Olten sicher zu stellen und die Schule Olten weiter zu entwickeln. Beim ersten Durchlesen habe ich mich gefragt, ob dies mit so viel Papier möglich ist. Ich gehe davon aus, dass alles Grosse und Gute einfach und transparent

ist und die Konzepte primär Mittel zum Zweck sind. Sie dienen der Zielerreichung und sind nicht der eigentliche Zweck. Der eigentliche Zweck der Schule ist immer noch guter Unterricht. Beim zweiten Durchlesen haben sich mir dann drei Fragen gestellt. Erste Frage: Ist das nicht zuviel Papier? Antwort: Ja, aber das liest später niemand mehr. Entscheidend wird sein, ob sich daraus eine tragfähige Führungs- und Schulkultur entwickelt. Frage 2: Ist der Grundsatz, wonach in den geleiteten Schulen Olten Einzelpersonen vor allem die Umsetzung, Kontrolle und das Tagesgeschäft verantworten, die Gremien aber zuständig sind für Grundlagenentscheide, Planungen und Vorgaben, geeignet, die Ziele zu erreichen? Antwort: Wenn ich davon ausgehe, dass die heutige Schullandschaft in Olten geografisch sehr verteilt ist, die Schulhauskulturen unterschiedlich sind, der Qualitätsprozess nicht auf allen Schulstufen und in allen Schulhäusern gleich entwickelt und akzeptiert und vor allem das Prinzip der Geleiteten Schulen nicht unumstritten ist, Lehrerinnen und Lehrer sind ja bekanntlich oftmals Einzelkämpfer und primär sich selber verantwortlich, dann hat der gewählte Führungsgrundsatz durchaus Chance, aus der vorhandenen Heterogenität eine zukunftsweisende Homogenität zu erreichen. Damit meine ich aber auf keinen Fall die Gleichschaltung aller Lehrerinnen und Lehrer, denn die Lehrerfreiheit ist ein hohes Gut. Sie hat aber ihre Grenzen beim Ziel, der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Erwachsenenleben, sei dies via Berufslehre oder via Mittelschule. Frage 3: Was soll die Blackbox Fachkommissionen? Antwort: Wenn man nicht weiss, was sie soll, gehören solche Kommissionen nicht in ein Konzept oder dann hätte man Beispiele für Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen dieser Fachkommissionen nennen können. Sind es begleitende Kommissionen, welche die Organisation Schule von aussen beobachten und unverbindliche Rückmeldungen machen, neudeutsch „Sounding boards“, oder sind es Fachkommissionen, die zum Beispiel verbindliche Vorgaben für Stundenpläne und Lehreranstellungen machen können, und wo zum Beispiel die Mitglieder im Rahmen der Qualitätssicherung Unterrichtsbesuche machen? Obschon es einige wesentliche Mängel hat, unterstütze ich das Konzept, vor allem, weil ich weiss, und zwar in aller Bescheidenheit, dass gute und schlechte Schulführung nie, aber auch gar nie vom Papier abhängig ist, das der Führungsaufgabe zugrunde liegt, sondern von den Menschen, die tagtäglich führen und geführt werden. Gute Schule ist also das Produkt von Lehrerinnen und Lehrern und von den Kolleginnen und Kollegen, die geführt werden. Ich bin für Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Mit 39 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Das vorliegende neue Konzept «Geleitete Schule Olten» und die damit zusammenhängende Anpassung der Stellenprozente werden genehmigt.
2. Für die zusätzlichen Stellenprozente wird anteilmässig für die Monate August bis Dezember 2009 ein Nachtragskredit von Fr. 80'000.— bewilligt.
3. Die Schulordnung vom 29. März 1979 wird aufgehoben.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I/1 dieses Beschlussesantrages untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Parlamentspräsident Werner Good: Ich möchte zum Schluss auch meinen Dank an Roland Giger aussprechen. Er hat uns oder seinem Nachfolger, Herrn Kleiner, hier etwas Gutes hinterlassen. Ich möchte ihm auch für die Arbeit der letzten Jahre danken. Vielen Dank, für alles, was Du geleistet hast, und alles Gute für die Zukunft.

Roland Giger dankt für die Unterstützung, die er erhalten hat und kommentiert noch einige Punkte.

Es folgt Applaus.

Beilage

Konzept geleitete Schulen

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport (3)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Schulleitungen der Schulen der Stadt Olten (9)
Reglementssammlung
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 1/14

Prot.-Nr. 46

Eissportanlagen, Erhöhung Betriebsbeitrag, Einlage von zusätzlichem Aktienkapital und Gewährung eines Darlehens/Genehmigung

Unter anderem Investitionen in unerwarteter Höhe und ausbleibende Erträge haben dafür gesorgt, dass der Businessplan der im Oktober 2005 gegründeten Sportpark Olten AG nicht eingehalten werden kann und diese sich in einer finanziell angespannten Lage befindet. Zwar sind die Besucherfrequenzen in der vergangenen Saison dank der Überdachung des Aussenfeldes erfreulich gestiegen; die im Businessplan erwarteten Steigerungen der Eismieten gegenüber den Eissportvereinen können aber aus wirtschaftlichen wie auch politischen Gründen nicht durchgesetzt werden. Auf Einnahmen aus Events im Sommerbetrieb muss zudem zum Schutz der Nachbarn weitgehend verzichtet werden. Hinzu kamen aber auch Überraschungen auf der Kostenseite: Als Auflage der Gebäudeversicherung galt es rasch Sicherheitsmängel im baulichen und im Anlagenbereich zu beheben. Zudem kam die Überdachung des Aussenfeldes auf Grund von Mehraufwendungen bei den Fundamenten und von Umweltschutzmassnahmen wesentlich teurer zu stehen als budgetiert. Hingegen bewegen sich die Personalkosten unter den budgetierten Werten.

Der Stadtrat bekennt sich zum Eissport in Olten und zur Rechtsform der Aktiengesellschaft und beantragt dem Parlament in einer dreiteiligen Strategie den Betrieb der Eissportanlagen und die Zukunft der Sportpark Olten AG zu sichern sowie die für einen Zeithorizont von rund sechs Jahren erforderlichen Investitionen am Standort Kleinholz zu ermöglichen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

1. Ausgangslage

Mit dem Ziel, die Oltner Eissportanlagen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, wurde per 1. Oktober 2005 gemäss Auftrag des Parlaments die Gründung der Sportpark Olten AG als Nachfolgeorganisation für die Kunsteisbahngenossenschaft (Keko) vorgenommen. Die Einwohnergemeinde Olten zeichnete für diese ein Aktienkapital von CHF 2 Mio. Von der Keko wurde die Eissporthalle zu einem Wert von CHF 1.7 Mio. übernommen. Um die Auswirkungen des neuen Pricings auf die lokalen Eissportvereine abzufedern, wurden Zusatzbeiträge als Übergangslösung gesprochen.

Basierend auf einem von der Oltner Beratungsfirma Emmenegger & Bugnon, Wirtschafts- und Steuerberatung, verfassten Businessplan setzte sich die Sportpark Olten AG als neue Trägerschaft, an der sich auch die umliegenden Gemeinden beteiligen sollten, zudem zum Ziel die Eissportanlagen im Kleinholz – nicht zuletzt dank einem überdachten Ausseneisfeld – einem möglichst breiten Publikum und insbesondere der Schuljugend aus Stadt und Region als eine der wenigen (und zudem preisgünstigen) Wintersportmöglichkeiten der

Region zur Verfügung stellen; für Schülerinnen und Schüler der beteiligten Gemeinden war ein freier Eintritt zum attraktiven Jugendtreff vorgesehen.

In der Zwischenzeit präsentiert sich die angestrebte Beteiligung der Gemeinden am Aktienkapital von total CHF 2,32 Mio. dank grossem Einsatz aller Beteiligten wie folgt:

	Anzahl Aktien à CHF 1000 (nom.)	Stimmenanteile
Einwohnergemeinde Olten	2000	86,2%
Einwohnergemeinde Wangen	54	2,3%
Einwohnergemeinde Trimbach	73	3,1%
Einwohnergemeinde Dulliken	56	2,4%
Einwohnergemeinde Hägendorf	30	1,3%
Einwohnergemeinde Lostorf	26	1,1%
Einwohnergemeinde Kappel	19	0,8%
Einwohnergemeinde Starrkirch-Wil	18	0,8%
Einwohnergemeinde Rickenbach	7	0,3%
Einwohnergemeinde Winznau	20	0,9%
Einwohnergemeinde Oberbösgen	15	0,6%
Einwohnergemeinde Hauenstein-Ifenthal	2	0,1%

Neben Sofortmassnahmen im Bereich Sicherheit in Gebäulichkeiten und Anlagen investierte die Sportpark Olten AG insbesondere in die Überdachung Ausseneisfeld. Dieses Projekt war ein zentrales Anliegen der Stadt Olten sowie der Aussengemeinden. Damit wurde ermöglicht, dass der öffentliche Eislauf witterungsunabhängig betrieben und zugleich die Eishalle noch vermehrt den Vereinen zur Verfügung gestellt werden kann. Der mit der Überdachung angestrebte freie Zutritt schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher von Beteiligungsgemeinden wurde realisiert.

2. Aktuelle Situation

In den drei Jahren seit Gründung der Aktiengesellschaft hat sich herausgestellt, dass – wie von einzelnen Votanten bei der Behandlung der Gründungsvorlage im Parlament im September 2005 befürchtet – mit der bisherigen Geschäftstätigkeit der vom Businessplan aufgezeigte Rahmen nicht eingehalten werden konnte. Die Sportpark AG ist vielmehr in finanzielle Schwierigkeiten geraten und braucht deshalb dringend finanzielle Unterstützung. Die Ursachen werden in den nachfolgenden Ausführungen aufgezeigt.

2.1 Kurzfristiger Investitionsbedarf im Bereich Sicherheit

Kurz nach Gründung der AG erfolgte in Bad Reichenhall D der fatale Dacheinsturz der Eissporthalle wegen ungenügender Statik der Tragkonstruktion. Der Verwaltungsrat der Sportpark Olten AG ordnete in der Folge ein Ingenieurgutachten für die Eishalle an. Dieses konnte einstweilen „Entwarnung“ geben, da die Statik der Halle den Anforderungen entspricht, wenn auch die Dachhülle mittelfristig saniert werden muss. Das Gutachten wie auch Inspektionen der Gebäudeversicherung zeigten jedoch erhebliche Sicherheitsmängel im baulichen wie auch im Anlagenbereich (Störfallverordnung etc.) auf. In diesen Bereichen mussten daher „notfallmässig“ erhebliche Investitionen in die Sicherheit der Gebäulichkeiten und der Anlagen ausserhalb des Businessplans getätigt werden. Dass dabei Wirkung erzielt wurde, zeigt die Tatsache, dass im April 2009 in Olten ein Länderspiel der Schweizer Eishockeynationalmannschaft im Vorfeld der Weltmeisterschaft in der Schweiz organisiert werden kann. Im Nachhinein muss jedoch festgestellt werden, dass der Übernahmepreis der Eissportanlage angesichts des Sanierungsbedarfs zu hoch angesetzt war und Sofortmassnahmen zu ungeplanten Investitionen und damit zu Liquiditätsabfluss und erfolgswirksamen Abschreibungen führten.

2.2 Überdachung Aussenfeld

Wie erwähnt, bildete die rasche Realisierung der Überdachung des Ausseneisfelds einen wesentlichen Bestandteil der Neuausrichtung der Eissportanlagen, sie wurde denn auch in den Verhandlungen mit den Partnergemeinden in Aussicht gestellt. Im Businessplan waren Anlagenkosten von CHF 1.2 Mio. vorgesehen; in Wirklichkeit beliefen sie sich aber auf Grund von bautechnischen und gesetzlichen Anforderungen auf CHF 2.3 Mio (Kostenvoranschlag rund CHF 2.4 Mio.). Wesentlich teurer als erwartet zu stehen kamen – unabhängig von der Art der Dachausführung – wegen des Baugrundes und der vorhandenen Leitungen insbesondere die Fundamente der Pfeiler; zu Mehrkosten führten auch Umweltschutzmassnahmen (Versickerung Dachwasser, Eisgrube usw.). Der grosse Zuspruch von Schulklassen und die Belegung im öffentlichen Eislauf aus der ganzen Region zeigen, dass diese Investition wesentlich war für den Breitensport. Die Mehrkosten haben aber zu einem ungeplanten zusätzlichen Mittelbedarf von CHF 1.1 Mio. und zu Mehrkosten im Schuldendienst von rund CHF 54'000 geführt.

2.3 Beteiligung der Gemeinden

Der Businessplan rechnete nebst dem Kapital der Stadt Olten von CHF 2.0 Mio. mit einem weiteren Kapitalzufluss von CHF 0.6 Mio. Davon konnte aber mit CHF 0.32 Mio. nur gut die Hälfte realisiert werden. Das fehlende Kapital führte zu einem höheren Fremdfinanzierungsbedarf und somit zu einem zusätzlichen Schuldendienst von rund CHF 11'000. Parallel dazu, dass weniger Gemeinden Aktienkapital gezeichnet haben, sind auch die Betriebskostenbeiträge – unter anderem als „Entschädigung“ für den freien Eintritt schulpflichtiger Kinder der Aktionärgemeinden – gegenüber dem Businessplan tiefer ausgefallen.

2.4 Erträge Eissportvereine

Der Businessplan rechnete mit erheblichen Steigerungen der Eismieten durch die Eissportvereine. Die Finanzkraft der Eissportvereine verunmöglicht indessen eine Preisanpassung gemäss Businessplan; eine solche Planabweichung hätte sich im Übrigen auch bei einer Betriebsführung in Eigenregie ergeben. Die geplante stufenweise Erhöhung der Eismieten kann auch aus politischen Gründen nicht durchgesetzt werden, nicht zuletzt weil sie auch zu Minderbelegungen und zu Abwanderungen in andere Eissportanlagen führen könnte. Daher konnte in der Zeit seit der Gründung der Aktiengesellschaft die Subventionierung des Eissportes bzw. der Eissportanlagen nicht wie vorgesehen reduziert werden.

2.5 Werbeeinnahmen

Die geplanten Werbeeinnahmen beliefen sich auf CHF 80'000. Die Erfahrung zeigt nun, dass Werbeinteressenten die Werbung meist direkt bei den Vereinen platzieren, da deren Anlässe zum eigentlichen Werbeinteresse führen. Dank einer Vereinbarung mit dem EHCO und der Werbung auf dem Aussenfeld soll sich künftig der Minderertrag auf rund CHF 10'000 reduzieren.

2.6 Restaurationsbetrieb

Die aktuelle Infrastruktur des Restaurants verunmöglicht die geplanten jährlichen Erträge von CHF 60'000. Derzeit beläuft sich der Pächtertrag auf rund CHF 8000.

2.7 Einnahmen Sommerbetrieb

Bei der Erarbeitung des Businessplans ging man davon aus, dass beträchtliche Einnahmen aus dem Sommerbetrieb erzielt werden können. Dem steht ein Beschluss des Stadtrates vom 9. Juni 1988 entgegen, dass in der Anlage zum Schutz der Nachbarn nur Sportveranstaltungen durchgeführt werden können. Ein solcher sportlicher Sommerbetrieb

konnte mit der Installation der Trendsportanlage realisiert werden. Hier sind jedoch in den nächsten Jahren keine cashwirksamen Erträge zu generieren, da als Voraussetzung für den Betrieb der Boden des Aussenfeldes saniert werden musste und die entsprechenden Kosten nun durch die Mieterträge amortisiert werden.

2.8 Personalkosten und Energie

Während die Personalkosten gegenüber dem Businessplan um rund CHF 43'000 unter den Vorgaben gehalten werden konnten, wurde der Plan auf Grund der Energiepreise um rund CHF 20'000 überschritten. Die angekündigte massive Erhöhung der Tarife wird hier für noch weitere Abweichungen sorgen.

3. Motion Antonia Hagmann

Am 27. März 2008 wurde von Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnenden eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeindeparlament einen Beschluss vorzulegen, welcher der Sportpark AG ein zinsloses Darlehen in der Höhe von Fr. 3'000'000.-- gewährt, um die unaufschiebbaren Sanierungen im Eisstadion zu forcieren. Die Verwendung des Darlehens ist ausschliesslich für Investitionen. Ausdrücklich ausgenommen sind Planungs- und Managementaufgaben.

Begründung:

Nach Abklärungen stehen für über Fr. 4'000'000.-- notwendige Sanierungen an. So muss die elektrische Installation für die Beleuchtung, welche immer öfters den Geist aufgibt, so schnell wie möglich erneuert werden. Die Holzschwellen bei der seitl. Stehrampe beginnen sich zu lösen. Es mussten bereits Notlösungen getroffen werden, da erhebliche Unfallgefahren bestehen. Die Sanitäranlagen entsprechen weder in der Anzahl noch in der Ausführung heutigem Standart.

Der Zustand der Garderoben vermittelt unseren Gästen ein schlechtes Image. Das Restaurant genügt den gesundheitspolizeilichen Anforderungen schon lange nicht mehr, keinen leistungsstarken Abzug in der Küche etc. Dies sind nur einige Beispiele, weshalb die Sanierungen so schnell wie möglich in Angriff genommen werden müssen.

Es ist unzumutbar für das Personal, die Eisbahnbesucher und die Sportvereine noch über mehrere Jahre nur mit Notlösungen zu leben. Wenn zulange zugewartet wird, werden irreparable Schäden an der Bausubstanz der Anlage entstehen.

Wir haben uns im Parlament für diesen Standort entschieden und mit der Überdachung des Aussenfeldes durch die Sportpark AG wurde ein erster Schritt für die Attraktivität dieser Sportanlage gemacht. Die Stadt Olten als Mehrheitsaktionärin der Sportpark AG kann mit einem zinslosen Darlehen ein wichtiges und positives Zeichen setzen.“

4. Erwägungen

Der Stadtrat bekennt sich zum Eissport in Olten mit den beiden Elementen öffentlicher Eislauf und Vereinssport. Ebenfalls hat sich seiner Ansicht nach trotz der zurzeit schwierigen finanziellen Situation im betrieblichen Alltag die flexible Form einer Aktiengesellschaft bewährt. Der Stadtrat beantragt daher, mit einer dreiteiligen Strategie erstens den Betrieb der Eissportanlagen und zweitens die Zukunft der Aktiengesellschaft zu sichern sowie drittens unabdingbare Investitionen am Standort Kleinholz zu ermöglichen, welche einen für jedes künftige Szenario notwendigen Weiterbetrieb der dortigen Eissportanlagen für einen Zeithorizont von rund sechs Jahren gewährleisten. Vor Ablauf dieser Frist soll dem Parlament und dem Volk eine weitere Vorlage unterbreitet werden, welche mit zusätzlichen Investitionen wie z.B. Verlegung des gesamten Infrastruktur- und Eingangsbereichs in den Südtteil der Anlage den Standort Kleinholz langfristig festlegen soll. Im Gegenzug zur

zusätzlichen Unterstützung von Seiten der Einwohnergemeinde erwartet der Stadtrat, dass die Sportpark AG wieder Hand bietet für die Beschäftigung von städtischen Badmeistern während der Wintersaison in den Eissportanlagen, so dass diesen eine Ganzjahresbeschäftigung angeboten werden kann.

Es ist zu berücksichtigen, dass das Parlament der Vorlage im September 2005 nur unter der Bedingung zustimmte, dass die Einwohnergemeinde Olten der Sportpark Olten AG künftig weder direkt noch indirekt Hypothekendarlehen gewährt (mit Ausnahme der damals bereits auf dem Baurecht lastenden Hypothek zu Gunsten der Stadt) oder sonstige Kredite einräumt und auch keinerlei Sicherheiten (Garantieverpflichtungen, Bürgschaften etc.) für die Verbindlichkeit der Sportpark Olten AG leistet. Aufgrund dieses verbindlichen Auftrages kann nur das Gemeindeparlament über weiter gehende Leistungen der Einwohnergemeinde Olten an die Sportpark AG beschliessen, da die Begrenzung des städtischen Beitrages durch das Gemeindeparlament erfolgte.

5. Vorgehen und finanzielle Auswirkungen

5.1 Zusätzlicher Betriebsbeitrag

Aus den unter Ziffer 2 genannten Gründen konnte in der Zeit seit der Gründung der Aktiengesellschaft die Subventionierung des Eissportes bzw. der Eissportanlagen durch die Einwohnergemeinde Olten nicht wie vorgesehen reduziert werden – im Gegenteil: Gegenüber dem Businessplan fehlende Ertragskomponenten und unerwartete Ausgaben haben in den beiden Saisons 2006/07 und 2007/08 zu wachsenden Betriebsdefiziten geführt. Hinzu kommen im nächsten Jahr voraussichtlich stark steigende Energiekosten, die mit 15% Zunahme budgetiert werden. Der Stadtrat beantragt daher, die Abweichungen vom Businessplan ab Saison 2008/2009 mit einem zusätzlichen wiederkehrenden Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 360'000 zu kompensieren. Damit wird das Sponsoring zu Gunsten der Sportvereine durch die Einwohnergemeinde erhöht; im Vergleich mit andern Sportanlagen der Stadt Olten gilt es indessen festzustellen, dass auch diese hohe Kosten für die Einwohnergemeinde verursachen und im Falle der Eissportanlagen die Vereine immer noch einen ansehnlichen Beitrag an die Kosten leisten.

Nachdem im Businessplan davon ausgegangen wurde, dass die Betriebskosten jährlich sinken sollten, was in der Folge nicht eingehalten werden konnte, wird der neue Totalbetrag ab 2009/10 dem obligatorischen Referendum unterstellt. Da die Volksabstimmung erst im kommenden Frühjahr stattfinden kann, wird zur Sicherung der Saison 2008/09, für welche der bisherige Beitrag von CHF 390'000 bereits vom Parlament bewilligt ist, der Zusatzbeitrag in der Höhe von CHF 360'000 als einmalige Ausgabe beantragt.

5.2 Kapitalschnitt und -erhöhung

Mit Beschluss vom 18. November 2008 hat die Generalversammlung der Sportpark Olten AG durch Reduktion des Nennwertes der insgesamt 2320 Namenaktien von bisher CHF 1000 auf CHF 837 einer Herabsetzung des Aktienkapitals um CHF 378'160 auf CHF 1'941'840 zugestimmt und dadurch den Bilanzverlust beseitigt. In einem zweiten Schritt wurde der Verwaltungsrat ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 das Aktienkapital durch Ausgabe von höchstens 1160 voll zu liberierenden Namenaktien von nominell je CHF 837 im Maximalbetrag von CHF 970'920 zu erhöhen. Damit soll die Kapitalisierung der Aktiengesellschaft verbessert und der Fremdfinanzierungsbedarf reduziert werden.

Es steht ausser Frage, dass die Einwohnergemeinde Olten als Hauptaktionärin und Standort der Eissportanlagen bei einer allfälligen Einlage von neuem Aktienkapital als erste Adresse gefragt sein wird. Die Anfrage zur Beteiligung wird auch bei den andern bereits beteiligten Gemeinden platziert, damit diese ihre Bezugsrechte gemäss Statuten wahren können. Zudem werden auch die Vereine zu einer Beteiligung aufgefordert. Da sowohl auf Seiten der Gemeinden wie auch bei Privaten derzeit wenig Interesse an der Zeichnung von neuen Aktien bekannt ist, beantragt der Stadtrat dem Parlament im Sinne des Aufzeigens der

maximalen möglichen Kostenfolgen, der Einlage von Aktienkapital in der Höhe von maximal CHF 970'920 im Falle einer Kapitalerhöhung durch die Sportpark Olten AG zuzustimmen.

5.3 Darlehen für Investitionen

In ihrem Masterplan für die notwendigen Investitionen in den Eissportanlagen Kleinholz zeigte die Sportpark Olten AG einen Finanzbedarf von rund CHF 7 Mio. auf. Zusammengefasst geht es um folgende Vorhaben:

- Beleuchtung Eishalle, Sanierung Stehrampe Ost
- Sanierung Tribüne West, Neubau WC-Anlage Nord, Neubau Annex Süd, Zufahrt- und Vorplatz Süd
- Dach Eindeckung Eishalle, Entfeuchtungsanlage, Sanierung Giebelfassade Nord/Süd
- Sanierung Garderobentrakt West, Neubau WC-Anlage West, Ersatzbau Werkstatt Nord

Von diesen Investitionen sind die folgenden unabhängig von langfristigen Entscheiden unabdingbar, um den Betrieb am Standort Kleinholz für einen Zeithorizont von rund sechs Jahren zu ermöglichen:

2009

- 250'000 Neubau WC-Anlage Nord
- 120'000 Trockene Saugleitung Kühlanlage
- 80'000 Sicherheitsinvestitionen Eisanlage
- 190'000 Elektro-Eismaschine
- 50'000 Diverse Investitionen

2010

- 200'000 Lüftungsanlage Maschinenraum
- 65'000 Umbau Duschen/WC
- 50'000 Sanierung Garderobe West
- 150'000 Umbau Garderobe 9/10 UG West
- 80'000 Sanierung Restaurant (reduziert auf Hygienevorschrift)
- 85'000 Diverse Investitionen

2011

- 200'000 Dachsanierung (reduziert auf Sicherheit)
- 150'000 Diverse Investitionen

Die Sportpark Olten AG sieht sich nicht in der Lage, diese kurzfristig erforderlichen Investitionen und die daraus folgenden Amortisationsverpflichtungen mit Eigenmitteln zu bestreiten. Neben der Erhöhung des Aktienkapitals sind daher auch Fremdmittel erforderlich. Während die Investitionen von 2009 und teilweise auch 2010 durch die AK-Erhöhung finanziert werden sollen, beantragt der Stadtrat, dass für die Restinvestitionen von 2010 und die Investitionen von 2011 der Sportpark Olten AG im Sinne der Motion Antonia Hagmann¹ ein Darlehen in der Höhe von CHF 0.7 Mio., verzinslich zu 3% und zu amortisieren mit CHF 70'000 pro Jahr, gewährt wird. Einem verzinslichen Darlehen und im Gegenzug einem erhöhten Betriebsbeitrag wird der Vorzug gegenüber einem zinslosen Darlehen gegeben, da dadurch die Transparenz erhöht wird, nicht zuletzt weil nicht nur die Einwohnergemeinde Olten, sondern auch Aussengemeinden an der AG beteiligt sind. Die Motion Antonia Hagmann kann daher nur als Postulat überwiesen werden und soll gleichzeitig mit der Überweisung abgeschlossen werden.

Nachdem mit dem Parlamentsbeschluss vom 29. September 2005 eine einmalige Investition von CHF 2 Mio. in Form einer Einlage ins Aktienkapital erfolgte, belaufen sich die gesamthaften Investitionen neu mit der geplanten AK-Erhöhung und dem verzinslichen Darlehen auf total maximal CHF 3'670'920 und unterstehen somit die zusätzlichen maximal CHF 1'670'920 dem fakultativen Referendum.

¹ Vgl. Ziffer 3

6. Realisierung

Im Gegenzug zu den beantragten Massnahmen wird zwischen der Einwohnergemeinde Olten und der Sportpark Olten AG eine Leistungsvereinbarung unterzeichnet, welche auch die Controllingmassnahmen und die Berichterstattung regelt.

7. Beschlüsse:

1. Dem um CHF 360'000 erhöhten jährlichen Betriebsbeitrag der Einwohnergemeinde der Stadt Olten an die Sportpark Olten AG ab Saison 2009/10 von neu CHF 750'000 wird zugestimmt.
2. Zur Sicherung der Saison 2008/09 wird ein Zusatzkredit in der Höhe von CHF 360'000 als einmaliger Beitrag bewilligt.
3. Der Einlage von Aktienkapital in der Höhe von maximal CHF 970'920 im Falle einer Kapitalerhöhung durch die Sportpark Olten AG wird zugestimmt.
4. Der Gewährung eines zu 3% verzinslichen Darlehens in der Höhe von CHF 700'000 an die Sportpark Olten AG, auszuzahlen in den Jahren 2010 (CHF 350'000) und 2011 (CHF 350'000), wird zugestimmt.
5. Die Motion Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnende betr. zinsloses Darlehen an die Sportpark AG für Sanierung Eisstadion wird als Postulat überwiesen und als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Ziff. 1 dieser Beschlussesanträge untersteht dem obligatorischen Referendum.
8. Ziff. 3 und 4 dieser Beschlussesanträge unterstehen dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung und den Änderungsanträgen der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Parlamentspräsident Werner Good: Wir dürfen drei Vertreterinnen und Vertreter des Verwaltungsrates der Eissport AG bei uns begrüßen.

Dr. Rudolf Moor, GPK: Die Vorlage zu den Eissportanlagen ist in der GPK von Martin Wey vorgestellt worden. Auch in der GPK sind als Gäste Beat Loosli, Präsident der Sportpark AG, und Viktor Müller, Mitglied des Verwaltungsrates, dabei gewesen. Am Anfang hat in der GPK sehr grosse Skepsis gegenüber dieser Vorlage geherrscht, und es hat viele Fragen gegeben, die im Verlauf einer relativ langen Debatte auch beantwortet worden sind. Ich möchte auf einige typische Fragen, die in der GPK diskutiert worden sind, hinweisen. Da ist natürlich einmal die Beteiligung der Aussengemeinden und aktuell ganz besonders gerade von Däniken. Ein anderes Thema, das ziemlich viel zu reden gegeben hat, ist das Mieten durch Vereine, was sie, vor allem auch diejenigen, die Spitzensport betreiben, als Miete für die Anlagen bezahlen. Ein weiteres Thema ist gewesen: Was will man eigentlich fördern, den Volkssport oder eher den Spitzensport oder beides zusammen? Ist dies überhaupt trennbar? Ein anderes Thema, das ziemlich zu reden gegeben hat, ist der Übernahmepreis der Halle.

Als die Stadt vor drei Jahren die Halle der Aktiengesellschaft verkauft hat, ist dafür ein Preis bezahlt worden, wo es Stimmen gibt, die sagen, er sei doch eher hoch gewesen. Ein weiteres Thema ist der Zeitpunkt der Reaktion des Verwaltungsrates gewesen, ob der Verwaltungsrat der Sportpark AG nicht schon früher hätte reagieren und die politischen Behörden darauf aufmerksam machen müssen, dass sich hier ein Problem anbahnt. Ein weiterer Punkt sind die Kosten für die Überdeckung des Eisfeldes gewesen, die deutlich über dem gelegen sind, was man ursprünglich erwartet hat. Nachher natürlich die Glaubwürdigkeit des Businessplans, der seinerzeit im Parlament nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Nicht zuletzt der Masterplan, in dem steht, wie es weiter gehen soll, ob man diesen nicht schneller umsetzen und nicht schnell eigentlich mehr investieren könnte. Diese Fragen sind aus meiner Sicht weitgehend plausibel beantwortet worden. Es ist zwar nachher nicht immer alles ganz klar gewesen. Aber ich glaube, das Verständnis für das, was hier vorgegangen ist, und die Nachvollziehbarkeit haben im Laufe der Sitzung eindeutig gewonnen. Das hat dazu geführt, dass die GPK ohne Gegenstimme Eintreten beschlossen hat. In der Detailberatung ist ein weiteres Thema dazu gekommen, dass man erwartet, dass der EHCO im Prinzip auch den Standort Olten unterstützen müsste und man dies als sehr wichtig erachtet. Wenn es jetzt eine Abstimmungsvorlage gibt, die nicht ganz problemlos vom Volk einfach so angenommen wird, wäre es wichtig, dass man den Inhalt des Masterplans kennen würde, wie es in Zukunft weiter geht. Deshalb hat man einen Antrag formuliert, dass der Masterplan mit den Abstimmungsvorlagen zusammen dem Volk bekannt gemacht werden müsste. Dieser Antrag ist in der GPK einstimmig angenommen worden. Wir sind nachher zu den Einzelabstimmungen gekommen, und hier hat man praktisch allen einzelnen Punkten deutlich zugestimmt. Ein Artikel wurde gestrichen. Das ist aus dem gelben Blatt ersichtlich, nämlich Antrag 5. Zwar hat man ihn gestrichen, weil die Motion Antonia Hagmann zum Zeitpunkt, wo man dies behandelt, noch gar nicht behandelt worden ist. Hier hat man formaljuristische Bedenken, ob dies tatsächlich geht. Deshalb beantragt die GPK, diesen Artikel zu streichen. Bei der Gesamtabstimmung lautet der Antrag, der Vorlage zu den Eissportanlagen zuzustimmen. Dieser Entscheid ist in der GPK ohne Gegenstimme, aber mit Enthaltungen, gefallen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Der GPK-Sprecher hat in seinen Ausführungen auf die Punkte hingewiesen, die auch bei uns im Stadtrat die entsprechenden Diskussionen und Fragestellungen ausgelöst haben. Das Ziel der heutigen Vorlage und selbstverständlich auch die Debatte hier im Rat soll insbesondere sein, Klarheit zu schaffen, aber auch eine Richtung aufzuweisen, wie es mit dem Eissport weiter gehen soll. Eissportanlage in Olten: Ein erster wichtiger Punkt, den der Stadtrat mit dieser Vorlage verfolgt, ist ein klares Bekenntnis zum Eissport. Es schneit zwar in der letzten Zeit hier auch viel. Aber man muss feststellen, dass der einzige Wintersport, den wir betreiben können – die Jugendlichen, aber auch die ganze Bevölkerung, Sportvereine – eigentlich der Eissport ist und dadurch für unsere Stadt im Mittelland eine zentrale Rolle spielt. Das Bekenntnis, Eissport betreiben zu können, für die Vereine, aber auch für die breite Bevölkerung. Das Zweite, das ausgesagt werden soll und wo der Stadtrat auch eine Richtung anzeigen will, ist, dass der Eissport am bestehenden Standort betrieben werden soll. Damit wird eine beschlossene Sportstättenplanung ernst genommen. Es wird ihr auch Rechnung getragen. Die Eissportanlage besteht bekanntlich nicht solitär, sondern ist in eine gesamte Sportstättenplanung eingebunden, wo es nicht nur Eissportanlagen im Kleinholz zu betreiben gibt, sondern noch eine grosse und breite Palette von Sporteinrichtungen. Damit gehört eigentlich diese Eissportanlage auch ins Kleinholz, im Verbund mit anderen Sportanlagen. Mit der heutigen Vorlage soll aber auch aufgezeigt werden, inwieweit die im Oktober 2008 getroffenen Annahmen betreffend Sportpark Olten AG eingetroffen sind, welche eben nicht und wo allenfalls auch Falschannahmen getroffen worden sind. In diesem Zusammenhang stellt die Vorlage auch eine ungeschminkte Standortbestimmung dar, die einerseits nach Korrekturen ruft, sei es im Bereich des Businessplans oder im Betrieb, andererseits kann man aber auch festhalten, dass nach drei Jahren einige Ziele, die man seinerzeit mit der AG hat verfolgen wollen, erreicht worden sind. Es ist auch bestätigt worden, dass der eingeschlagene Weg in der Grundausrichtung der richtige ist. Ich denke in diesem Zusammenhang insbesondere auch an die Förderung des öffentlichen Eislaufs, der mit der Überdachung des Aussenfeldes hat realisiert werden können, aber auch an die vielen Sanierungen, die im Sicherheitsbereich haben gemacht werden müssen. Kurz noch zur Überdachung: Dort möchte ich doch noch festgehalten

haben, dass damit immerhin der Betrieb betreffend Eissport einen bis eineinhalb Monate länger hat offen gehalten und trotzdem die Energie um ca. 10 % hat reduziert werden können. Das zeigt doch, dass diese Aktion durchaus gemäss dem, was vorgesehen gewesen ist, nämlich die Förderung des Eislaufes, ihren Zweck erfüllt hat. Wie in der Vorlage beschrieben, sind es einerseits Investitionen in unerwarteter Höhe gewesen, die zu einer finanziell angespannten Lage geführt haben. Andererseits haben die im Businessplan vorgesehenen Erträge nicht generiert werden können. Der Verwaltungsrat hat sich auf die aktuelle Entwicklung gestützt, rechtzeitig mit dem Stadtrat ausgesprochen und den Handlungsbedarf formuliert, im Wissen darum, dass die AG nicht überschuldet ist und noch weitere Auflagen betreffend Sicherheit erfüllt werden müssen. Die Aktionärsvereine spielen bei dieser AG auch eine Rolle. Sie sind ins Boot genommen und informiert worden, wie der Stand der Dinge ist und die Zukunft aussehen soll. Schliesslich bleibt auch zu erwähnen, dass bei diesem Geschäft insbesondere auch die Gläubigerrechte zu wahren sind. Mit der heutigen Vorlage sollen gestützt auf die Geschichte und die gewonnene Erkenntnis vor allem auch mit einem erarbeiteten Planbudget die notwendigen Massnahmen eingeleitet werden, um eben diesem Eissport auch weiterhin eine Zukunft garantieren zu können. Die Massnahmen sehen vor, dass einerseits der jährliche Betriebsbeitrag erhöht wird und andererseits der AG Kapital zur Verfügung gestellt wird, um möglichst rasch die notwendigsten Sanierungen an der Anlage vornehmen zu können. Grundsätzlich muss diese Anlage sicher betrieben werden können. Es ist hier auch eine Verantwortlichkeit vorhanden, insbesondere auch vom Verwaltungsrat, und es ist ein wesentlicher Aspekt dieser Anlage, dass die sicherheitsrelevanten Sanierungen schnell vollzogen werden können. Über den jährlichen Betriebsbeitrag wird gemäss der Vorlage des Stadtrates das Volk befragt. Das heisst: Es wird darum gehen, wenn das Parlament dieser Vorlage zustimmt, das Volk über diese Beiträge zu befragen. Es geht aber auch darum, wenn das Volk diesen Beiträge zugestimmt hat, dem Stimmvolk möglichst rasch in einem zweiten, dann aber Gesamtpaket eine Vorlage zu unterbreiten, die eine umfassende, auf die Sportstättenplanung Kleinholz abgestimmte Gesamtsanierung der Eissportanlagen vorsieht. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es betreffend Vorgehensweise verschiedene Möglichkeiten gibt. Sie sind in Ihren Fraktionen sicher auch diskutiert worden. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass mit dem vorgeschlagenen Weg, wie er jetzt beantragt wird, rasch und transparent das verfolgte Ziel erreicht werden kann, nämlich den Eissport in Olten auf längere Sicht zu gewährleisten. Ich bitte Sie deshalb, auch im Namen des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen. Nach Rücksprache mit dem Parlamentspräsidenten erlaube ich mir noch den Hinweis zu machen, dass der Verwaltungsrat, angeführt durch den Präsidenten, im Saal anwesend ist und auf Fragen, die ihn direkt betreffen, auch Antworten geben wird. In diesem Sinne habe ich vorläufig geschlossen und hoffe auf eine faire und gute Diskussion zu diesem Geschäft.

Antonia Hagmann, CVP/EVP-Fraktion: Es freut mich, dass sich der Stadtrat zum Eissport in Olten bekennt und nun eine Strategie entwickelt hat, die hoffentlich eine Zukunft für die Eisbahn sichert. Die Halle, die vor über 30 Jahren gebaut worden ist, ist von ihrer konzeptionellen Seite her immer noch eine sehr gute Halle. Ich kenne sehr viele Hallen in der Schweiz. Die Kleinholzhalle ist meines Wissens zum Beispiel die einzige, die für die Zuschauer rollstuhlgängig ist. Auch ist das tiefer gelegene Eis energetisch und von der Hallenorientierung her ein grosses Plus. Nach der Überdachung des Ausseneises hat die Attraktivität für den öffentlichen Eislauf unbestritten gesteigert werden können. Die Vereine tragen allerdings mit ihren Aktivitäten und Angeboten sowie Events für ihre Mitglieder und die Bevölkerung einiges dazu bei. Seit nun mehr als zwölf Jahren bin ich durch verschiedene Funktionen im Eissport mit der Eisbahn ziemlich vertraut geworden und habe an verschiedenen Sitzungen teilnehmen können oder müssen, wo es fast ausschliesslich um die Zukunft der Eisbahn gegangen ist. Man hat sich jeweils nur zu Feuerwehrübungen durchringen können, da ja meistens das Geld gefehlt hat. Man ist unter Zeitdruck gestanden oder der nötige Rückhalt bei den Behörden und der Politik hat gefehlt. In einem Punkt sind sich die Beteiligten allerdings immer einig gewesen: Dass die Eisbahn bestehen soll. Aber sobald es um die Finanzierung gegangen ist, ist es mit der Einigkeit vorbei gewesen. Heftige politische Diskussionen um die Eisbahn hat es in ihrer über 70-jährigen Geschichte schon immer gegeben. Anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums des Eislaufclubs Olten habe ich in verschiedenen Protokollen und Zeitungsberichten recherchiert. So habe ich nachlesen

können, dass der Standort schon bei den Anfängen zu sehr grossen Diskussionen geführt hat, denn auch die Schützenmatte ist damals eine Option gewesen. Später hat es bei der Tieferlegung des Eisfeldes und beim Bau der Halle rote Köpfe gegeben und - wie könnte es anders sein - ausschliesslich wegen der Finanzierung. Heute wiederholt sich leider die Geschichte schon bei den dringendst notwendigen Sanierungen. Die Ausgangslage ist uns bekannt, und wir werden leider darin bestätigt, dass der ausgearbeitete Businessplan 2005 wirklich weder brauchbar noch umsetzbar ist, was ja die Mehrheit der Parlamentarier damals durch die Nichtkenntnisnahme des Businessplans schon erkannt hat. Folgendes möchte ich dazu noch kritisch bemerken: Erstens: Dass sich die Sportpark AG stur an den Businessplan halten wollen, ist meines Erachtens etwas blauäugig und nicht sehr ideenreich. Denn hier ist auch damit gerechnet worden, dass sukzessive die Mieten erhöht werden können. Marktüblich ist doch, dass allfällige höhere Mieten erst nach erfolgten Sanierungen vorzunehmen sind, also bei Mehrheit. Zweitens: Die geforderten Mieten sind von den Vereinen bezahlt worden. Aber trotz der Überdachung des Aussenfeldes ist von den Vereinen, wie aber von den Verantwortlichen und vom Businessplan angenommen und budgetiert worden ist, nicht mehr Eis gemietet worden. Wie bei der Planung der betroffenen Vereine schon mehrmals betont worden ist, dient die Grösse des Aussenfeldes zu Trainingszwecken schlecht oder überhaupt nicht. Drittens: Es sind potenzielle Mieter für den Sommerbetrieb abgelehnt worden. Die Begründung, dass sei zum Schutz der Nachbarn, finde ich eher fadenscheinig. Viertens: Seitens der Sportpark AG sind auch sonst keine zusätzlichen Sportevents, wie im Businessplan vorgesehen, organisiert oder durchgeführt worden. Fünftens: Beim Restaurationsbetrieb einen jährlichen Ertrag von rund Fr. 60'000.— zu budgetieren und diesen noch zu erwarten, wie im Businessplan vorgesehen ist, grenzt für mich an eine Frechheit. Wer das Restaurant schon einmal gesehen hat, das dann nur während rund sieben Monaten betrieben werden kann, weiss wovon ich spreche. Siebtens: Der Zugang für die Publikumseintritte ist überhaupt nicht optimal gelöst. Achtens: Mit der Abgabe von Werbeeinnahmen für die Sportpark AG zu rechnen, wo der EHCO mühsam und mit viel Aufwand und Überzeugung der Sponsoren gesprochen erhält, ist unüblich und auch nicht nachvollziehbar. Neuntens: Auch bezüglich Sicherheitsmängel ist von Seiten der Vereine in der Vergangenheit immer wieder darauf aufmerksam gemacht worden. Nun wird man auf einmal überrascht. Auf die soeben erwähnten kritisch bemerkten Aufzählungen und noch einige mehr ist die AG von Seiten der Sportvereine schon vordergründig und bei der Besprechung des Businessplans aufmerksam gemacht worden. Leider sind wir nicht ernst genommen und als Verhinderer und Schmarotzer angeschaut worden. Das gegenseitige Vertrauen und Verständnis hat oft gefehlt. Dem heutigen Verwaltungsrat der Sportpark AG mache ich den Vorwurf, dass er die heutige Situation rascher hätte erkennen und dementsprechend früher hätte handeln sollen. Spätestens nach der Überdachung des Aussenfeldes ist die heutige prekäre Situation absehbar gewesen. Ich frage mich wirklich, ob wir heute von der AG schon Kenntnis hätten, wie schlecht es um die Betriebsrechnung steht und von weiteren Investitionen gar nicht zu reden ist, wenn ich im Frühling nicht meine Motion eingereicht hätte, denn vor einem halben Jahr hat es noch ganz anders getönt, und es kommt mir so vor, als ob jetzt, wo die Zahlen für die Behandlung des eingereichten Vorstosses auf den Tisch mussten, dem Verwaltungsrat endlich die Augen geöffnet wurden. Langsam aber sicher habe auch ich genug von diesen finanziellen Feuerwehrrübungen. Nun zum heutigen Bericht und Antrag: Wir von der CVP/EVP-Fraktion befürworten die Stossrichtung des Stadtrates und unterstützen den vorgeschlagenen GPK-Antrag, denn es zeigt sich, dass auch mit neuen Gesellschaftsformen eine Gemeinde sich bei öffentlich genutzten Anlagen nicht vor finanziellen Verpflichtungen drücken kann. Durch die vorgesehenen Massnahmen kann der Betrieb für die laufende und die kommende Saison gesichert und die aus Sicherheitsgründen nötigen Sanierungen vorgenommen werden. Als sehr wichtig erachten wir auch, dass endlich das Gesamte angeschaut wird, also Betrieb und Investitionen, und die Bevölkerung zu einer Weiterführung und Sanierung Stellung nehmen kann. Daher ist es bei der ersten Abstimmung wichtig, dass die Unterlagen des Masterplans beigelegt werden und dieser dann auch durch die Hauptmieter und die Gebäudeversicherung mitgetragen werden kann. Bei einem positiven Entscheid des Souveräns erwarten wir im Jahr 2010, spätestens im Frühling 2010, die Vorlage mit dem Finanzbedarf für die gesamte Sanierung. Nur durch gute Kommunikation und Kostentransparenz gibt es eine Zukunft für die Eisbahn. Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind überzeugt, dass wir mit dem vorgeschlagenen Vorgehen des Stadtrates endlich auf dem

richtigen Weg sind, dass durch die Eisbahn auch in Zukunft Begegnung, wertvolle Integration, Jugendförderung und soziale Kontakte in Olten gefördert werden können.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Wir haben an unserer Fraktionssitzung zu diesem Thema Martin Wey in seiner Funktion als Verwaltungsrat der Sportpark AG begrüßen dürfen. Kompetent und sachlich hat er uns direkt darüber informiert, wie es zu diesem - ich glaube für uns alle Beteiligten - weniger guten Ausgang hat kommen können. Wir sind der Meinung, dass sich das Parlament, der Stadtrat und die Bevölkerung zuerst überhaupt ein paar Grundsatzfragen beantworten müssen, nämlich: Wollen wir in Olten weiterhin Eissport betreiben oder nicht? Sagen wir jetzt endlich und unmissverständlich ja zum Standort Kleinholz und geben wir weiterhin diversen, zum Teil perfiden Selbstdarstellern die Möglichkeit, sich über Olten lustig zu machen und mit absichtlichen Falschaussagen die Bevölkerung zu verunsichern? Wollen wir eine aktive Juniorenförderung oder nicht? Nicht zuletzt: Steht der finanzstarke EHCO hinter uns mit allen Rechten und Pflichten oder nicht? Für die SVP-Fraktion ist klar: Wir wollen weiterhin im Kleinholz professionellen Eishockey, Eiskunstlauf, Curling und Breitensport. Wir wollen den Jugendlichen weiterhin die Möglichkeit geben, sich auf der „Schliffi“ zu treffen und Sport zu treiben. Wir wollen auch weiterhin den Eiskunstlauf fördern und jungen Menschen so Gelegenheit geben, sich und nicht zuletzt auch Olten bekannt zu machen. Wir wollen allen Eissportvereinen eine gute Infrastruktur bieten. Aber jetzt komme ich zu dem Teil, der auch stimmen muss. Wir sind nicht stolz darauf, dass wir 2005 den Businessplan nicht zur Kenntnis genommen haben. Aber wir sind der Meinung, dass nach einem solchen Misstrauensvotum der Businessplan eigenverantwortlich hätte überarbeitet werden sollen und nicht einfach - entschuldigen Sie den Ausdruck - hätte darauf los „gewurstelt“ werden sollen. Fairer wäre es vom Stadtrat gewesen, wenn er schon im Jahre 2005 mit realistischen Zahlen ins Parlament gekommen wäre und nicht erst jetzt, wo er mit dem Rücken zur Wand steht, was nebenbei gesagt in dieser Zusammensetzung auch nicht das erste Mal ist. Ebenfalls störend ist für uns, dass mit diesen jährlich wiederkehrenden Fr. 360'000.— vermutlich auch etwas absichtlich das obligatorische Referendum umgangen worden ist trotz der schon damaligen Vermutung, dass das Geld nicht reichen wird und so schliesslich schon wieder der Steuerzahler dafür aufkommen muss. Abschliessend ist zu sagen, dass die SVP Olten dem Verwaltungsrat einen Schuss vor den Bug setzt. Wir erwarten, dass jetzt sofort die erwarteten Grundsatzentscheide mit allen Vor- und Nachteilen gefällt werden. Wir erwarten eine positive Entwicklung des Eissportes, und wir erwarten, dass alle Vereine, namentlich der EHCO jetzt am gleichen Strick ziehen und auch eine realistische Eismiete bezahlen. Lippenbekenntnisse und unklare Aussagen wollen wir keine mehr hören. Nur unter diesen Voraussetzungen gibt die SVP dem Eissport im Kleinholz in Olten eine echte Chance. Wir treten somit auf die Vorlage ein.

Theo Schöni, Fraktion GO/JA: Ebenfalls möchte ich die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates herzlich begrüßen. Die Fraktion der Grünen/Jungen Alternativen hat das Geschäft aufgrund der Unterlagen und auch mit den ergänzenden Informationen von Stadtrat Martin Wey in seiner Funktion als Verwaltungsratsmitglied diskutiert und hat beschlossen, auf das Geschäft einzutreten. Wir müssen ein weiteres Mal feststellen, dass uns die Vergangenheit eingeholt hat und wir mit den gleichen Tatsachen konfrontiert werden wie sie Ende 2004 vorgelegen haben. In der Folge hat man dann der Gründung der Sportpark AG zugestimmt, der künftigen Betreibergesellschaft. Der Businessplan ist äusserst kritisch beurteilt und eigentlich unrealistisch eingeschätzt worden. Trotzdem haben wir die finanzielle Beteiligung, sprich das Aktienkapital, genehmigt, das man dieser AG einverleiben soll. Das kann man auch als positive Zusage für den Eissport werten. Aus heutiger Sicht ist die vorbehaltlose Zusage kritisch zu hinterfragen. Erstens ist es für uns etwas überraschend und nicht ganz nachvollziehbar, dass man auf die sich bereits 2006/07 abzeichnende finanzielle Querlage nicht früher reagiert hat. Heute stehen wir zwar nicht gerade vor dem Kollaps. Aber wir müssen immerhin zur Kenntnis nehmen, dass sich der Betrieb aus eigener Kraft nicht über Wasser halten kann. Wir stellen fest, dass der Betrieb nur durch massive finanzielle Unterstützung wieder auf Kurs gebracht werden kann, um ihn ganz vor dem Untergang zu retten. Sie erinnern sich: Fr. 236'000.— hätten es künftig sein sollen. Jetzt sind wir bei mehr als dem Dreifachen dieser Summe, nämlich bei Fr. 750'000.—, die man jährlich einschiessen sollte und dies allein für den Betrieb. Das ist ja nur die Eisspitze und

klimapolitisch kann man davon sprechen, dass diese Beträge etwa gleich schnell schmelzen werden wie unsere Gletscher. Selbst bei diesen jährlichen Finanzspritzen zeichnen sich in der Betriebsrechnung, die uns vorgelegt worden ist, bereits ab der Saison 2012/13, also in drei Jahren, neue Verluste ab. Zumindest was die finanzielle Entwicklung anbelangt, kann man feststellen, dass diesmal die Einschätzung wahrscheinlich etwas realistischer ausgefallen ist. Aber reicht dies? Die seinerzeitigen Beschlüsse sind mit ganz konkreten Zusatzbedingungen verknüpft worden. Gerade Bedingungen, die letztlich den Ausschlag gegeben haben, dass diesem Geschäft überhaupt Zustimmung erteilt worden ist. Es gibt immer wieder Entwicklungen, wo man die Entscheide, die man gefällt hat, hinterfragen und korrigieren muss. Da wollen wir uns nicht ausnehmen. Aber um Korrekturen vornehmen zu können und in diesem Fall eine klare Strategieanpassung und Zielvorstellungen seitens der Verantwortlichen zu haben, bevor wir ein weiteres Mal unser Vertrauen aussprechen wollen, sind nicht gegeben. Diese haben wir vom Verwaltungsrat der Sportpark AG, aber auch vom Stadtrat mit dem vorliegenden Bericht und Antrag noch nicht erhalten. Nebenbei hätte uns eben auch noch interessiert, wie die Haltung der Minderheitsaktionäre zur vorliegenden Situation ist. Es ist wohl gesagt worden, dass informiert worden ist. Aber ich denke, auch das ist nicht ausreichend. Wir hätten gerne gewusst, ob diese auch zusätzlich noch wie die Stadt Olten einen Teil der Kosten aus der eigenen Tasche mitfinanzieren würden. Wir erkennen seitens der Sportpark AG, aber auch von den massgeblichen Nutzen der Eissportanlagen nur sehr verhaltene Anstrengungen, sowohl ertragsseitig, aber auch beim Aufwand, die Situation nachhaltig in den Griff zu bekommen. Man verlässt sich voll und ganz auf die öffentliche Hand, also den Steuerzahler. Er soll es ein weiteres Mal wieder richten. Bei einer Annahme des Geschäfts und der erforderlichen Zustimmung des Stimmvolkes wird es gute Argumente brauchen, den Stimmbürger davon zu überzeugen, weiterhin Eissport in diesem Ausmass zu unterstützen. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag wird dies voraussichtlich schwer möglich sein. Wir meinen, es gäbe auch unter den jetzigen Verhältnissen durchaus Möglichkeiten, um zusätzliche Einsparungen vorzunehmen, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Aber die Anstrengungen und eine Strategie lassen sich nicht erkennen. Dazu möchten wir den Verantwortlichen, aber auch den vorrangigen Benutzern ein paar Anregungen mitgeben, auch wenn sie vielleicht unpopulär erscheinen mögen. Man sagt doch: Not macht erfinderisch. Genau das und nicht weniger möchten wir vom Verwaltungsrat der Sportpark AG vernehmen. Werte Kolleginnen und Kollegen, es gibt unter diesen Gesichtspunkten für uns eigentlich nur eine Schlussfolgerung: Eissport ja. Aber nicht zu jedem Preis. Der vorliegende Businessplan ist zu überarbeiten und die gegebenen Verhältnisse anzupassen. Wir beantragen daher, das Geschäft in allen Punkten zurück zu weisen. Ich habe vorher gesagt, es gäbe Möglichkeiten. Darauf möchte ich noch kurz eingehen. Wir könnten uns folgende Punkte vorstellen: Anpassen des Angebots. Im Klartext heisst dies, den Eisbetrieb auf die eigentliche Spielsaison zu reduzieren. Das heisst auf die reguläre Meisterschaft von anfangs September bis Ende Februar, also auf sechs Monate Sommertraining und Playoffs sind auszulagern bzw. mit anderen Eisklubs der Region zu koordinieren. Damit ergeben sich erhebliche Einsparungen bei der Energie, dem Betriebsaufwand und auch bei den Lohnkosten. Das Angebot für den öffentlichen Eislauf wäre damit immer noch vollumfänglich sicher gestellt. Das Personal und der Verwaltungsaufwand sind auch absolut auf das Notwendigste zu reduzieren. Im seinerzeitigen Businessplan 2005 ist man von einem Personalaufwand von 460 Stellenprozenten ausgegangen. Konkret hat man dort 150 Stellenprozente ausgewiesen. Es wäre schön, wenn man wüsste, wie die anderen 310 Stellenprozente zuzuordnen und zu begründen sind. Wir wissen, dass dort zum Teil Anstrengungen unternommen worden sind, aber sind nicht überzeugt, ob das Einsparpotenzial ausgeschöpft worden ist. Bei der Kürzung von Investitionen heisst die Devise: Gewährleistung von Sicherheit. Nicht mehr und nicht weniger. Insgesamt sind für die vier kommenden Jahre Investitionen im Umfang von 1,7 Millionen Franken vorgesehen. Wir sagen: Sämtliche Investitionen, die keine Relevanz bezüglich der Sicherheit haben, sind zurück zu stellen. Erlauben Sie mir noch ein letztes Wort zur beabsichtigten Volksabstimmung, die vor Ablauf der Frist von sechs Jahren, wann diese Volksabstimmung auch immer sein soll, stattfinden soll. Der Stadtrat wird aufgefordert, bis Mitte 2010 dem Stimmvolk eine Vorlage zu unterbreiten. Es geht aus unserer Sicht nicht nur darum, einen neuen Master- oder Businessplan der Sportpark AG, wie es im Antrag der GPK formuliert worden ist, vorzulegen. Ebenso unzureichend wäre nur allein das Bekenntnis des Stadtrates zum Standort Kleinholz.

Nein, es braucht endlich einen längst fälligen Volksentscheid. Erstens zur generellen Frage bezüglich Eis, Angebot von Eissport, und zweitens zur Frage des städtebaulichen bestgeeigneten Standortes. In Verbindung mit diesem möglichen Standort sind unter Berücksichtigung der verschiedenen Nutzungsansprüche - hier geht es um Winter- wie Sommeransprüche - Vor- und Nachteile, Chancen, Risiken, selbstverständlich auch die Kosten aufzuzeigen. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Geschäft zurück zu weisen.

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion ist auch beunruhigt gewesen über die ersten Gerüchte und Informationen der Lage der Sportpark Olten AG. Insbesondere als bekannt wurde, dass die Eisfeldüberdachung doppelt so teuer als geplant gewesen sein soll, ist auch ein gewisses Unverständnis aufgekommen. Wir haben eigentlich die Fortsetzung des Debakels vor drei Jahren erwartet. Bericht und Antrag haben dann aber einiges korrigiert und etwas in ein anderes Licht gerückt. Während der Fraktionssitzung haben wir detaillierte Auskünfte von der Verwaltungsrätin Rahel Kamber erhalten dürfen, die uns weitere Punkte geklärt und erläutert hat. Wir finden es wichtig, etwas vorweg festzustellen: Wir haben im Moment kein De-bakel, zumindest unserer Meinung nach. Wir haben keine überschuldete Aktiengesellschaft und einen deutlichen Mehrwert in dieser Anlage, die eben auch gerade der Bevölkerung und zwar der breiten Bevölkerung zugute kommt. Das ist ja eigentlich dazumal unser Ziel gewesen. Das Unschöne daran ist eigentlich nur, dass trotz dieser vielen überraschenden oder zum Teil unerwarteten Momente, welche die Sportpark Olten AG erlebt hat, das Ganze keine Überraschung gewesen ist. Wir haben alle gewusst, dass der Businessplan nicht aufgeht. Wir haben dem Eissport in Olten zuliebe trotzdem eine Aktiengesellschaft gegründet und - das ist mehrmals gesagt worden - für mich als Besonderheit haben wir einen Businessplan explizit nicht zur Kenntnis genommen. Jetzt sind wir genau da, wo wir erwartungsgemäss sind. Der Betriebsbeitrag ist um mindestens Faktor 2 bis 3 zu klein. Es fehlt das Geld für die allernotwendigsten Investitionen. Alles in allem aber bei Weitem keine Überraschung. Wir haben 2005 A gesagt, aber wir haben nicht den Mut gehabt, auch offen und ehrlich B zu sagen. Im Gegenteil: Man hat mit der Rechtsform der AG und dem Einbezug der Vorortsgemeinden versucht, ein Stück weit auch zu verschleiern, dass die Eishalle bei Weitem nicht selbsttragend betrieben werden kann, sondern mit einem klaren und deutlichen Zu-schuss der Stadt leben muss. Das ist jetzt Geschichte. Wie geht es jetzt weiter? Ihr habt Anträge der FdP und SP vor Euch. Den Kern der FdP-Anträge haben wir in ähnlicher Form auch diskutiert. Wir haben also auch gewisse Sympathien dafür, dem Projekt einen gewissen Schnauf zu geben, um die nötigen Grundlagen zu erarbeiten. Einen seriösen Businessplan zu erstellen ist wohl in kurzer Zeit möglich, im Wesentlichen existiert er ja schon. Er scheint uns auch deutlich realistischer als der bisherige. Der Businessplan steht für uns deshalb nicht mehr unbedingt im Zentrum. Man sollte sich insbesondere auch von der Hoffnung lösen, mit einem guten Businessplan liessen sich die Einnahmen markant steigern. Uns interessiert jetzt viel mehr, welche Investitionen in Zukunft noch zu tätigen sind oder wären, um aus der Eishalle wieder eine bescheidene, aber heutigen Ansprüchen des Eissportes gerecht werdende Sport- und Eventanlage für den Breiten- und den Spitzensport zu machen. Aus dieser Sicht genügen eben die Anträge der FdP nicht. Deshalb schlagen wir eigentlich einen weiteren Änderungsantrag vor. Ihr habt ihn auch vorliegend. Es ist Antrag 5, wo es darum geht, dass wir eben auch Übersicht über den Investitionsplan erhalten, damit die Halle wieder den Stand erhält, den sie haben sollte. In diesem Zusammenhang ist vielleicht vom Stadtrat oder vom Verwaltungsrat auch zu prüfen, ob es Sinn macht, dass die ganze Infrastruktur nicht zur Stadt kommt, von der Stadt übernommen wird und der Betrieb letztlich nur noch bei der Aktiengesellschaft bleibt. Ein ähnliches Modell wie wir es heute bei der Stadttheater AG haben. Wichtig ist uns aber auch, dass der Betrieb aufrecht erhalten werden kann und zwar sicher für diejenigen, die ihn benutzen. Das bedeutet, dass wir auch den Antrag 3, die Sicherstellung der Aktien, Kapitalerhöhung, und damit auch die Sicherstellung der notwendigen Investitionen, beibehalten. Auch dieses Geld ist ja nicht hinaus geworfenes Geld, das wir nicht mehr sehen, sondern es ist Geld, das einen Mehrwert in einer Anlage, die wir eventuell sogar einmal übernehmen, schafft. Das Ganze und dieses Vorgehen haben den Vorteil, dass wir den Betrieb für die nächsten anderthalb Jahre sicher stellen können, dass wir weiterhin noch einmal ein klares Bekenntnis für den Eissport und für die Halle stärken, dass wir genügend Zeit für eine seriöse Grundlagenarbeit bezüglich Business- und Investitionsplan und wir eben dann nur eine Volksabstimmung haben, in der wir darüber befinden. Die beiden letzten FdP-Anträge werden wir ablehnen. Insbesondere

der Nutzen einer Parlamentswahl eines Verwaltungsrates ist uns nicht ganz ersichtlich. Wir sind nicht einmal sicher, ob dies rechtlich möglich ist. Erstens haben wir das Gefühl, der Verwaltungsrat hat nicht grundsätzlich schlecht gearbeitet. Er hat ja eigentlich richtig reagiert. Wir sind zudem überzeugt, dass der heutige Verwaltungsrat auch vom Parlament zum damaligen Zeitpunkt wohl gewählt worden wäre. Wir können auch nicht nachvollziehen, was ein Quorum von 60 % bewirken soll, dass die Qualität eines Verwaltungsrates steigt. Einmal mehr müssen wir aufpassen, dass wir exekutive und legislative Aufgaben nicht vermischen. Noch zwei, drei zusätzliche Bemerkungen. Wir setzen uns hier mit unserer Zustimmung zum zweiten Mal innert drei Jahren klar für den Eissport und die Eissportanlage ein. Den Grundsatzentscheid haben wir schon lange getroffen, dass wir in Olten eine Basisinfrastruktur haben, zu der auch die Eissportanlage dazu gehört. Wir haben uns nur davor gedrückt, eben auch die Konsequenzen bzw. die Kosten zu übernehmen. Ganz nebenbei: Auch eine Badi kostet vermutlich etwas in einem ähnlichen Beitrag, den wir jetzt für eine Eissportanlage langfristig aufwerfen müssten. Wir sind überzeugt, dass in Olten weder ein alternativer Stadionstandort noch eine andere wirtschaftliche Alternative sprich Neubau, Mantelnutzung oder was hier immer herum geistert für ein Stadion in Frage kommt. Zum Schluss noch ein besonderes Anliegen, das auch schon ein Stück weit erwähnt worden ist. Wir fordern nämlich den EHC Olten auf, jetzt endlich mit der Stadt am gleichen Strick zu ziehen und die Weiterentwicklung der Eissportanlage im Kleinholz mit vollem Engagement zu unterstützen statt sie mit öffentlichen Diskussionen immer wieder zu behindern, denn nur zusammen schaffen wir es nämlich, dass der Eissport in Olten Zukunft hat. In diesem Sinne werden wir unsere Anträge dann einbringen und gegebenenfalls sage ich jetzt, wenn das Resultat auch stimmt, dem Beschluss zustimmen.

Christian Wüthrich: Die FdP-Fraktion bekennt sich zum öffentlichen Eislauf sowie zum Breitensport in der Eissportanlage Kleinholz. Eine Stadt hat, um den verschiedenen Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner gerecht zu werden, diverse Anlagen öffentlich oder auch halb öffentlich zu betreiben. Was unsere Badi und die diversen Rasensportfelder in den Sommermonaten sind, ist die Eissportanlage Kleinholz während der Wintermonate. Die Eisbahn ist für diejenigen, die es wollen ein sicherer Garant, sich in Olten wintersportlich zu betätigen oder einfach nur zu bewegen. Vor allem junge Leute benützen die Eissportanlagen regelmässig. Auch Familien haben einen guten Zugang, wie die neueste Eintrittsstatistik zeigt. Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oben in der Eishalle der Sportpark AG für ihre stets freundliche, angenehme und kompetente Bedienung und den Umgang bedanken. Dass öffentlich genutzte Freizeitanlagen nicht selbsttragend geschweige denn rentabel sind, ist uns allen bewusst. Wir wissen auch, dass solche Anlagen im Unterhalt sowie im Betrieb zum Teil hohe Kosten generieren. Wir haben zwar keine vertieften, aber wir haben Kenntnisse über die Lage, die in Langenthal, Aarau und Basel herrscht, und wir wissen über die Problematik um die Eissportarenen in Zug oder das Eisstadion Bern, die bevorstehende Sanierung oder sogar einen geplanten Neubau in Langnau. Ich kenne dort zum Teil die Kosten, die für einen solchen Neubau oder Sanierungen ausgelegt werden. Sie sind horrend. Ich vergleiche die Nati-A-Klubs selbstverständlich nicht mit unseren. Aber ich möchte einfach versuchen, die Zahlen ins Bewusstsein zu bringen. Selbstverständlich gönnen wir dem EHC die bereits in den Medien vorgestellte moderne und attraktive Eissportarena, die mittels privaten Investoren errichtet werden soll. Wir sind auch überzeugt, dass es, wenn der EHC Olten seine Eissportarena hat, endlich Ruhe zwischen den Vertretern des EHC, Vertretern der Stadtbehörde und Vertretern der Sportpark AG geben wird. Wir würden es jedenfalls sehr begrüßen, wenn dieser unnötige Streit endlich aufhören würde und der allgemeine Umgangston klar partnerschaftlicher wird. Das Parlament hat im Jahr 2005 klar ja zum öffentlichen Eislauf sowie zum Breitensport in der Eishalle Kleinholz am heutigen Standort gesagt. Das Parlament hat auch die Sportstättenplanung zur Kenntnis genommen. Der eventuelle Sanierungsbedarf der Eishalle Kleinholz ist im Bericht und Antrag aufgeführt. Dass dieses Geschäft mit Emotionen, Erwartungen, Recht oder sogar historisch aufgebautem Druck abgehandelt wird, ist uns in der Fraktion klar gewesen. Deshalb haben wir uns dem eben entziehen und uns auf das Wesentliche konzentrieren wollen, und das ist die Zukunft der Sportpark AG. Wir möchten mit unseren Anträgen die Sportpark AG auf eine neue Basis stellen, uns von alten Zahlen und Vorgaben verabschieden. Wir wollen mehr Transparenz erreichen, dass man nicht immer nur vom Hörensagen, sondern effektiv

nachlesen kann, wie, wo, wann, was wäre. Wir wollen mit dem Leistungsauftrag dem Verwaltungsrat eine aktivere Rolle geben. Es heisst so schön: Wenn es brennt, soll die Feuerwehr und nicht die Behörden den Brand bekämpfen. Unsere Pflicht und Aufgabe im Parlament ist es aber, die zukünftige Brandverhütung zu organisieren und die nötigen Instrumente zur Verfügung zu stellen. Ein neuer Businessplan und eine Leistungsvereinbarung erachten wir als gute und richtige Instrumente für die Zukunft.

Mario Clematide: Wenn man das politisch brisante Geschäft betriebswirtschaftlich nüchtern betrachtet, müssen vor allem drei Aspekte angeschaut werden. Erstens: Die Startbedingungen der Sportpark AG, die Geschäftspolitik der Sportpark AG bis heute und die nachhaltige Ausrichtung der Sportpark AG für die kommenden vier bis sechs Jahre. Zu den Startbedingungen: Das „schleckt keine Geiss weg“. Die Sportpark AG hat das Schlamassel übernehmen müssen, das die vormalige Keko hinterlassen hat. Überbewertete Aktiven, die zu einem hohen Übernahmepreis geführt haben, eine objektive Prüfung der Werthaltigkeit der Anlagen hat nicht stattgefunden. Politische Absicht ist einzig und allein gewesen, die Keko nicht in Konkurs gehen zu lassen. Ein bedingtes Aktienkapital, das trotz vollmundigen Beteuerungen des Stadtrates nur zur Hälfte durch die Aussengemeinden herein gekommen ist. Dazu gekommen ist ein Businessplan, der das Papier nicht wert gewesen ist, auf dem er geschrieben stand. All dies haben die bisherigen Verantwortlichen ganz genau gewusst. So hat die Sportpark AG das ausbaden müssen, was die Vorgänger hinterlassen haben oder anders gesagt: Der Verwaltungsrat hat für den Stadtrat die Kohlen aus dem Feuer geholt. Insider haben dies relativ gut gewusst. Zur Geschäftspolitik der Sportpark AG bis heute: Ausgehend von der Zielsetzung, dass die Eissportanlagen auch dem öffentlichen Eislaufen vermehrt wettersicher zugänglich gemacht werden sollen, ist das Aussenfeld überdacht worden. Laut unrealistischem Businessplan hätte das Vorhaben 1,2 Millionen Franken kosten sollen. Tatsächlich ist der KV dann auf 2,4 Millionen gekommen, und abgerechnet worden ist das Vorhaben mit 2,3 Millionen. Nüchtern betrachtet ein Erfolg. Berücksichtigen wir die Tatsache, dass im November 2007 die Eintritte gegenüber dem Vorjahr um 15 % haben gesteigert werden können und in diesem Jahr wiederum eine Steigerung im gleichen Ausmass erwartet wird, kann man auch hier sagen, dass sich die Investition gelohnt hat. Nebenbei bemerkt ist auch die Reduktion der Personalkosten zu einem schönen Teil auf die Überdachung des Aussenfeldes und die Änderung des Kassenwesens zurück zu führen. Dass die Erträge des Restaurationsbetriebes laut Businessplan und die tatsächlichen Eismieten der Sportklubs ins Land der Wunschträume gehören, weiss jeder, der schon einmal in der Beiz gesessen hat oder die Budgets der Sportklubs kennt. Insgesamt betrachte ich die Geschäftspolitik der Sportpark AG als durchaus nicht schlecht. Dass dabei die Liquidität aufgebraucht worden ist, kann nicht primär ihr angelastet werden. Zur nachhaltigen Ausrichtung der Sportpark AG für die kommenden vier bis sechs Jahre: Dass der bisherige Betriebsbeitrag der Stadt an die Eissportanlagen nicht reicht, wird einem beim Lesen der Unterlagen klar. Weitere Kostensenkungen oder Erhöhungen der Erträge sind entweder mit betriebswirtschaftlich niedrigeren Kosten oder politisch höheren Eismieten der Vereine nicht möglich. Finanzwirtschaftlich ist der Kapitalschnitt nachvollziehbar und eine spätere Erhöhung des Aktienkapitals, mehrheitlich natürlich geleistet durch unsere Stadt, aufgrund der anstehenden und sinnvollen Investitionen und den nachhaltigen sofortigen Sanierungen nachvollziehbar. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Gewährung des verzinslichen Darlehens in der Höhe von Fr. 700'000.—. Abschliessend stellt sich natürlich die Frage, ob die Wahl der AG als Rechtsform richtig gewesen ist oder ob es besser gewesen wäre, die Eissportanlagen als Regiebetrieb der Stadt Olten und den mitbeteiligten Aussengemeinden zu führen. Die mehr als undurchsichtige und verantwortungslose Geschäftspolitik der Keko ist ein abschreckendes Beispiel gewesen. Ich habe das gute Gefühl, dass der jetzige Verwaltungsrat seine Aufgabe gut macht und dem Stadtrat die richtigen Massnahmen vorgeschlagen hat. Wichtig ist bei der ganzen Sache, dass sich alle Beteiligten, die Sportpark AG, der Verwaltungsrat, der Stadt- und Gemeinderat an die geltenden Regeln des Rechts - damit meine ich die AG - und der Politik, Stadt- und Gemeinderat und das Volk, halten, etwas, das in den Zeiten der Keko nicht immer der Fall gewesen ist. Ich werde auf das Geschäft eintreten.

Thomas Marbet: Ich möchte einige Gedanken äussern, vielleicht jetzt nicht ganz technisch auf die Vorlage bezogen, aber etwas, das mir so durch den Kopf gegangen ist, als ich die

Vorlage gelesen habe. Es scheint schon dem Zeitgeist zu entsprechen, dass man so gemeinwirtschaftliche oder öffentliche Aufgaben privaten Trägerschaften überträgt, zum Beispiel Sportpark AG oder Spital AG oder was auch immer. Ich bin froh, dass wir heute nicht noch eine Schul AG beschlossen haben. Das ist sinnvoll, wenn der Betrieb kostendeckend geführt werden kann. Ich frage mich aber, ob man solche Aufgaben vielleicht halt doch selber macht, wenn man eigentlich schon die ganze Finanzierung sicher stellen muss. Wenn man die Risiken hat, kann man nachher auch die Chancen übernehmen. Dies vielleicht als allgemeine Bemerkung. Zur Sicherheit habe ich noch eine Frage an die verantwortlichen oder zuständigen Fachleute, wie es heute aussieht. Ich kann mich einfach erinnern, dass ich vor ein paar Jahren im Kleinholz auf der Holztribüne ein Fondue habe geniessen dürfen. Gerade an diesem Abend ist nachher die Beleuchtung herunter gefallen. Es ist nicht lustig gewesen. Der Käse ist zwar später gekommen. Aber es hätte Verletzte geben können. Ich hätte einfach gerne gewusst, wie es heute mit der Sicherheit ist. Es kann nicht angehen, dass man, weil man die finanziellen Mittel nicht hat, dies noch etwas hinaus zögert. Wenn das Stadion oder Teile davon nicht sicher sind, muss man es schliessen und die Sportvereine müssen halt an einen anderen Ort gehen. In Zürich ist es gang und gäbe, dass die Sportvereine die Stadien wechseln müssen, weil wieder ein Anlass wie Art on Ice oder Sechs-Tage-Rennen ist. Das ist nichts Ungewöhnliches. Was mir auch noch etwas zu überlegen gegeben hat, ist die Frage, wie man eigentlich auch die Privaten in diese Sportstätte hier noch etwas einbeziehen könnte. Ich vergleiche jetzt nicht mit München und Allianz-Arena usw. Aber irgendwo hat es mich nachher gedünkt, so eine Atel-Arena wäre eigentlich noch etwas. Das würde auch gut tönen, und ich möchte eigentlich alle auffordern, vielleicht auch etwas in diese Richtung zu denken oder Unterstützung zu suchen bei Privaten, die sich hier möglicherweise engagieren könnten.

Urs Knapp: Ich möchte ähnlich wie Thomas auch Gedanken geben, die ich beim Durchlesen des Berichts gesehen habe und zwar mit der Optik, wenn man für die Zukunft etwas Gutes machen will, muss man wissen, was die Fehler in der Vergangenheit gewesen sind. Man muss auch bereit sein, eine Manöverkritik zu machen und die richtigen Lehren daraus zu ziehen. Mir scheint, es sind beim Start zwei grundlegende Fehler gemacht worden, die das ganze Projekt schon am Anfang in Frage gestellt haben. Einer ist gewesen - man sieht dies auch im Stadtratsbericht - dass wir heute feststellen müssen, dass der Übernahmepreis für die Eissportanlagen ein politischer und kein reeller Preis gewesen ist. Der Stadtrat hat offensichtlich 2005 kurzfristig den einfachsten Weg gehen und unangenehme Diskussionen über Fehler und die Keko-Vergangenheit vermeiden wollen und hat einen Preis festgelegt, die 1,7 Millionen Franken, der zufälligerweise gerade dafür gesorgt hat, dass man die Keko schicklich hat beerdigen können. Dieser Klotz, dieser Müllstein, ist nachher der Sportpark Olten AG angehängt worden. Man sieht jetzt auch heute mit der beantragten Aktienkapitalerhöhung etwa, wo vielleicht 2005 ein realistischer Preis hätte liegen können. Fehler 2, den sich auch der Stadtrat zu Herzen nehmen muss, ist, dass er einen Businessplan in Auftrag gegeben hat, der Pflicht- und Wunschbedarf konsequent vermischt hat und hat damit auch eine Diskussion verunmöglicht: Welchen Eissport wollen wir wirklich? Ich glaube, es ist hier im Saal auch 2005 schon unbestritten gewesen und aus den Voten habe ich das Gefühl auch heute: Wir wollen Eissport im Kleinholz. Aber Eissport ist nicht Eissport. Eissport kann Breitensport sein. Eissport kann Spitzensport sein. Im Businessplan ist dies konsequent vermischt worden. Die Lehren, die man meiner Meinung nach aus diesen beiden Fehlern ziehen könnte sind erstens: Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man einfach das politische Prinzip Hoffnung vergisst und auf den Tisch legt, was es jetzt braucht, damit man auch den Rest des Vertrauens, das vielleicht noch vorhanden ist, nicht missbraucht. Es braucht von daher einen Businessplan so wie es die FdP angeregt hat. Es braucht auch einen Investitionsplan, wie es von der SP gekommen ist, damit man weiss: Was wollen wir? Dann kann man entscheiden: Wollen wir dies oder wollen wir es nicht? Zweitens: Man müsste im Businessplan, Investitionsplan die beiden Kernprodukte der Sportanlage sauber trennen: Breitensport und Spitzensport. Unbestritten ist sicher der Breitensport. Etwa von Oktober bis März. Da haben wir auch sehr gute Voraussetzungen mit der Überdachung des Aussenfeldes. Es ist klar, dass dies nicht durch Eintritte oder Ähnliches finanziert werden kann, sondern es ist letztlich ein Service public, der für die Allgemeinheit da ist, den man auch so finanzieren muss, ähnlich wie eine Badi, ähnlich wie andere Anlagen. Dann gibt es das zweite Produkt. Das ist der Spitzensport. Das ist im

Prinzip die Halle, die man dort oben braucht. Sie ist ja hauptsächlich für den Spitzensport da. Das fängt irgend einmal im August an, wenn man die Halle in Betrieb nimmt, und ist dann auch irgend einmal fertig. Dort muss man einmal einen Grundsatzentscheid fällen oder auch klären, wie weit man dies über die Benutzer finanzieren kann, Sportvereine, die Hauptkunden dort. Wenn man dies nicht finanzieren kann, ist der nächste Schritt, den man entscheiden muss: Wieviel ist es der Allgemeinheit wert, dass man den Spitzensport hat? Spitzensport kann etwas wert sein für das Image einer Gemeinde, das Image einer Region. Aber man muss dies beziffern und sauber darüber entscheiden können: Ja, wir wollen dies, und wir brauchen für den Spitzensport auch eine entsprechende Halle. Dann müssen wir als Allgemeinheit entscheiden können, wenn man dies nicht auf dem normalen, üblichen Weg finanzieren kann, wieviel es uns wert ist. Das Letzte, was es noch braucht, und das ist auch etwas, das ich in den letzten drei Jahren schmerzlich vermisst habe, ist das klare Bekenntnis des Hauptkunden oder der beiden Hauptkunden zu dieser Anlage. Wenn der Eishockeyklub oder man kann auch den Eislaufklub nehmen, der etwas kleiner ist, ganz klar Ja sagt, kann auch eine Sportpark Olten AG anders entscheiden, weil das die beiden Hauptkunden sind. Aber wenn ich ein Unternehmen führen und die ganze Zeit Angst haben müsste, der Hauptkunde oder die beiden Hauptkunden springen ab und ich stehe dann mit einer wunderschönen Anlage da, die nicht marktfähig ist, die ich in den Sand setze, dann kann ich eigentlich nicht investieren. Von daher auch von meiner Seite der Appell, wie es verschiedene Vorredner schon gesagt haben: Eine gute Zukunft für den Spitzensport dort oben hat man nur, wenn man auch von den Kunden, vom Benutzer ein klares Bekenntnis hat, das unzweideutig ist: Wir wollen das dort oben.

Thomas Rauch: Ich möchte vorausschicken, dass ich den Verwaltungsrat der Sportpark Olten AG in gar keinem Fall beneide. Zur Klärung dieser Vorlagen möchte ich doch Herrn Stadtrat Wey ein paar Fragen stellen, die vielleicht helfen, hier eine bessere Entscheidungsgrundlage zu erreichen. Erstens: Warum ist die Stadt Olten als Haupt- und Mehrheitsaktionär nur mit einem Stadtrat, mit einer Person im Verwaltungsrat vertreten? Immerhin sind 86 % des Aktienkapitals im Besitz der Stadt. Zweitens: Welche Massnahmen und Strategieanpassungen hat der Verwaltungsrat nach Vorliegen der Jahresrechnung 2005/06 und 2006/07 beschlossen und initiiert? Oder ist einfach das Geschäft ohne eine entsprechende Reaktion weiter geführt worden? Nach dem Vorliegen der Jahresrechnung 2006/07 ist bei mir die Frage offen: Weshalb ist nicht der Haupt- und Mehrheitsaktionär, die Stadt Olten, sofort unmittelbar kontaktiert worden, um Klarheit über das weitere Vorgehen zu schaffen? Bezüglich Modifikation Sportpark AG Olten, Vereinbarung mit Däniken: Weshalb hat es zu einer Ablehnung einer Beteiligung geführt? Kann man wissen, welches die Gründe Dänikens gewesen sind? Dann zu diesem viel zitierten Argument Breitensport: Ich würde eben sehr gerne einmal wissen, wieviele Wochen Betriebszeit wir in der Eishalle haben und wieviele Wochen sie dem Publikum, Breitensport, tatsächlich zur Nutzung offen steht. Soviel mir bekannt ist, ist die Eishalle im August bereit. Vor Ende Oktober gehen vom Breitensport wenige Leute dorthin. Noch ein letzter Punkt: Zur Innensicht als Verwaltungsrat würde mich auch noch aus Ihrer Warte interessieren, wie Sie eigentlich diese Arbeit oder Arbeitsqualität des Verwaltungsrates beurteilen und zwar vor allem hinsichtlich der Situation. Es ist wirklich ein schwieriges Mandat. Was kann man dann hier eigentlich in einer solchen Situation vollziehen. Die Grundlagen sind der viel zitierte Businessplan, der eigentlich gar nichts taugt, der aber interessanterweise als operative Grundlage dienen soll. Das Parlament hat offensichtlich nichts damit zu tun haben wollen. Es hat ihn nicht zur Kenntnis genommen. Aber was ist denn die Grundlage der operativen Tätigkeit? Was sind die Annahmen? Was ist hier der Businessplan? Gibt es überhaupt so etwas, damit man sieht, wohin man läuft? Was passiert eigentlich in drei Jahren, wenn es so weiter geht? Ich denke, man sollte im Verwaltungsrat solche Szenarien aus der Schublade ziehen können. Besten Dank für die Antwort.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es ist ein schöner Kratten voller Fragen. Aus Ihrer Fragestellung entnehme ich auch, dass Sie es ebenfalls so sehen, dass es ein schwieriges Mandat gewesen ist. Das nehme ich auch so zur Kenntnis. Bei der Verwaltungsratszusammensetzung ist es so, dass bei ihrer Auswahl nicht primär die Vertretung hat stimmen müssen. Es hat eine Fachkompetenz vorhanden sein müssen. Hier sind ganz verschiedene Gebiete abgedeckt worden, von den Finanzen her ein

Finanzfachmann, jemand vom Betrieb, insbesondere auch als ehemaliger Spitzensportler im Eislauf, der den Betrieb auch kennt. Es ist wichtig gewesen, dass man dies auch abgedeckt hat. Eine Anwohnerin in nächster Nähe, damit man auch das Umfeld dort berücksichtigen kann. Wir haben einen Versicherungsmann dabei gehabt, der auch Kenntnisse hat wie zum Beispiel die Verantwortlichkeiten in einem Verwaltungsrat sind. Meine Wenigkeit ist vielleicht fast zufällig einfach im Sinne des zuständigen Stadtrates, der dort Einsitz genommen hat. Bei der Zusammenstellung kann man sagen, dass immerhin vier Oltner dabei gewesen sind, bestimmt durch den Stadtrat. Es ist ganz klar gewesen, dass wir auch eine auswärtige Sicht hinein bringen müssen. Das ist ein Vertreter aus Wangen bei Olten, der dort Einsitz genommen hat. Ich denke, es ist auch wichtig gewesen, dass man diese Zusammensetzung so gewählt hat. Vielleicht kann in diesem Zusammenhang der Stadtpräsident mir dann allenfalls noch Sukkurs geben. Es ist immer, dann auch bei anderen Fragen, speziell, wenn man sich selber beurteilen muss. Zur Strategie selber: Ich denke, sie ist klar gewesen. Wir haben den Businessplan gehabt. Diesen haben wir nicht blindlings einfach angenommen. Wir haben bald einmal auch gemerkt: Moment, man kann auch nicht alles realisieren. Wir müssen Prioritäten setzen. Es ist klar gewesen, als man die Halle übernommen hat, sind Sicherheitsprobleme aufgetaucht. Dann haben wir dies nicht genau Punkt für Punkt businessmässig in der Priorisierung, sondern so wie es entstanden ist. Ich denke, dort haben wir unsere Verantwortung sehr wohl wahr genommen und insbesondere auch, was Haftungsfragen anbelangt, von der Anlage selber die entsprechenden Strategien und Prioritäten gesetzt. Ich glaube, Ihre Frage ist gewesen, was wir 2005/06 gemacht haben. Das ist ein Kürzestjahr gewesen. Es hat nicht einmal ein ganzes Jahr gedauert. Von daher hatten wir eine Rechnung abgeschlossen mit einem Cashflow von Fr. 124'000.—. Ein Zustand, wo man sagen muss, wir haben einmal gestartet. Von daher haben wir von der Strategie her sicher einmal unsere Sofortmassnahmen, Sanierungsmassnahmen, Betriebsoptimierungen, wie sie auch im Bericht und Antrag dargestellt worden sind, an die Hand genommen. 2006/07 ist die Situation so gewesen, dass wir einen negativen Cashflow von Fr. 22'000.— gehabt haben, in diesem Sinne noch nicht beunruhigend, aber doch „gibt zu denken Anlass“. Es ist die Phase gewesen, wo wir die Überdachung in Angriff genommen haben, wo wir ganz bewusst die Auswirkungen der Überdachung, die Wirkung und die Einnahmen haben abwarten wollen und insbesondere zahlenmässig einmal ein ganzes Jahr haben wollten. Das haben wir dann tatsächlich gehabt und sobald wir die Zahlen gehabt haben, wo wir gesehen haben, wir laufen dort finanziell nicht aus dem Ruder, aber es gibt Anzeichen, dass, wenn wir jetzt nicht reagieren und nicht zum Stadtrat gehen, dort entsprechend ein Problem entstehen kann. Die Strategie ist nicht gewesen: Einfach schlafen und durch marschieren, sondern wir sind dort dauernd am Ball gewesen und haben die entsprechenden Strategien und auch Anpassungen von Massnahmen getroffen. Die Bewertung der Arbeit des Verwaltungsrates überlasse ich dann gerne auch einer Aussensicht, weil pro domo beurteilt man sich nicht selber. Ich selber habe die Arbeit des Verwaltungsrates als sehr kompetent und auch in ihren Fächern, wie sie angestanden sind, die Problematiken als gut gelöst und angegangen, beurteilt. Ich kann sagen, es ist initiativ gearbeitet worden, intensiv, gerade in einer Zeit, wo es nicht rund läuft. Sie können mir glauben, dass hier die entsprechenden Sitzungstätigkeiten relativ engagiert und sehr, sehr intensiv gewesen sind. Ihre Fragen betreffend Betriebszeiten würde ich gerne jemanden vom Verwaltungsrat geben, der dort oben vor allem den Betrieb auch besser kennt. Darf ich den Verwaltungsrat bitten, allenfalls Viktor Müller, der in diesem Bereich ein Insider ist, auch noch eine Antwort zu geben und überhaupt, wenn ich jetzt eine Frage noch nicht beantwortet hätte, den Verwaltungsrat bitten, hier noch entsprechende Ergänzungen zu machen.

Thomas Rauch: Zum Punkt Däniken und betreffend Qualität des Verwaltungsrates meine ich: Welches sind überhaupt die Möglichkeiten? An welchen Eckpfeilern können sie bewirken, dass die Basis der ganzen Anlage besser wird? Wie sind hier die Möglichkeiten aus Ihrer Sicht? Das meine ich damit.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich erlaube mir jetzt gleichwohl, die Fragen betreffend Betrieb und auch Däniken, wo der Verwaltungsratspräsident höchst persönlich auch Auskunft geben kann, weiter zu geben.

Viktor Müller, Gemeinderat Wangen bei Olten und Mitglied Verwaltungsrat: 1980 hat es

mich nach Osten gezogen. Ich bin gebürtig aus Langendorf, habe in Solothurn das Hockeyspiel erlernt. Während 14 Jahren bis 1994 habe ich beim Eishockeyclub Olten aktiv gespielt und bin dann 13 ½ Jahre als Trainer beim Nachwuchs tätig gewesen. Vor knapp zwei Jahren habe ich dieses Amt abgegeben und mich aus der Nachwuchsarbeit verabschiedet. Ich will damit sagen, dass ich diese Anlage kenne. Es ist so, und ich glaube nicht, dass jemand hier in der Stadt Olten ist, der in den letzten 27 Jahren mehr Zeit dort oben verbracht hat als ich. Bevor wir anfangen, über die Betriebszeiten zu diskutieren, möchte ich kurz eine Grundsatzfrage geklärt haben. Was ist professioneller Betrieb und was Breitensport? Aus meiner Optik ist Breitensport ganz klar auch Nachwuchsförderung, wie es der Eishockeyclub und die ELCO macht. Heute ist es so: Allerspätestens am 1. September sind alle Nachwuchsmannschaften auf dem Eis, alle. Wenn man heute sagt, Breitensport könne erst ab dritter oder vierter Oktoberwoche betrieben werden, ist von mir aus gesehen diese Aussage falsch. Dann blendet man das Engagement im Nachwuchs völlig aus. Wer braucht die Anlage wieviel? Aus der Optik des Eishockeyclubs kann ich dies ziemlich genau beantworten. Meine Einschätzung ist von den Stunden her: Zwei Drittel bis drei Viertel braucht sie der Nachwuchs, ein Viertel die erste Mannschaft. Frau Hagmann kann dies dann nachher vielleicht auch noch ausführen. Ich denke, beim Eislaufclub ist das Verhältnis noch viel extremer. Spitzenläuferinnen haben wir vielleicht eine oder zwei im Verein und alle anderen betreiben Breitensport. Wenn man darüber spricht, wie lange die Anlage betrieben werden soll, damit sie auch dem Breitensport zugänglich gemacht werden kann, muss ich Ihnen sagen, dass das absolute Minimum der 1. September ist und es hört nicht Ende Februar auf. Die Meisterschaften dauern heute beim Nachwuchs bis Mitte März. Wie es mit den Eislaufenläufen ist, da bin ich etwas überfragt. Dort kann Frau Hagmann Auskunft erteilen. Was ist mit der Anlage passiert? Wir haben sie überdacht. Das ist eine zentrale Forderung der Stadt Olten und auch der Gemeinden, die für das Aktienkapital ins Boot geholt worden sind, möchte ich sagen, gewesen. Wir haben nicht blindlings darauf los gebaut, wütig, scheuklappenmässig. Das ist absolut nicht der Fall. Wir haben die Planung früh an die Hand genommen. Wir sind im November 2005 als Verwaltungsrat eingesetzt worden, haben einen ersten Aufriss gemacht und dann feststellen müssen, dass eben die Schätzung, die im Businessplan gewesen ist, völlig daneben ist. Wir haben dort eine erste Kostenschätzung von 2,8 Millionen Franken gehabt. Der Verwaltungsrat hat Marschhalt befohlen und gesagt: Hier wird geklärt, ob es nicht andere, billigere Optionen gibt. Wir sind dann nach rund einem halben Jahr zur Überzeugung gekommen, indem wir dort weiter sondiert haben, dass es nicht wesentlicher billiger geht. Das zeigen jetzt alle heute dargestellten Kosten mit 2,2, 2,3 Millionen Franken. Aber doch immerhin eine halbe Million unter dem, was in einem ersten KV gewesen ist. Damit haben wir realisiert, dass der Breitensport nebst der Halle auch und vielmehr auf dem Aussenfeld betrieben werden kann. Er hat heute eine tolle Anlage. Ich muss sagen, dass alle, die dort schon einmal gewesen sind, mir dies wahrscheinlich werden unterschreiben können. Bevor dies so ausgestaltet gewesen ist, hat man Breitensport in der Regel vor allem an den wichtigen Tagen Mittwoch, manchmal auch Freitag, Wochenenden auf einem Mitteldrittel betrieben, wo der Erwachsene noch rund Fr. 7.— Eintritt dafür hat bezahlen müssen, dass er nachher in solchen Schneehaufen hat umher fahren können. Ich denke, diese Anlage ist das Geld absolut wert. In einem Punkt muss ich Frau Hagmann bezogen auf die Anlage widersprechen. Das möchte ich hier auch hinein gebracht haben. Ich habe vorher gesagt, dass wir die Überdachung primär für den Breitensport gemacht haben, sowieso auch nicht für den Spitzensport und auch nicht primär für die Vereine, sondern wirklich für diejenigen, die am Nachmittag Schlittschuhlaufen gehen. Sie können dies heute bis am Abend um 18 Uhr. An zwei Abenden können sie auch noch später Schlittschulaufen gehen. Trainieren kann man auf dieser Anlage. Zumindest als Hockeyspieler kann ich dies. Sie hat heute die Originalbreite, aber nicht die Originallänge. Vorher ist sie praktisch quadratisch gewesen mit Ecken, die Ecken gewesen sind und nicht gerundet und für den Trainingsbereich, zumindest aus der Optik eines Hockeyspielers, nicht brauchbar. Nicht brauchbar. Insofern muss ich klar sagen: Auch wenn die Vereine einmal auf das Aussenfeld gehen, eine klare Verbesserung der Trainingsmöglichkeiten. Wir haben bei der Realisierung der Überdachung auch auf etwas viel, viel Wert gelegt. Sollten wir später mehr Geld zur Verfügung haben, können wir problemlos ein Element an die heute bestehende Überdachung ansetzen und auf die Originallänge vergrössern. Das ist absolut machbar. Man hat extra einen solchen Systembau gewählt - da kann ein Vertreter aus dem Parlament vielleicht auch noch ein, zwei Sachen

dazu sagen - der dies ermöglichen würde. Wir haben dies dann aber nicht gemacht, weil dies nach meiner Schätzung zusätzlich Kosten von Fr. 800'000.— bis 1,2 Millionen ausgelöst hätte. Dann muss ich Ihnen sagen, sehr geehrte Damen und Herren, hätten Sie die Frage nach der Verantwortlichkeit tatsächlich stellen dürfen. Ich denke, wir leisten im Verwaltungsrat gute Arbeit. Wir haben nach dem Ablauf eines ersten vollständigen Jahres mit einer Überdachung jetzt klare Signale an die Adresse des Stadtrates gesendet und den Handlungsbedarf aufgezeigt und zwar so, wie er aus unserer Optik auch mittelfristig nachher gangbar ist und nicht eine Lösung, wo man nachher in ein, zwei, drei Jahren schon wieder das Ganze über den Haufen werfen muss. Insbesondere sind dann hier natürlich dann die Betriebskostenbeiträge wichtig. Ich möchte das Mikrofon jetzt Herrn Loosli übergeben. Er wird noch etwas zur Geschichte in Däniken sagen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Beat Loosli, Verwaltungsratspräsident Sportpark Olten AG: Vielleicht die Vorgeschichte zur Beteiligung der Aussengemeinden. Es ist ein Modell des Stadtrates in Zusammenarbeit mit dem Regionalverein erarbeitet worden. Das ist einerseits eine Aktienkapitalbeteiligung und, abgestuft nach Distanz plus Einwohnerzahl, eine Betriebskostenbeteiligung, die eigentlich den Auskauf des freien Eintritts der Schüler beinhaltet. Demgegenüber ist ein Modell gestanden ohne Aktienkapitalbeteiligung, dafür ein erhöhter Betriebskostenbeitrag. Praktisch alle oder alle Aussengemeinden bis auf Däniken haben dem ersten Modell zugestimmt, indem sie das Aktienkapital gezeichnet haben und jährlich den entsprechenden Betriebskostenbeitrag leisten. Däniken hat uns zu Verhandlungen aufgeboten. Martin Wey als Vizepräsidenten und Vertreter des Stadtrates und ich sind in Däniken gewesen. Uns ist klar eröffnet worden: Wir wollen nur ein Aktienkapital zeichnen und keine jährlichen Betriebsbeiträge, wiederkehrenden Beiträge, sprechen. Wir sind aber bereit, ein höheres Aktienkapital zu zeichnen. Wir haben diese Sitzung verlassen mit der Absichtserklärung Dänikens, ein Aktienkapital von Fr. 50'000.— zu zeichnen. Dann wäre dies aus Sicht Dänikens erledigt gewesen. Wir haben ganz klar gesagt: Erstens können wir nicht entscheiden. Wir müssen das dem Verwaltungsrat unterbreiten und haben dies auch getan. Da ist zu Recht auch gesagt worden: Ja halt, das ist eine Ungleichbehandlung von sämtlichen Aktionären, vor allem der übrigen Minderheitsaktionäre. Man ist aber bereit gewesen, einen gewissen Auskauf über diese Jahre hinaus zu akzeptieren und dies zu befristen. Konkret: Die Fr. 50'000.— haben etwa einen Auskauf von zehn Jahren bedeutet. Wir haben klar gesagt: Es ist natürlich auch eine Verzinsung, die wir hier aufrechnen können. Wir sind bereit gewesen, dies auf 15 Jahre zu gewähren und dann neu zu beurteilen. Eine Neubeurteilung drängt sich auch auf. Die Teuerung, die ganze getroffene Vereinbarung nicht indexiert. Wir haben eine Personalteuerung. Das muss ich Ihnen nicht sagen. Es steht eine Stromteuerung ins Haus und und und. Eine Anlage wird auch weiter entwickelt, erhält einen Mehrwert. Da kann man durchaus auch über die Beträge reden. Wir haben dies dann so mitgeteilt, die Vereinbarung zugesandt. Sie ist dann einfach retour gekommen mit 15 Jahre durchstrichen und für uns so nicht unterschreibbar gewesen. Es ist dann einmal ein Jahr lang gelaufen. Die Däniker Schüler sind auf die Eisbahn gekommen. Wir haben dann einfach entsprechend den Kostenbeitrag in Rechnung gestellt. Letztes Jahr hat der Gemeinderat von Däniken dies anfangs September wieder aufgerollt. Wir haben einen Brief gesandt, sind noch einmal darauf eingetreten, haben noch einmal diese Aspekte aufgezeigt von Gleichbehandlung des Aktionariats, vor allem was den Betriebsbeitrag betrifft. Wir haben keine Reaktion des Gemeinderates erhalten. Es ist dann die Feuerwehrrüfung gekommen, wo wir wieder die Eisbahnkarten haben machen müssen, weil dies scheinbar auf Druck von Jungen oder Lehrern - ich weiss nicht von wo - in Däniken gewünscht worden ist. Man hat dies in diesem Sinne einfach wieder aufgerechnet. In diesem Herbst ist dies neu angegangen worden, und man hat von uns erwartet, dass wir einen neuen Vorschlag machen. Meine Damen und Herren, irgend einmal muss man glaubwürdig bleiben. Wir haben diesen Vorschlag noch einmal gemacht: Fr. 50'000.—, auf 15 Jahre der Betriebsbeitrag ausgekauft -dann muss man wieder schauen - oder die zweite Lösung: Rund Fr. 4'000.— ungerade, einfach der Betriebsbeitrag, der halt einfach einen Anteil Aktienkapital jährlich beinhaltet. Sie haben es gesehen: Der Gemeinderat von Däniken hat festgestellt, dass ihm dies zu teuer ist, dass man von Däniken aus gleichzeitig entweder nach Olten oder Aarau Schlittschuhlaufen geht. Das können wir nicht beurteilen. Für uns ist die Ausgangslage effektiv einfach die Gleichbehandlung, die für uns doch relativ wichtig ist. Ich glaube, Sie hätten uns jetzt zu Recht an die Kandarre nehmen können, wenn wir hier mit

einer Gemeinde etwas gemacht hätten, das von Ihnen zu Recht nicht goutiert worden wäre. Dies zu Däniken. Thomas Marbet hat noch die Frage der Sicherheit gestellt. Das ist der Lichtausfall gewesen. Wir müssen die Frage der Sicherheit vielleicht zweigeteilt ansehen. Wir haben einmal die Sicherheit der Anlage selber, also der Gebäudehülle. Ich denke, hier haben wir Ende 2005 eine Schrecksekunde gehabt, als der tragische Unfall in Bad Reichenhall passiert ist. Ich glaube, bei uns ist es jedem kalt den Rücken herunter gelaufen und wir haben Schweissausbrüche gehabt, wenn ich an die Verantwortlichkeit denke. Man hat die Gebäudehülle durch einen Statiker, durch spezielle Holzbauingenieure auch überprüfen lassen. Sie ist intakt. Mit der Statik haben wir keine Probleme. Zur Gebäudehülle: Ich öffne hier eine Klammer. Sie haben vielleicht die Berichte von Zuchwil gelesen. Eine wesentlich jüngere Anlage. Das Dach hält nicht. Sie reden von Dachheizung oder weiss nicht was, das sie machen müssen. Aarau hat ein Riesenproblem. Eine Komplettsanierung für 16 Millionen Franken, die ansteht. Das ist einmal die eine Sicherheit. Die andere Sicherheit ist der Ablauf drinnen. Zum Beispiel das Licht. Die neue Lichtanlage ist an und für sich noch nicht in unserem Investitionsplan gewesen. Jetzt ist dies aber im letzten Jahr passiert, und wir haben reagieren müssen. Wir haben reagiert. Wir haben die Beleuchtung erneuert. Wir können uns auch vom Sicherheitsaspekt, aus Verantwortlichkeit her nicht erlauben, dass so etwas noch einmal passiert. Wir haben dies aber nicht einfach unter dem Jahr machen können. Wir haben rund sechs bis acht Wochen drinnen alles mit Installationen belegt gehabt, als dies gemacht worden ist. Rein vom Betrieb her haben wir Zeitfenster. Das galt auch, als wir das Aussenfeld überdacht haben. Wir haben einfach Zeitfenster, wo wir bauen können, und sonst hat man Betrieb auf dieser Anlage. Eine nicht ganz einfache planerische Konstellation und auch von den Kosten her nicht unbedingt gerade das Optimale, sei es bei der Vergabe, aber auch bei der Baustelleninstallation. Das ist das Eine. Das Andere ist: Im ersten Jahr, als wir verantwortlich waren, haben wir einmal oben auch einen Stromausfall gehabt, nicht Beleuchtung, sondern Strom. Als man geschaut hat, was es ist, geschätzte Damen und Herren, hat man nicht einfach „klick“ machen und die jahrzehntelange Eigendynamik, die dort oben geherrscht hat, über den Haufen werfen können. Wir haben zuerst wieder einmal sämtliche elektrischen Installationen aufnehmen müssen. Was ist möglich? Was muss anders gemacht werden? Die Hausaufgaben haben wir machen müssen. Es ist angetönt worden. Das sind gewisse Altlasten. Ob man von ihnen gewusst hat oder nicht sei dahin gestellt. Das sind alles Faktoren, die zur Sicherheit gehören. Es gibt x andere Kleininvestitionen, die wir ständig machen müssen. Sie haben auch gesehen, dass im Investitionsplan, in den Planbudgets, die Sie in der Beilage haben, wesentliche Investitionen im Sicherheitsbereich sind, die vielleicht aussen niemand sieht, trockene Saugleitung und und und, die halt nicht sichtbar sind, aber auch dazu gehören. Ich möchte auch noch sagen, dass wir natürlich in diesen zweieinhalb Jahren, in denen wir dort oben verantwortlich sind, alle Pläne komplett neu erarbeitet haben. Alarmübungspläne und und und. Es sind einige Sachen. Hier sind relativ viele Kosten gebunden worden. Es ist aber auch richtig, dass man dies macht, und es ist auch nötig. Aber man hat doch bei vielen Sachen nicht auf dem Vorherigen aufbauen können, sondern hat es komplett erarbeiten müssen. Soviel zum Thema Sicherheit.

Stephan Hodonou: Unsere Legislaturperiode neigt sich ja langsam dem Ende zu, und der Eine oder die Andere macht sich vielleicht so Gedanken über eine Bilanz. Für mich ist an dieser Bilanz klar: Neben ein paar ganz schönen Momenten ist das Geschäft der Eissportanlagen ein Tiefpunkt. Das steht für mich eigentlich schon fast fest. 2005 die denkwürdige Abstimmung, wo wir entschieden haben. Das stimmt. Markus Ammann hat gesagt, man hat sich nicht getraut, das Geld zu sprechen. Ich glaube, das ist eigentlich das Problem, dass man damals die Auslegeordnung nicht wirklich gemacht hat und wir damals etwas unter Druck gesetzt worden sind. Es hat geheissen: „Vogel friss oder stirb“ oder anders übersetzt: Entweder wir stimmen zu oder der Stecker wird gezogen. So hat es damals geheissen. Das Parlament hat sich erweichen lassen und hat dann eben mit 21 : 19 Stimmen zugesagt. Ich möchte sagen, dass es ein Zufallsmehr gewesen ist. Gut, es ist ein Entscheid mit einer rechten Kostenfolge gewesen. Der Vertreter dieses Büros hat uns ja damals auch hoch und heilig versprochen, es würde mit diesem Businessplan so funktionieren. Ich kann mich noch gut erinnern. Anyway. Wir haben dann noch über den Standort gesprochen - auch dort ist nie eine richtige Auslegeordnung gemacht worden - und auch, was man genau will und wieviel Geld man bereit stellen will. Man hat uns auf diesen

Businessplan vertröstet. Ich glaube, dass es jetzt eben Zeit wäre, einen Entscheid zu fällen. Vielleicht noch eine Klammer zu all diesen Visionen und was Thomas betreffend Atel-Arena gesagt hat. Fast etwas neidisch schaue ich so auf eine Nachbargemeinde in der Umgebung von Olten, die es geschafft hat, mit einem Weltkonzert zu reden - ich spreche von Rothrist - und das Fordareal für sage und schreibe 20 Millionen Franken zu kaufen und es innerhalb eines Jahres jetzt wieder an einen Umweltkonzern veräussert und das ganze Gelände verkauft. Sie haben dies in einem Jahr durch gezogen. Das lässt mich manchmal fast etwas neidisch werden. Das ist eine wirklich gute Leadership gewesen. Gut, wir sind Olten. Wir sind zwar fast doppelt so gross oder mehr als doppelt so gross und backen etwas kleinere Brötchen. Aber ich denke, es ist jetzt wichtig, dass wir vor das Volk gehen. Die Bevölkerung muss auch mitbestimmen können. Der Entscheid Eissport ja oder nein können wir nicht nur hier fällen. Das Volk muss auch sagen, wieviel es für die Eisanlage auszugeben bereit ist. Wieviel Geld wollen wir in die Hand nehmen, damit alles gemacht werden kann, was gemacht werden muss? Ich denke, deshalb müssen wir der Vorlage zustimmen und wirklich eine totale Auslegeordnung machen, damit die Bevölkerung entscheiden kann: Jawohl, wir wollen dies zu diesem Preis. Das bietet dies und jenes. Wieder eine klare Information. Oder: Nein, wir wollen dies nicht. Aber ich glaube nicht, dass wir dies hier allein entscheiden und entscheiden werden können. Wir werden sonst in drei, vier Jahren wieder am gleichen Ort stehen.

Dr. Markus Ammann: Meine Bemerkung hat sich eigentlich erübrigt. Herr Müller hat sehr klar erklärt, was Breiten- und was Spitzensport ist. Das hat mir ein Stück weit gefehlt.

Antonia Hagmann: Bezüglich Breitensport möchte ich auch noch kurz etwas zu Urs Knapp sagen. Es ist ja eigentlich eine alte Erkenntnis, dass es aus einem Breitensport einen Spitzensport gibt, und ein Spitzensport braucht einen Breitensport. Ich glaube, das ist so. Bezüglich Zürich möchte ich noch etwas sagen. Zürich hat ja eigentlich eine Eventhalle, das Training wird in einer anderen Halle durch geführt, und der Nachwuchs spielt auch in einer anderen Halle. Dies nur zur Klarstellung. Ich bin auch von Herrn Müller noch wegen des Eislaufclubs angesprochen worden. Da kann ich es ganz klar sagen. Die Mehrheit ist natürlich Breitensport. Wir haben über 40 Klubmitglieder, die wirklich Breitensport machen. Dann haben wir 20 Klubmitglieder, die Leistungssport betreiben. Von diesen 20 sind 3, die jetzt Spitzensport treiben. Die Leistungssportlerinnen und Spitzensportlerinnen sind zusammen auf dem Eis. Die Leistungssportlerinnen sind nie allein auf dem Eis, dass sie quasi eine Stunde Eis für sich allein hätten. Es ist immer gemischt. Wenn man so sagen will, sind wir das ganze Jahr auf dem Eis. Nur gehen wir teilweise einfach auswärts mit unseren Läuferinnen. Es ist aber einfacher, mit Einzelläuferinnen auswärts zu gehen als mit einer Mannschaft. Bezüglich Vergangenheit möchte ich sie jetzt nicht mehr aufrollen. Ich denke, wir sollten jetzt hier wirklich einmal zum Punkt kommen und sagen: Es ist Geschichte, und jetzt machen wir wirklich einen Neuanfang, der einmal „verhebt“. 2005 sind wir wirklich unter Druck gestanden, weil wir genau gewusst haben, dass, wenn wir nicht ja sagen dazu, in Olten Schluss ist mit Eissport und zwar für längere Zeit. Das haben wir ja eigentlich nicht gewollt mit diesem Entscheid. Jetzt denke ich, die Chance ist da, dass wir endlich einmal auch vor das Volk gehen können und es darüber bestimmen lassen können, ob es jetzt die Eisanlage will mit all ihren Konsequenzen und Kosten. Das ist mir wichtig, weil ich spüren möchte, ob das Volk zum Ganzen steht, auch mit den ganzen finanziellen Auswirkungen. Deshalb habe ich auch nicht Angst vor einer Volksabstimmung. Ich denke, es ist überaus wichtig, dass wir jetzt damit vor das Volk, endlich in die Zukunft gehen können, das dann hoffentlich viel länger „verhebt“, als dass wir alle zwei, drei Jahre über dieses Geschäft bestimmen müssen.

Thomas Rauch: Ich habe noch einmal eine Detailfrage. Wie werden die 86 % Aktien der Stadt Olten physisch vertreten und wer macht dort die Meinung? Stimmt dort einfach jemand für 86 %? Das heisst, man muss gar keine GV machen in diesem Sinne. Man kann nämlich einfach sagen, was irgend jemand in der Stadt findet. Wo ist hier ein Kontrollmechanismus? Die Gemeindeordnung definiert ja auf der anderen Seite wiederum, wer in den Verwaltungsrat geht. Das Geschäft läuft eigentlich unter Ausschluss jeglicher Kontrolle seitens des Parlaments. Es ist in der Hand des Stadtrates. Er müsste nachher in diesem Sinne die Konsequenzen von dem, was hier läuft, in der Gruppe tragen können, weil in

diesem Sinne auch der Verwaltungsrat nur bedingt handlungsfähig ist.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Jetzt muss ich tatsächlich gleichwohl zwei, drei Sachen sagen, damit es klar ist. Ich gebe Antonia Hagmann recht. Man sollte wirklich nicht mehr in dieser Geschichte wühlen. Aber ich muss drei Sachen dieser Geschichte erwähnen, die Du jetzt einfach nicht weisst. Erstens ist der Stadtrat heute klar der Meinung - da stehen wir hier vorne dazu - dass der Businessplan nicht „verhebt“. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass professionelle Leute einen Businessplan vorbereitet haben, den der Stadtrat an das Parlament weiter gegeben hat. Er ist nicht zur Kenntnis genommen worden. In diesem Businessplan ist übrigens genau erklärt, wie es auch Urs Knapp gesagt hat, wieso man auf die 1,7 Millionen Franken Übernahmepreis gekommen ist. Es steht wörtlich darin. Man hat es damals schon nachgelesen, nicht erst heute. Zweitens Regionsgemeinden: Ein Sprecher hat gesagt - ich glaube, es ist Mario Clematide gewesen - man hat das Ziel der Regionsgemeinden verfehlt. Die Regionsgemeinden waren die ersten, die man gefragt hat. Man hat über den ganzen Regionalvereinbereich - jetzt kommt es tatsächlich zum Regionalverein - eine Beurteilung vorgenommen. Wie können sich die einzelnen Gemeinden beteiligen? Es hängt von der Einwohnerzahl, der Distanz vom Stadion ab und es hat etwas mit den Schülern zu tun, die nach Olten Schlittschuhfahren gehen können oder dürfen. Das ist ein kleiner Unterschied. Wenn man weiter weg wohnt, muss man ein bisschen weniger bezahlen, weil die Transportkosten noch dazu kommen und und und. Das ist ein Schlüssel, der übrigens nicht nur in Olten, sondern überall, wo solche Sachen passieren, angewendet wird, auch in Sommersportanlagen. Diese Regionsgemeinden haben wir mit allen Unterlagen besucht. Der Finanzverwalter, Herr Peter Kohler, ist praktisch immer dabei gewesen oder der damalige Verwaltungsratspräsident designatus, Herr Beat Loosli. Wir sind überall unisono, inklusive Däniken, immer sehr gut angekommen und haben stets Folgendes zur Kenntnis nehmen dürfen: Bei einer Aktiengesellschaft macht unsere Gemeinde mit. Das ist ein Instrument, das klare Verhältnisse schaffen und funktionieren kann. Man kann heute darüber sprechen, ob die Aktiengesellschaft für die ganze Anlage gilt oder nur für den Betrieb. Das nehmen wir alles zur Kenntnis. Ich denke, auch der Verwaltungsrat. Aber damals ist es glasklar so herüber gekommen. Ein weiterer Punkt aus der Geschichte: Es ist im Vorbeigehen gesagt worden: Die Wahrnehmung der Gläubigerrechte. Meine Damen und Herren, ich habe das Protokoll von 2005 gelesen, wie Ihr alle auch. Man hat mir da ja übelste Sachen an den Kopf geworfen. Ich habe damals als Vertreter des Stadtrates, weil vier Direktionen einbezogen worden sind, nämlich Bildung und Sport, Bau, Öffentliche Sicherheit und Finanzen, hier vorne das Wort geführt. Man hat mir gesagt: Erzähl dies doch dem „Fähirmaa“, dass eine Gläubigerin eine halbe Million Franken Schulden erlässt. Ich habe es nicht belegen können, weil ich es einfach nicht schriftlich gehabt habe. Diese Gläubigerin hat nur auf den Entscheid des Parlaments gewartet, die Aktiengesellschaft zu gründen. Das ist Wahrnehmung der Gläubigerrechte. Sie können nichts anfangen mit einer öffentlich-rechtlichen Anlage, weil eine Bank der Stadt Olten mit einem gewissen Rating kein Geld gibt. Ich wiederhole mich, was ich hier gesagt habe. Sie erlässt ihr auch kein Geld. Aber sie erlässt es einer Aktiengesellschaft, die auf einen neuen Boden gestellt worden ist. Ich komme zu Thomas Rauch wegen der Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Man soll nicht einfach Stadträte in einen Verwaltungsrat delegieren. Man soll Kompetenzen haben. Man soll es auch etwas politisch - nehmen Sie dies zur Kenntnis - ausgewogen machen, und man soll Leute aufnehmen, die sich auch mit der Aufgabe artikulieren und einbringen können sowie auch das nötige Engagement und die Zeit auch zur Verfügung stellen können. Ich muss es heute glasklar sagen. Der Stadtrat respektive der Verwaltungsrat der jetzigen Sportpark AG genießt das absolute Vertrauen des Stadtrates. Es sind hohe Kompetenzen vorhanden. Er ist für ein weiteres Jahr in seinem Amt gewählt. Es gibt keinen Grund, ihn nicht zu wählen. Er ist an der letzten Generalversammlung vom gesamten Aktionariat gewählt worden und zwar auch aus dem Grund, weil genau diese Kompetenz jetzt gefragt ist, um diesen „Karren“ - ein furchtbares Wort - dorthin zu ziehen, wo er hin gehört und Massnahmen zu ergreifen, Pläne zu erarbeiten, Grundlagen zu erarbeiten für Entscheidungen, Investitionen. Genau diese Leute sind dafür geeignet. Wir haben vorher zwei Vertreter gehört, und ich denke, es spricht für sich, was hier gesagt worden ist, auch von der Kompetenz her. Jetzt die Vertretung der Stadt. Der Stadtrat gibt mit Vollmacht die Vertretung, um an den Generalversammlungen teilzunehmen. Es ist praktisch bei allen Aktionärsgruppen der Gemeindepräsident und in Olten bin ich es gewesen, der als

Vertreter des Stadtrates an der Generalversammlung teilgenommen hat. Den Revisionsbericht und die Rechnung haben wir vorher angeschaut und auch den Finanzverwalter und den Controller einbezogen. So sind wir an die Generalversammlung gegangen. Ich als Einzelmaske habe jetzt halt 86 % vertreten und der Gemeindepräsident von Wisen hat vielleicht 0 % oder ich weiss nicht wieviel vertreten, wenn es jetzt so wäre. Aber das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das ist die Ausgangslage. Ich denke, das ist der richtige Weg, auch juristisch absolut klar und richtig abgesehen. Alles Andere müsste man neu erfinden.

Mario Clematide: Eigentlich sind Ernst Zingg und ich jetzt einmal gleicher Meinung. Das kommt relativ selten vor. Ich habe in meinem Votum gesagt, dass, wenn die ganze Sache Erfolg haben soll, sich die einzelnen Organe an die Rolle halten müssen, die ihnen zukommt. Das heisst, die AG, das heisst der Verwaltungsrat der AG, das heisst der Stadtrat und das heisst auch das Parlament und das Volk. Ich denke, man sollte nicht wieder anfangen, wie man dies bei der Keko gemacht hat, die Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Zuständigkeiten zu vermischen. Ich weise einfach darauf hin, Thomas: Da bist Du noch nicht dabei gewesen. Wir haben im Rat entschieden, dass es zu einer AG kommt. Du hast auch Recht studiert wie ich auch, und wir kennen dort die Rechte, Pflichten und Aufgaben der AG und den entsprechenden Organen. Ich denke, hier hat der Verwaltungsrat diese Pflichten wahr zu nehmen und der Stadtrat, jetzt halt mit der Mehrheitsbeteiligung dann über die GV die entsprechenden Wahlen zu treffen. Ernst Zingg hat gesagt, was er von diesem Verwaltungsrat hält. Wenn die Politik der AG nicht so ist und nicht so heraus kommt, wie dies jetzt von den beiden Vertretern vorgetragen worden ist, sind die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Vielleicht noch einmal eine Bemerkung, Thomas: Du bist nicht da gewesen, als man die Keko verhandelt hat, wenn man sie überhaupt verhandelt hat. Das ist ein Paradigmen-Wechsel, der hier stattfindet. Jetzt haben wir Transparenz und Offenheit und zu den Zeiten der Keko haben wir Mauschelei Intransparenz und Geheimniskrämerei gehabt. Ich spüre in diesem Verwaltungsrat Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Fachkompetenz. Ich ganz persönlich habe keine Besorgnis, wenn es zu einer Volksbefragung kommt, denn auch hier gilt der Grundsatz „Führung zeigt sich an der Wirkung“. Bis jetzt bin ich überzeugt.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte schon etwas sagen und muss halt jetzt gleichwohl etwas in die Geschichte gehen. Ich werde jetzt den Verdacht nicht los, dass man mir als letzte Keko-Präsidentin so quasi noch etwas Schmutz darüber leeren will. Ich nehme dies entgegen und kann damit auch leben. Folgendes möchte ich einfach festhalten: Der Stadtrat hat dieser Keko, die ein etwa 18-köpfiges Gremium gewesen ist, wo die Stadt Olten mit drei Vertretungen in der Minderheit gewesen ist, diesen Mauscheleien nicht mehr zugeschaut und hat die entsprechenden Anträge an der Generalversammlung gestellt. Das hat zur Folge gehabt, dass damals Herr von Rohr, heute Inhaber einer Immobilienfirma hier in Olten und Herr Marti, Betriebsleiter, den Bettel hingeworfen haben. Wir sind damals politisch vor der Frage gestanden: Machen wir jetzt etwas und handeln in der Stadt Olten und schauen, dass der Breitensport und die Eissportanlage dort oben weiter betrieben werden können? Der Stadtrat ist dort in die Pflicht gegangen. Ich habe dummerweise - heute bereue ich dies und würde dies nie mehr machen - an einer ausserordentlichen Generalversammlung der Keko, wo man hat schauen müssen, wie es weiter gehen könnte, das Tagespräsidium übernommen, weil es niemand hat machen wollen und habe mich damals dummerweise auf Anfrage von Stadtrat Bitterli auch bereit erklärt, das Präsidium der Kunsteisbahn zu übernehmen, als wir turbulente Zeiten gehabt haben. Wir haben Zeiten gehabt, wo am Freitagabend der Betriebsleiter gesagt hat: Ich gehe jetzt. Er hat den Schlüssel abgelegt, und wir haben gewusst, am Samstagmorgen haben wir Match. Wir haben schauen müssen, dass wir Leute aus der Badi usw. haben auftreiben können. Wir haben sehr turbulente Zeiten gehabt. Ich glaube, unter diesen Voraussetzungen, unter dem Konstrukt von Genossenschaft, ist dies nicht ganz einfach gewesen. Die Aussengemeinden haben sich mehr als quer gestellt. Ich glaube, das ist auch nachvollziehbar und einleuchtend. Deshalb scheint mir dies heute der richtige Entscheid zu sein, dass man die AG führt, wo auch die Gemeinden der Meinung sind und die Auffassung haben, sie seien gerecht vertreten und man diesen Weg weiter geht. Ob man dann allenfalls die Anlage heraus nimmt und das gleiche Konstrukt wie das Stadttheater macht, ist meiner Meinung nach eine andere Frage.

Einfach soviel noch zur Keko, und ich hoffe jetzt, dass man sie endgültig ins Archiv hinunter tragen kann.

Dr. Markus Ammann: Ich denke, das sind Voten, die nötig gewesen sind. Aber ich hätte trotzdem Lust, wieder in die Zukunft zu schauen und etwas zu überlegen, wie wir jetzt weiter gehen. Nach meiner Auffassung haben wir relativ viele Gemeinsamkeiten bezüglich Ziele. Wir wollen Eissport in Olten relativ breit und wollen eigentlich auch den Spitzensport. So habe ich es mindestens verstanden. Wir wollen klare Verhältnisse, eine klare Ausgangslage für Entscheidungen, welche die Stadt, wir als Parlament oder wir in einer Volksabstimmung treffen müssen oder können. Wir wollen eine Volksabstimmung, um einmal auch die Meinung der Bevölkerung mitzubekommen. Ich glaube, das sind so Gemeinsamkeiten, wo ich das Gefühl habe, sie sind hier mehrheitsfähig. Vorliegend haben wir eigentlich zwei Wege. Der eine ist derjenige, den der Stadtrat postuliert, der ein Drei-Schritt-Verfahren darlegt, und den Weg, den wir als SP vorgeschlagen haben, im Prinzip zusammen mit dem, was die FdP auch beantragt hat. Ich persönlich bin ich eigentlich auch jetzt noch der Meinung, unser gemeinsamer Antrag ist der bessere, weil er zuerst Klarheit schafft, bevor man weiter und zum Volk geht und eine Abstimmung macht. Der Vorschlag des Stadtrates hat mir von Anfang an etwas Bauchweh gemacht, weil man eben letztlich nicht gewusst hat, was dann als Nächstes noch kommt. Das ist es, was der GPK auch Bauchweh gemacht hat. Deshalb hat man dort ein solches Hilfskonstrukt gemacht und gesagt: Okay, wenigstens der Masterplan sollte vorhanden sein. Ich denke, mit der zweiten, von uns vorgeschlagenen Variante, macht man zuerst die Aufarbeitung. Wir wollen eine klare Datenbasis. Wir wollen einen Businessplan, der „verhebt“, und wir wollen einen Investitionsplan, wo wir wissen, worum es geht. Dann können wir auf dieser Basis letztlich zum Volk gehen. Wir sind auch klar der Meinung, dass es in der Zwischenzeit eine Überbrückung braucht. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, man müsste den Anträgen 1 bis 3 eben auch zustimmen, damit man den Betrieb sicher stellen und auch die allernotwendigsten Massnahmen, Investitionen dort oben tätigen kann. In diesem Sinne plädiere dafür, dass wir jetzt langsam zu den Anträgen kommen, und ich plädiere auch dafür, dass man den Weg, wie ich ihn in diesem Mail geschildert habe, gehen würde.

Mario Clematide: Silvia Forster, ich habe gespürt, dass Du Dich angegriffen fühlst. Ich habe aber nie einen Namen genannt. Punkt. Zweiter Satz: Du hast das Schlamassel angetreten und Du hast aufgeräumt. Führung zeigt sich an der Wirkung. Kompliment.

Rolf Schmid: Ich bin zwar ein Eishockey-Fan, insbesondere des EHC Olten, aber so ganz viel verstehe ich von Hockey eigentlich nicht, etwas mehr von Businessplänen. Entsprechend ist es mir ja auch schon vor drei Jahren bei diesem Businessplan nicht so geheuer gewesen. Ich muss sagen, die gleichen Gefühle kommen bei mir jetzt wieder hoch. Vorher ist gesagt worden, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hätten sich verändert, wie man dies jetzt auch bei anderen Firmen sieht. Ich habe nicht das Gefühl, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so sehr verändert haben und deshalb der Businessplan nicht hat eingehalten werden können, sondern er ist wahrscheinlich schlicht und einfach ein etwas politischer Businessplan gewesen und etwas weniger ein betriebswirtschaftlicher. Wenn wir uns den jetzigen Businessplan anschauen, möchte ich vielleicht vom zuständigen Stadtrat oder vom Verwaltungsrat hören, wieso wir mehr Vertrauen in diesen Businessplan haben sollen als wir dies vor vier Jahren gehabt haben oder anders gesagt: Landen wir nicht vielleicht wieder an einem ähnlichen Ort? Mir wäre viel wohler, wir wären unter uns hier ehrlich und würden nicht wieder einen Schnellschuss machen, sondern die schwierige Situation, in der wir stehen, anerkennen und uns dementsprechend Zeit zu nehmen, einen sauberen Plan auszuarbeiten mit allen politischen Diskussionen, die geführt werden müssen. Dies bevor wir die beachtlichen Geldsummen, über die wir hier diskutieren, sprechen. Ich glaube, es wäre seriös, wenn man nachher vor das Volk gehen will, weil all die Fragen und Vorwürfe, die wir in der letzten halben Stunde untereinander ausgetauscht haben, nämlich sonst wieder vor der Volksabstimmung kommen. Ich denke, man könnte dies vermeiden, indem man sich Zeit nimmt, jetzt die Überbrückung sicher stellt, aber das Geschäft nachher noch einmal sauber vorbereitet. Deshalb möchte ich Sie, geschätzte Damen und Herren, einladen, den FdP-Anträgen zuzustimmen.

Thomas Rauch: Ich möchte einfach klar heraus streichen, dass dieses Konstrukt ausserhalb jeglicher Kontrolle ist, weil die Stadt Olten Hauptaktionär mit 86 % ist. Via Gemeindeordnung definiert wieder der Stadtrat den Verwaltungsrat. Ich möchte einfach wissen, wer hier Kontrollorgan ist, weil es zweimal die gleiche Partei ist, die es bestimmt. Mich würde einfach nur interessieren, wo die Kontrolle ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Die Kontrolle ist durch das Gesetz gegeben. Wir haben verschiedene Organe, die ihre Aufgaben wahrnehmen müssen. Das ist die Generalversammlung, der Verwaltungsrat und die Revisionsstelle. Ich denke, das ist ein Konstrukt, das man kennt, und das ist gang und gäbe. Zur Frage von Rolf Schmid betreffend Businessplan: Ich denke, dort haben wir ein sehr grosses Interesse daran, dass er „verhebt“. Es ist ja nicht ein Businessplan im eigentlichen Sinn, sondern ein Planbudget. Vor allem in den nächsten drei Jahren, wie Ihr sie in der Vorlage gesehen habt, sind es Massnahmen im Sicherheitsbereich. Diese Zahlen, Massnahmen und Annahmen der Kosten sind angenommen und berechnet worden, insbesondere auch gestützt auf Sicherheitsbestimmungen und angestellte Berechnungen. Dort kann, was die nächsten drei Jahre anbelangt, am besten vor allem auch Verwaltungsrat Viktor Müller Auskunft geben, weil er dies gerechnet hat. In diesem Zusammenhang für die nächsten drei oder zwei Jahre ist eben wichtig, dass man bereits alles mitberücksichtigt. So wie ich den Antrag der SP verstehe oder ich müsste mich noch irgendwie belehren lassen, möchtet Ihr in diesem Sinne nur das Aktienkapital und nicht das Darlehen schaffen. Bevor wir über diesen Punkt abstimmen, wäre ich froh, auch vom Verwaltungsrat, insbesondere vom künftigen Betriebsleiter, zu hören, ob es dann noch aufgeht, ob das Geld wirklich reicht. Abgesehen davon, über die Vorgehensweise, ob man nun diesen oder einen Weg wählt, habe ich beim Eintreten gesagt, wir sind der Überzeugung, dass unser gewählter Weg der richtige ist. Wir sind aber auch ganz klar der Meinung, nach Erkenntnissen dieser Diskussion und dem Weg, den wir beschreiten müssen, dass wir hier durchaus im Sinn und Geist eines gemeinsamen Weges allenfalls auch einen Kompromiss finden müssen. Aber die Zahlen müssen „verhebben“, insbesondere die nächsten zwei Jahre. Ich darf Viktor Müller bitten, zu diesen Zahlen und zum Planbudget, wie es angedacht ist, auch noch Ausführungen zu machen.

Viktor Müller: Es gibt einfach Sachen, die zwingend gemacht werden müssen, solche, die notwendig wären und solche, die weniger dringend sind. Zwingend muss die Eismaschine ersetzt werden. Das ist auf die kommende Saison vorgesehen. Das sind Fr. 190'000.—. Dann müssen wir eine trockene Saugleitung sanieren. Das ist ein Sicherheitsaspekt. Kostenschätzung: Fr. 120'000.—. Im kommenden Jahr sind weitere Investitionen im Bereich Sicherheit von Fr. 80'000.— geplant: Maschinenraum, Pumpe, Ventil. Gerade heute habe ich zwei dieser Pumpen anschauen dürfen. Ich habe zu Beat Loosli gesagt, die zwei Aggregate kommen mir vor wie vor dem 2. Weltkrieg und nicht nachher. Auch hier muss man damit rechnen, dass so etwas aussteigt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir haben dann für die Saison 2009/10 noch Reserven von Fr. 50'000. — eingebaut. Grundsätzlich haben wir geplant, über den Sommer die WC-Anlagen Nord zu erneuern. Natürlich kann man unter diesen Aspekten sagen, das realisieren wir nicht. Dort setzen wir andere Prioritäten. Das ist denkbar. Es ist kein Sicherheitsaspekt. Im Jahr darauf haben wir weitere Investitionen geplant: Lüftungsanlagen Maschinenraum. Das ist auch ein Sicherheitsaspekt. Fr. 200'000. —. Ich denke nicht, dass wir darauf verzichten. Dann kommen der Umbau Duschen/WC, Sanierung Garderoben West, zusammen Fr. 115'000.—. Ich denke, hier könnte man Marschhalt gebieten. Auch beim Umbau Garderoben 9/10 West Marschhalt. Die Sanierung des Restaurants ist schon vielfach angesprochen worden. Ich weiss noch nicht, wie dies im nächsten Jahr weiter gehen soll. Für mich ist eines sicher: Fr. 80'000.— braucht es, damit man dort eine andere Küche einbauen kann. Dann haben wir am Restaurant selber noch gar nichts gemacht. Aber die Küche braucht es an sich, damit man auch wieder die Leute vorschriftsgemäss bedienen kann. Das ist nicht Wunschdenken. Das ist für mich ein Muss. Jeder, der dort ist und diese Anlage schon einmal gesehen hat, weiss, dass ich hier nicht irgendwo fantasiere. Auch dieses Geld brauchen wir. Wenn ich jetzt noch die Reserven einbaue und ich möchte Euch dringendst bitten, diese mitberücksichtigen, weil wir in den letzten drei Jahren immer wieder Überraschungen gehabt haben und es nicht sein kann, dass wir jedes Mal, wenn ein solches Feuer brennt, quasi wieder an den Stadtrat gelangen

müssten, dann sprechen wir dort auch von Fr. 85'000.—. Im Folgejahr wären es Fr. 360'000.—, die berücksichtigt werden müssten, Saison 2011/12 Fr. 440'000.—. Jetzt soll mir jemand diese zwei Zahlen noch zusammen zählen. Dann wisst Ihr den Betrag. Ich glaube, das Aktienkapital würde dann gerade knapp reichen. Habe ich dies richtig resümiert?

Christian Wüthrich: Wir schliessen uns auch der SP-Fraktion an, dass wir jetzt wirklich langsam einen Nenner suchen und versuchen, das Geschäft gemäss den Anträgen durch zu bringen. Beim Beschlussesantrag 3 sind wir insofern noch nicht ganz sicher, wieso es die Aktienkapitalerhöhung braucht. Hier wären wir froh, wenn wir eine Erläuterung erhalten würden, weshalb sie hinein spielt. Wir von der FdP-Fraktion sind bereit, unseren Antrag Wahlbehörde zu streichen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich glaube, es ist tatsächlich so, dass man langsam in die Zielgerade hinein geht. Es ist ja eine ziemlich heftige und emotionale Diskussion gewesen. Ähnlich ist es auch bei uns in der Fraktion gegangen. Am Anfang hat man gesagt: Nein, nein, jetzt wollen wir doch einen sauberen Tisch haben, bevor wir vor das Volk gehen. Wir haben es dann auch ausdiskutiert und auch zwei Verwaltungsräte dabei gehabt, die uns bei den Informationen unterstützt haben. Wir sind schliesslich zum Schluss gekommen, dass der Weg des Stadtrates halt eben doch der richtige ist und zwar auch mit dem zweimaligen Befragen des Volkes, dies mit dem Zusatzantrag der GPK, der dem Volk auch klaren Wein einschenkt bei der ersten Abstimmung, dass dann noch etwas kommt, und dann die zweite Abstimmung, wo ein EVP-Mitglied bei uns gesagt hat: Dann kommt es eigentlich zu einem Befreiungsschlag und auch zu einem bedeutend grösseren Betrag, nämlich dann, wenn es um den Annex Süd geht. Ich glaube, was vorher auch Viktor Müller gesagt hat, ist einfach nötig, auch wenn wir dann einmal nur Breitensport und normalen Sport dort oben haben werden, zudem wir uns ja alle bekennen. Warum sagen wir dann jetzt nicht ja. Ich glaube, die Fehler der Vergangenheit sind betrachtet worden und man ist auch bereit, Korrekturen daraus zu ziehen. Also sind wir doch auf dem richtigen Weg und gehen den Weg des Stadtrates, umso mehr als alle das Gleiche wollen hier. Wenn wir dann nachher gross anrichten wollen, gehen wir noch einmal vor das Volk. Dann kommt es zum Befreiungsschlag. Nachher ist dann die Entscheidung gefallen: Gibt es dort oben noch weiterhin Spitzensport oder nur Breitensport? Aber das zweistufige Verfahren, so wie es vom Stadtrat vorgeschlagen wird, finden wir richtig und denken, es wäre gut, wenn man darauf schwenken könnte.

Theo Schöni: Ich möchte noch kurz auf unseren Antrag zurück kommen. Wir sehen, dass die Geister langsam erwachen und man langsam auf die richtige Fährte kommt, was wir auch in unseren Ausführungen gesagt habe. Ich denke, was die FdP in diesem Zusammenhang vorschlägt, können wir voll und ganz unterstützen. Ich denke, über Investitionen müsste man sich hier wirklich noch einmal Gedanken machen. Deshalb finde ich den Antrag der SP nicht unbedingt richtig, dass man dies bei Punkt 3 durchwinkt und sich nachher gleichwohl wieder über Investitionspläne unterhalten will. Entweder macht man einen richtigen Investitionsplan, wie es auch gefordert wird, oder man winkt ihn so durch, wie er angeboten worden ist. Aber nicht „hüst und hott“. Ich möchte nicht länger werden. Wir ziehen den Antrag zurück, damit dies wenigstens etwas schneller geht.

Heidi Ehram: Ich stehe hinter dem stadträtlichen Antrag, möchte aber eindeutig wissen, ob es beim Abänderungsantrag der FdP ganz klar ist, dass es keine Volksabstimmung braucht, wenn man dies von den Beträgen her so formuliert. Es ist ja ein Unterschied. Eines ist klar wiederkehrend, so wie der Stadtrat sagt, dass man jetzt einfach ab Saison 2009/10 jeweils Fr. 750'000.— gibt. Die FdP möchte einfach einmalig Fr. 750'000.— für die Saison 2009 und 2010. Was dann weiter geht, ist eigentlich noch offen. Mich interessiert einfach, wenn man dem Abänderungsantrag der FdP zustimmen würde, ob man dann wirklich das fakultative Referendum hat, so wie die SP dies ja in ihren Anträgen schreibt, und nicht mehr das obligatorische. Ist dies wirklich ganz klar? Sonst müssten wir wieder neu diskutieren und hätten dann trotz Abänderungsantrag vielleicht zwei Volksabstimmungen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Der Stadtrat, die Rechtsgelehrten und Finanzen haben die Auffassung, dass dem so ist, wie Heidi es jetzt eigentlich hören möchte, dass es keine extra

Volksabstimmung braucht, sondern erst beim zweiten Teil. Jetzt habe ich aber folgendes Anliegen, meine geschätzten Damen und Herren: Wir vom Stadtrat - auch vom Verwaltungsrat - möchten jetzt noch gerne hören - diese Frage hat vorher jemand gestellt - weshalb man die Fr. 970'000.— für die Aktienkapitalzeichnung braucht. Dass dies etwas mit den Investitionen zu tun hat, das möchten wir gerne aus berufenem Munde hören, vielleicht vom Präsidenten oder von Viktor Müller. Das entscheidet Ihr. Von Ihnen zu hören, weshalb es dies braucht, würde den FdP-Antrag um den SP-Antragsteil erweitern. Dann möchte ich eigentlich versuchen, die Debatte für fünf Minuten zu unterbrechen. Ich möchte bitten, dass die Fraktionsleiter rasch die Köpfe zusammen strecken, damit wir mit einem sehr klaren Abstimmungsresultat einem Antrag zustimmen, mit dem wir nachher alle leben können. Es hat wirklich Grundelemente, die „verhebben“ und es ist etwas unschön, dass man jetzt den Stadtratsantrag wieder ins Spiel bringt und dann aber trotzdem die Meinung hat, wenn man zuerst noch einmal über die Bücher gehen würde usw. Der Stadtrat ist in der Lage, flexibel zu reagieren. Aber es braucht auch von den Fraktionen hier genau das Gleiche. Ich gestatte mir, den Präsidenten zu bitten, das Wort an VR-Präsident Beat Loosli zu geben, um diese Frage zu beantworten und dann vielleicht fünf Minuten zu unterbrechen.

Beat Loosli: Viktor Müller hat Ihnen aufgezeigt, welche Investitionen im Bereich Sicherheit nötig sind und welche weniger. Ich glaube, für uns ist wirklich wichtig, dass das Aktienkapital gesprochen wird, damit wir die Sicherheitsinvestitionen tätigen können. Es geht hier um Verantwortung in Zusammenhang mit der Entlüftung der Kältemaschine, der trockenen Saugleitung, Sicherheitsinvestitionen in die Eisanlage. Ich glaube, das ist für uns schon ein wichtiger Punkt. Ich denke, wir haben auch schon versucht, dies auszuführen. In der Verantwortung bei der Sicherheit steht der Verwaltungsrat. Das ist für uns ein wesentlicher Punkt. Wir haben bis jetzt bewusst Investitionen in diesen Bereich gemacht, mit diesem Fokus. Entschuldigung, wenn ich dies so sage, aber es geht uns auch darum, dass wir etwas ruhig schlafen können. Es geht in diesem Zusammenhang auch um gewisse Auflagen, die wir von der Gebäudeversicherung haben, wo man seit Jahren, bevor wir dies gehabt haben, einfach gesagt hat: Man macht es dann schon einmal. Wir möchten diese Sachen jetzt auch entsprechend machen, um eigentlich auch diese Auflagen zu machen. Im Planbudget, das unten mit einem Investitionsprogramm angereichert ist, können Sie unschwer erkennen, was eigentlich in den Bereich Sicherheit hinein geht. Die Eismaschine reinigt das Eis. Auch dort geht es um den Bereich Sicherheit. Man hat bis jetzt Benziner gehabt. Es sind einfach Fässer gewesen, die man zum Betanken gebraucht hat. Wir haben heute andere Auflagen. Wenn man dies weiter machen will, müsste man dieses Geld in etwa, wenn nicht noch mehr, in neue Betankungsanlagen investieren, wo heute vermutlich Elektromaschinen das Richtige sind. Wir haben jetzt oben eine im Einsatz, die wir geleast haben. Aber ich muss Ihnen nicht sagen, dass man Leasing schon jedem Privaten nicht empfehlen sollte, sondern den Kauf. Wir möchten dies gerne ablösen und das ist der Betrag, den man dort hat, um dies auch machen zu können. Stimmen Sie bitte dieser Aktienkapitalerhöhung zu.

Urs Knapp: Beat, vielleicht verstehe ich es einfach nicht. Die Investitionen sind ja klar, dass hier gewisse Sachen notwendig sind. Warum aber will hier die Sportpark Olten AG den Weg über eine Aktienkapitalerhöhung gehen? Es gäbe ja auch die Möglichkeit, zum Beispiel einen Investitionsbeitrag einer Stadt zu geben. Das wäre eigentlich die viel sauberere Lösung. Das Risiko einer Aktienkapitalerhöhung ist, dass all diese Gemeinden - Du hast vorher Wisen erwähnt, sie sind ja gar nicht Aktionär - sich schön zurück lehnen können und sich auch die Benutzer wie ein Hockeyklub oder eine ELCO, die wir vielleicht als Aktionäre gewinnen möchten, zurück lehnen und sagen können: Ja, sie sollen doch diese Aktienkapitalerhöhung machen. Sie sollen dies bezahlen. Wäre es nicht sinnvoller, wenn man diese Investitionen schon braucht, dass man sagt, man lässt das Aktienkapital einmal dort sein und macht einen Investitionskredit in einer bestimmten Höhe, die man dann braucht?

Beat Loosli: Aktienkapital ist Risikokapital. Ein Investitionsbeitrag ist ein Darlehen, das wir amortisieren müssen. Ich nehme nicht an, dass Urs gedacht hat, es sei ein à-fonds-perdu-Darlehen. Dann könnte man von daher auch gleich wieder das Risikokapital zeichnen. Ein verzinsbares Darlehen belastet die Erfolgsrechnung durch den Zins. Ein amortisierbares Darlehen belastet durch die Amortisation den freien Cashflow. Es schmälert den freien

Cashflow, um Investitionen, gerade Kleininvestitionen, aus eigener Kraft zu tätigen. Das ist eigentlich die Antwort dazu.

Thomas Rauch: Welche privaten Personen würden wohl solche Aktien kaufen? Nur so als Gedankenspiel.

Beschluss

Einstimmig wird dem Ordnungsantrag von Stadtpräsident Ernst Zingg auf einen fünfminütigen Sitzungsunterbruch zugestimmt.

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Beschlüsse

1. Dem Antrag der FdP „Für die Saison 2009/10 erhöht die Einwohnergemeinde der Stadt Olten ihren Beitrag an die Sportpark Olten AG auf CHF 750'00“ wird einstimmig zugestimmt.
2. Dem Stadtratsantrag „Zur Sicherung der Saison 2008/09 wird ein Zusatzkredit in der Höhe von CHF 360'000 als einmaliger Beitrag bewilligt“ wird einstimmig zugestimmt.
3. Dem Stadtratsantrag „Der Einlage von Aktienkapital in der Höhe von maximal CHF 970'920 im Falle einer Kapitalerhöhung durch die Sportpark Olten AG wird zugestimmt“ wird mit 36 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
4. Dem neuen Antrag der FdP „Die Sportpark Olten AG erstellt einen neuen Businessplan für die nächsten 5 Jahre. Der Businessplan soll Aufschluss über die Nutzung (z. B. welcher Verein wieviele Stunden die Halle belegt), Erträge (welcher Verein bezahlt welchen Beitrag; Publikummseinnahmen) und Aufwendungen (Energie, Arbeit, etc., spezifischer Aufwand/Mieter) der Sportpark Olten AG geben“ wird einstimmig zugestimmt.
5. Dem Antrag der SP „Die Sportpark AG stellt auf der Basis der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Olten den notwendigen Investitionsbedarf (plus/minus 20 %) fest, priorisiert diese Investitionen und unterbreitet dem Stadtrat bis in spätestens einem Jahr einen möglichen Investitionsplan“ wird mit 41 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Parlamentspräsident Werner Good: Antrag 5 ist von der GPK gestrichen worden. Ist Antrag 5 neu dann noch nötig?

Urs Knapp: Aus der Sicht der GPK nehme ich an, dass er nicht mehr nötig ist. Es sind ja jetzt bei den anderen Sachen eigentlich schärfere Massnahmen entschieden worden. Ich sehe Nicken der anderen GPK-Mitglieder, dass man auf diesen verzichten kann.

Parlamentspräsident Werner Good: Antrag 6 und 8 würde dann heissen, dass die Beschlussesanträge dem fakultativen Referendum unterstellt sind. 1, 3 und 4. 3 ist dem fakultativen Referendum unterstellt.

Felix Wettstein: Meines Wissens haben wir von den zusätzlichen FdP-Anträgen bis jetzt nur über den ersten abgestimmt. Er ist vorgelesen worden. Die anderen zwei sind jetzt noch ausstehend.

Parlamentspräsident Werner Good: Christian hat sie zurück gezogen.

Christian Wüthrich: Nein, ich habe nur denjenigen betreffend Wahlbehörde zurück gezogen. Die anderen beiden sind ja integriert. Der eine ist der Businessplan, über den ja mit Punkt 4 abgestimmt worden ist. Der andere der SP mit der Leistungsvereinbarung ist in

Punkt 5 enthalten. Das ist integriert. Eigentlich müsste man unseren mit der Leistungsvereinbarung noch sauber zurück ziehen, weil er in Eurem Punkt 5 berücksichtigt ist. Die Leistungsvereinbarung ist ein Bestandteil von Punkt 5. Er ist sogar noch besser formuliert als unserer.

Parlamentspräsident Werner Good: Das kann vorkommen.

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Gesamtbeschluss:

1. Für die Saison 2009/10 erhöht die Einwohnergemeinde der Stadt Olten den Beitrag an die Sportpark Olten AG auf CHF 750'000.
2. Zur Sicherung der Saison 2008/09 wird ein Zusatzkredit in der Höhe von CHF 360'000 als einmaliger Beitrag bewilligt.
3. Der Einlage von Aktienkapital in der Höhe von maximal CHF 970'920 im Falle einer Kapitalerhöhung durch die Sportpark Olten AG wird zugestimmt.
4. Die Sportpark Olten AG erstellt einen neuen Businessplan für die nächsten 5 Jahre. Der Businessplan soll Aufschluss über die Nutzung (z.B. welcher Verein wieviel Stunden die Halle belegt), Erträge (welcher Verein welchen Beitrag bezahlt; Publikumseinnahmen) und Aufwendungen (Energie, Arbeit etc., spezifischer Aufwand/Mieter) der Sportpark Olten AG geben.
5. Die Sportpark Olten AG stellt auf der Basis der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Olten den notwendigen Investitionsbedarf (+-20 %) fest, priorisiert diese Investitionen und unterbreitet dem Stadtrat bis spätestens in einem Jahr einen möglichen Investitionsplan.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Ziff. 3 dieser Beschlussesanträge untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Sportpark Olten AG, Herr Beat Loosli, Verwaltungsratspräsident
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Finanzkontrolle
Rechtskonsulent
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes

Motion Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnende betr. zinsloses Darlehen an die Sportpark AG für Sanierung Eisstadion/Beantwortung

Am 27. März 2008 wurde von Antonia Hagmann (CVP) und Mitunterzeichnende eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeindeparlament einen Beschluss vorzulegen, welcher der Sportpark AG ein zinsloses Darlehen in der Höhe von Fr. 3'000'000.-- gewährt, um die unaufschiebbaren Sanierungen im Eisstadion zu forcieren. Die Verwendung des Darlehens ist ausschliesslich für Investitionen. Ausdrücklich ausgenommen sind Planungs- und Managementaufgaben.

Begründung:

Nach Abklärungen stehen für über Fr. 4'000'000.-- notwendige Sanierungen an. So muss die elektrische Installation für die Beleuchtung, welche immer öfters den Geist aufgibt, so schnell wie möglich erneuert werden. Die Holzschwellen bei der seitl. Stehrampe beginnen sich zu lösen. Es mussten bereits Notlösungen getroffen werden, da erhebliche Unfallgefahren bestehen. Die Sanitäreanlagen entsprechen weder in der Anzahl noch in der Ausführung heutigem Standart.

Der Zustand der Garderoben vermittelt unseren Gästen ein schlechtes Image. Das Restaurant genügen den gesundheitspolizeilichen Anforderungen schon lange nicht mehr, keinen leistungsstarken Abzug in der Küche etc. Dies sind nur einige Beispiele, weshalb die Sanierungen so schnell wie möglich in Angriff genommen werden müssen.

Es ist unzumutbar für das Personal, die Eisbahnbesucher und die Sportvereine noch über mehrere Jahre nur mit Notlösungen zu leben. Wenn zulange zugewartet wird, werden irreparable Schäden an der Bausubstanz der Anlage entstehen.

Wir haben uns im Parlament für diesen Standort entschieden und mit der Überdachung des Aussenfeldes durch die Sportpark AG wurde ein erster Schritt für die Attraktivität dieser Sportanlage gemacht. Die Stadt Olten als Mehrheitsaktionärin der Sportpark AG kann mit einem zinslosen Darlehen ein wichtiges und positives Zeichen setzen.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** die Motion wie folgt:

Vorbemerkung

Am 29. September 2005 hat das Gemeindeparlament die Neuausrichtung der Eissportanlagen genehmigt und der Gründung der Sportpark Olten AG mit 21 : 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen nachstehenden Beschluss gefasst:

7.1 Der Businessplan für die Sportpark Olten AG vom 2. September 2005 wird nicht zur Kenntnis genommen.

7.2 Der Gründung der Sportpark Olten AG unter Einlage von Aktienkapital in der Höhe von Fr. 2'000'000.-- wird zugestimmt **unter der Bedingung, dass die Einwohnergemeinde Olten der Sportpark Olten AG weder direkt noch indirekt Hypothekendarlehen gewährt (mit Ausnahme der bereits heute auf dem Baurecht lastenden Hypothek zu Gunsten der Stadt) oder sonstige Kredite einräumt und auch keinerlei Sicherheiten (Garantieverpflichtungen, Bürgschaften etc.) für die Verbindlichkeit der Sportpark Olten AG leistet.**

Aufgrund dieses verbindlichen Auftrages kann nur das Gemeindeparlament über weiter gehende Leistungen der Stadt Olten an die Sportpark AG beschliessen, da die Begrenzung des städtischen Beitrages durch das Gemeindeparlament erfolgte.

Erwägungen

Seit Herbst 2005 werden die Eissportanlagen durch die neu gegründete Aktiengesellschaft Sportpark AG betrieben. Am Aktienkapital 13 Gemeinden beteiligt. Olten ist mit 2 Millionen von total 2,320 Millionen Franken grösster Aktionär. Die Gesellschaft bezweckt den Betrieb und Unterhalt von Sportanlagen im Kleinholz, insbesondere im Hinblick auf die Förderung des Eissportes im Interesse der Bevölkerung der Region Olten, Bereitstellung der Infrastruktur zur Durchführung von sportlichen Aktivitäten sowie Organisation von regionalen Anlässen. Die Sportpark AG hat sich zum Ziel gesetzt, das Wintersportzentrum der Region zu sein. Dieser Anspruch erfordert ein hohes Engagement aller Beteiligten. Das wiederum heisst auch, dass die finanziellen Mittel ausreichend zur Verfügung stehen müssen und sich auch die Investitionen danach zu richten haben.

Mit der Überdachung des Ausseneisfeldes im Herbst 2007 wurde ein erstes Versprechen eingelöst. Die Bevölkerung und insbesondere die Jugend kann Eissport nun auch bei schlechter Witterung ausüben. Die von den Aktionärgemeinden meist genannte Forderung ist damit erfüllt worden. Der im Businessplan geschätzte Investitionsrahmen wurde allerdings um rund 1,2 Millionen Franken weit überschritten und hat den ohnehin engen Finanzhaushalt noch weiter eingeschränkt.

Aufgrund eines von Fachspezialisten erstellten Masterplanes sind weitere dringende Investitionen notwendig geworden bzw. stehen bevor, so

- ⇒ Auflagen Gebäudeversicherung bezüglich Sicherheit
- ⇒ Beleuchtung Eishalle
- ⇒ Sanierung Stehrampe Ost
- ⇒ Sanierung Tribüne West
- ⇒ Neubau WC-Anlage Nord
- ⇒ Neubau Annex Süd
- ⇒ Zufahrt- und Vorplatz Süd
- ⇒ Dach Eindeckung Eishalle – Entfeuchtungsanlage
- ⇒ Giebelfassade Nord/Süd
- ⇒ Sanierung Gardeobentrakt West – Neubau WC-Anlagen West
- ⇒ Ersatzbau Werkstatt Nord

Es handelt sich primär um Investitionen für Anlagen- und Personenschutz, Hygiene sowie eine zeitgemässe Infrastruktur. Sie sind aus finanziellen Gründen nur in Etappen realisierbar.

Nur mit einer weiteren Unterstützung der Aktionäre können diese genannten Investitionen realisiert werden. Insbesondere die Hauptaktionärin, die Einwohnergemeinde Olten, kann mit einer weiteren finanziellen Unterstützung den Betrieb des neuangelaufenen Wintersport-Zentrums gewährleisten.

Nicht den Erwartungen und den Vorgaben des Businessplanes entsprechen die Resultate der Betriebsrechnungen der letzten beiden Saisons. Nachdem die neue Aktiengesellschaft im ersten Betriebsjahr noch eine ausgeglichene Jahresrechnung vorlegen konnte, folgten wegen Mindereinnahmen (Erträge aus Eissportvereine, Werbeeinnahmen, Sommer- und

Restaurationsbetrieb) negative Abschlüsse. Die Finanzkraft der Eissportvereine verunmöglicht indessen eine Preisanpassung gemäss Businessplan. Eine solche Planabweichung hätte sich im Übrigen auch bei einer Betriebsführung in Eigenregie ergeben. Vor allem wegen diesen fehlenden Einnahmen ist die Sportpark AG in finanzielle Schwierigkeiten geraten und braucht deshalb dringend finanzielle Unterstützung. Andernfalls droht eine Illiquidität der Aktiengesellschaft.

Der Stadtrat hat von der kritischen Lage und den schlechten Ergebnissen leider Kenntnis nehmen müssen (vgl. Vorinformation an die Aktionärsgemeinden in der Beilage) und ist bestrebt, die missliche Finanzsituation zu verbessern. Dazu braucht es mehr finanzielle Mittel. Für weitere Beitragsleistungen ist aber das Parlament zuständig und es sind die Finanzkompetenzen nach Art. 13 und 14 der Gemeindeordnung zu beachten. Zudem sind gemäss Trennungsverbot (Einheit der Materie) die Beschlüsse vom 29. September 2005 einzubeziehen. Eine entsprechende Vorlage soll noch dieses Jahr dem Gemeindeparlament vorgelegt werden.

Da sich die notwendige finanzielle Unterstützung nicht nur auf Investitionen beschränkt, kann der Vorstoss nicht als Motion überwiesen werden. Im Sinne der vorstehenden Erwägungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament hingegen den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

- - - - -

Antonia Hagmann: Wie ich an der letzten Gemeinderatssitzung ja schon einmal erwähnt habe, bin ich bei der Einreichung meiner Motion von anderen Voraussetzungen ausgegangen und zwar, dass der Betrieb schwarze Zahlen schreiben würde, kein Problem sei und nur die Sanierung ein Problem sei. Dadurch, dass wir jetzt das Geschäft, das wir vorher behandelt haben, einstimmig genehmigt und ich denke, die Zukunft der Eisbahn gesichert haben, ziehe ich die Motion zurück.

Parlamentspräsident Werner Good: Danke, Antonia Hagmann. Ich danke den Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräten für ihr Dasein und ihre Unterstützung. Schönen Abend und schöne Festtage.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 1/14

Prot.-Nr. 48

Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Sportpark AG und die Kunsteisbahn/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 27. März 2008 hat Rolf Sommer (SVP) eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Feststellung:

Am 25.03.08; News vom 13.12.07 auf der Homepage der Sportpark AG: Information an die Presse

Für unverfälschte Informationen zur Kunsteisbahn wenden Sie sich doch bitte an die Fachleute – diese finden Sie bestimmt nicht in den Garderoben oder im Restaurant (sprichwörtlich...)

Wer ist mit den Fachleuten gemeint? Der Geschäftsführer oder die vom Stadtrat ausgewählten Verwaltungsräte? Keiner dieser Personen hat je eine Kunsteisbahn geführt. Wo findet man die „Fachleute“? Findet man zufälligerweise einer der vermeintlichen Fachleute, z.B. Marco Lauber, Verwaltungsrat, im Areal der Kunsteisbahn, sind sie nicht bereit, auf eine einfache Frage, über die finanzielle Lage der Sportpark AG oder der Finanzmittelbeschaffung für die Sanierung, eine Antwort zu geben.

Jeder Zuschauer und Eissportler kann die unhaltbaren baulichen und sanitären Zustände beim Besuch der Kunsteisbahn wahrnehmen. Oder man braucht nicht einmal da gewesen zu sein und muss nur die EHCO- Matchberichte oder die Leserbriefe lesen. Vom Lichtausfall, Lautsprecher die nicht VIP-Logen tauglich sind, der mangelhaften sanitären Anlagen, die maroden Garderoben, gefährlichen Stehrampen, etc. sind nur einige der auffälligsten Unzulänglichkeiten. Von den versteckten Mängeln wissen vermutlich nur die „Fachleute“!

Die Stadt Olten ist mit ca. 75% Mehrheitsaktionär. Die Stadt Olten, das heisst der Steuerzahler und nicht der Stadtrat haftet am Schluss für ein finanzielles Fiasko, wie schon bei der ehemaligen Kunsteisbahngesellschaft (KEKO).

Das Gemeindeparlament hat am 29.09.2005 zur Sportpark-Vorlage, ganz klare Rahmenbedingungen gesetzt:

7.2 „Der Gründung der Sportpark Olten AG unter Einlage von Aktienkapital in der Höhe von Fr. 2'000'000.— wird zugestimmt unter der Bedingung, dass die Einwohnergemeinde Olten der Sportpark AG weder direkt noch indirekt Hypothekendarlehen gewährt (mit Ausnahme der bereits heute auf dem Baurecht lastenden Hypothek zu Gunsten der Stadt) oder sonstige Kredite einräumt und auch keinerlei Sicherheiten (Garantieverpflichtungen, Bürgschaften etc.) für die Verbindlichkeit der Sportpark Olten AG leistet.“

Die Stadt Olten ist Mehrheitsaktionär, das heisst der Gemeinderat, hat als die Volksvertreter der Stimmberechtigten, ihre Interessen wahrzunehmen und gemäss der Eidesformel, Schaden abzuwenden, aber dafür brauchen wir auch klare Informationen.

Fragen:

1. Wie ist die finanzielle Lage der Sportpark AG (Erfolgsrechnung und Bilanz 2007)?
2. Wann ist mit der Sanierung der Kunsteisbahn zu rechnen?
3. Mit welchen finanziellen Aufwendungen und ihren Kostenfolgen ist für die Sanierung zu rechnen?
4. Wie gedenkt die Sportpark AG, die Sanierung zu finanzieren?
5. Ist der Stadtrat bereit, einen aktuellen Auszug aus dem Grundbuch vom Kunsteisbahnareal dem Gemeindeparlament zukommen zu lassen?
6. Ist der Stadtrat bereit, den Leistungsvertrag mit der Sportpark AG dem Gemeindeparlament zur Kenntnis zu bringen?
7. Kann die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Olten, dass keinerlei finanzielle und materielle Zuwendungen, direkt oder indirekt durch die Stadt Olten an die Sportpark AG erfolgte, garantieren?
8. Was geschieht bei einem Konkurs der Sportpark AG und kann der Verwaltungsrat haftbar gemacht werden (Stichwort: Verantwortlichkeitsklage)?“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Der Stadtrat benützt die Gelegenheit, um einleitend einmal mehr darauf hinzuweisen, dass die Oltnen Eissportanlagen seit Herbst 2005 von einer Aktiengesellschaft, der Sportpark Olten AG, betrieben werden. Aktionäre sind 13 Gemeinden; die Einwohnergemeinde Olten ist mit 2 Mio. von total 2,32 Mio. Franken Aktienkapital die grösste Aktionärin. Entgegen den mehrfachen falschen Behauptungen des Interpellanten und seines Umfeldes hat die Stadt Olten seit der Schaffung der AG und der Einlage des Aktienkapitals nicht in Sanierungen oder Ausbauten wie etwa die Überdachung des Ausseneisfeldes investiert. Eine Ausnahme bildet der Bodenbelag für die Trendsportanlage: Hier hat die Stadt den Betonbelag unter dem Ausseneisfeld im Interesse einer raschen Lösung zu Gunsten unserer Jugend finanziert, was nun von Seiten der Sportpark Olten AG durch entsprechende Mietzinsreduktionen kompensiert wird.

Zu den einzelnen Fragen:

Frage 1:

Die Zahlen des letzten Geschäftsjahres liegen vor. Die Sportpark Olten AG befindet sich derzeit in einer finanziell angespannten Lage. Die Zahlen im Businessplan, der bei der Gründung der Aktiengesellschaft im November 2005 vorgelegt wurde, können insbesondere auf der Ertragsseite nicht erreicht werden. Zwar sind die Besucherfrequenzen in der vergangenen Saison dank der Überdachung des Ausseneisfeldes erfreulich gestiegen; die im Businessplan erwarteten Steigerungen der Eismieten gegenüber den Eissportvereinen können aber aus wirtschaftlichen wie auch politischen Gründen nicht durchgesetzt werden. Auf Einnahmen aus Events im Sommerbetrieb muss zudem zum Schutz der Nachbarn weitgehend verzichtet werden. Hinzu kamen aber auch Überraschungen auf der Kostenseite: Als Auflage der Gebäudeversicherung galt es rasch Sicherheitsmängel im baulichen und im Anlagebereich zu beheben, dank denen sich die Halle nun aber in einem länderspieltauglichen Zustand befindet, wie Swiss Hockey attestiert. Zudem kam die Überdachung des Ausseneisfeldes auf Grund von Mehraufwendungen bei den Fundamenten und von Umweltschutzmassnahmen teurer zu stehen als budgetiert. Hingegen bewegen sich die Personalkosten unter den budgetierten Werten. Genauer auf die aktuellen Zahlen eingegangen werden kann im Zusammenhang mit einer Vorlage, die noch im laufenden Jahr dem Gemeindeparlament unterbreitet werden soll.

Fragen 2 und 3:

Die Sportpark Olten AG rechnet in den nächsten Jahren mit einem Finanzbedarf von rund 7 Mio. Franken; die Realisierung hängt von den vorhandenen finanziellen Mitteln ab. Im Detail geht es um folgende Vorhaben:

- Beleuchtung Eishalle, Sanierung Stehrampe Ost
- Sanierung Tribüne West, Neubau WC-Anlage Nord, Neubau Annex Süd, Zufahrt- und Vorplatz Süd
- Dach Eindeckung Eishalle, Entfeuchtungsanlage, Sanierung Giebelfassade Nord/Süd
- Sanierung Garderobentrakt West, Neubau WC-Anlage West, Ersatzbau Werkstatt Nord

Frage 4:

Die Sportpark Olten AG sieht sich nach den Investitionen 2007/08 (v.a. Überdachung Ausseneisfeld) nicht in der Lage, die geplanten Investitionen und die daraus folgenden Amortisationsverpflichtungen mit Eigenmitteln zu bestreiten. Sie ist dafür auf die Unterstützung des Aktionariats und von Banken angewiesen.

Frage 5:

Die Stadt Olten als Hauptaktionärin ist im Besitz des Grundbuchauszugs, der die Eigentumsverhältnisse und Dienstbarkeiten enthält und von Parlamentsmitgliedern eingesehen werden kann.

Frage 6:

Die Leistungsziele wurden in Form des Businessplans und mit Zielsetzungen wie der Förderung des öffentlichen Eislaufs festgehalten; eine eigentliche Leistungsvereinbarung besteht nicht, kann aber jederzeit formuliert werden. Die Interessen der Stadt Olten werden zudem durch den Einsitz des zuständigen Stadtratsmitglieds für Bildung und Sport im Verwaltungsrat der Sportpark Olten AG gewahrt.

Frage 7:

Die Rechnungsprüfungskommission hat sämtliche Zahlungen an die Sportpark Olten AG ab Datum 29.09.2005 geprüft und bestätigt, dass keinerlei Zuwendungen durch die Stadt Olten an die Sportpark AG erfolgten, die nicht im Gemeindeparlament beschlossen oder mit dem Budget der Stadt Olten genehmigt wurden (vgl. Beilage). Eine begründete Ausnahme bildet die oben erwähnte Investition in den Bodenbelag der Trendsportanlage.

Frage 8:

Ein Konkurs würde voraussichtlich zu einem weitgehenden Verlust des Aktienkapitals und zu einer zumindest vorübergehenden Schliessung des Betriebs führen. Charakteristisch für eine Aktiengesellschaft (AG) ist, dass für Verbindlichkeiten grundsätzlich nur das Vermögen der AG haftet. Das Gesetz (Art. 752ff. OR) erklärt aber Personen, die bei der Gründung, der Führung, der Kontrolle oder der Liquidation einer AG wichtige Funktionen ausüben, unter bestimmten Voraussetzungen für persönlich haftbar. Gemäss Art. 754 OR können die Mitglieder des Verwaltungsrats und alle mit der Geschäftsführung befassten Personen für den Schaden verantwortlich gemacht werden, den sich "durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung ihrer Pflichten verursachen". D.h. die verantwortlichen Personen müssen rechtswidrig und schuldhaft gehandelt haben, um haftbar gemacht zu werden. In der Regel ist dieser Nachweis in der Praxis schwer zu erbringen.

Es gibt zu diesem Vorstoss keine Wortmeldungen.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 49

Motion Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende betr. provisorische Schliessung Alkoholikertreff und Kündigung Leistungsauftrag mit OGG/Beantwortung

Am 19. Juni 2008 haben Marcel Buck (SVP) und Mitunterzeichnende bei der Stadtkanzlei zu Händen der Parlamentssitzung vom 24. Juni 2008 eine dringliche Motion mit nachstehendem Wortlaut eingereicht (die Dringlichkeit wurde an der Parlamentssitzung mit 37:4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt):

„Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, die sofortige Schliessung des Alkoholikertreffs an der Aarburgerstrasse 63 in den Räumlichkeiten der Regionalen Suchthilfe Olten (RSHO) zu veranlassen. Anschliessend sollen andere Konzepte geprüft und dem GP zur Genehmigung vorgelegt werden. Auch die Leistungsvereinbarung vom 01. Januar 2008 zwischen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten und dem Regionalverein Olten-Gösigen-Gäu (OGG) soll per sofort gekündigt und den neuen Fakten angepasst werden.

Begründung zur Dringlichkeit:

Um den gesetzlichen Auftrag und Betrieb der RSHO für Drogensüchtige zu gewährleisten, macht die Motion nur Sinn, wenn diese dringlich behandelt und überwiesen wird. Es kann nicht angehen, dass sich die EGO als „Verschönerungsverein“ sieht, indem sie die Randständigen mit „subventioniertem“ Billigbier von öffentlichen Plätzen fernzuhalten versucht. Ebenso muss die Anlaufstelle für Drogensüchtige die Hilfe suchen, sich Beraten lassen wollen, oder sich entschieden haben von Ihrer Such los zu kommen, in einer geschützten, sicheren und ruhigen Atmosphäre, frei von Schlägereien, Belästigungen, Unordnung, Pöbeleien und wiederholten Polizeiinterventionen stattfinden können.

Begründung zur Schliessung:

Die gesetzlichen Ziele der RSHO dürfen nicht zu Gunsten von nicht Therapierwilligen vernachlässigt werden. Gestützt auf Punkt 4.1.2, der LV sind die Voraussetzungen für eine Schliessung bereits erfüllt. Der Stadtrat muss die Rahmenbedingungen konsequent umsetzen. Die vereinbarten Leistungen unter Punkt 4.2 wurden nicht oder nur teilweise erfüllt. Weder im Bericht und Antrag noch in der LV wurde klar festgehalten, dass aktiv Alkohol, schon gar nicht zu stark verbilligtem Preis ausgeschenkt wird und somit dem GP wichtige Details zur objektiven Entscheidungsfindung verwehrt. Auch die Aufsichtspflicht der Geschäftsführung wurde verletzt, was ebenfalls zur sofortigen Schliessung führt. Nicht ausser Acht gelassen werden darf, dass es die OGG verpasst hat, rechtzeitig geeignete Massnahmen zur Verhinderung dieser unhaltbaren Zustände von sich aus zu ergreifen. Ob dem Verdacht des Drogenmissbrauchs von Angestellten der RSHO ist die Weiterführung dieser Art von „Alkitreff“ nicht mit den Interessen der EGO zu verantworten und stellt die ganze „Suchthilfe“ in Frage.“

Stadtrat Peter Schafer beantwortet die Motion im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Begründung der Dringlichkeit:

Die Motionäre wollen – gemäss Satz 1 der Begründung – den Betrieb der SHO gewährleisten. Deshalb sei die Motion dringlich zu überweisen. Diese Schlussfolgerung kann logisch nicht nachvollzogen werden, da der Betrieb ja gewährleistet ist.

Auch die weiteren Ausführungen – etwa dass sich die EGO als „Verschönerungs-verein“ sehe, indem sie Randständige mit „subventioniertem“ Billigbier von öffentlichen Plätzen fernzuhalten suche – begründen eine dringliche Behandlung nicht. Tatsächlich ist es ein Ziel der EGO, den randständigen und suchtkranken Menschen einen Ort anzubieten, an dem sie sich aufhalten können. Festzuhalten ist allerdings, dass Bier nicht subventioniert, sondern zum Selbstkostenpreis abgegeben wird. Der Beitrag der Stadt ist für die zusätzlich notwendige Betreuung vor Ort bestimmt.

Zu den Anträgen:

Eine Schliessung des Alkstüblis würde bedeuten, die randständigen und suchtkranken Personen wieder in den öffentlichen Raum zu entlassen. Mangels einer geeigneten Räumlichkeit würden sich diese Personen wieder an der Aare, auf öffentlichen Plätzen, auf der Treppe der Stadtkirche und in der Nähe von Supermärkten aufhalten. Genau dem wollte das Parlament entgegenwirken, als es am 21. November 2007 den Kredit für den Betrieb des Alkstüblis mit 40:4 Stimmen bei 2 Enthaltungen bewilligte.

Andere Konzepte sind über Jahre geprüft und wieder verworfen worden. Als einziger gangbarer Weg und als Konsens zeichnete sich die Eröffnung eines Alkoholikertreffs ab. Diesen wieder zu schliessen bedeutet, das Rad um fünf Jahre zurück zu drehen. Ferner würde damit die Umsetzung des Wegweisungsartikels erschwert, behindert oder gar verhindert. Eine Wegweisung kann nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn auch ein Ort bezeichnet werden kann, an dem sich Betroffene aufhalten dürfen. Dass nach einer Schliessung wieder nach neuen (bzw. alten und bereits geprüften) Konzepten gesucht werden müsste, liegt auf der Hand.

Würde die Leistungsvereinbarung gekündigt, müsste sie nicht angeblich neuen Fakten angepasst werden. Hier liegt ein Widerspruch in sich vor.

Das Alkstübli ist ein ergänzendes Angebot. Die Basisleistungen der SHO werden wie bis anhin erbracht. Sie werden nicht vernachlässigt. Der geordnete Betrieb ist gewährleistet und Ziff. 4.1.2 der Leistungsvereinbarung ist nicht anzuwenden. Die Betreuung vor Ort erfolgt nach Ziff. 4.2 der Leistungsvereinbarung durch qualifiziertes Personal. Der Regionalverein OGG nimmt seine Führungsverantwortung sorgfältig und umsichtig wahr. Die Geschäftsleitung der SHO sorgt für den geordneten Betrieb.

Zusammenfassend fehlt jegliche sachliche und nachvollziehbare Begründung für eine Schliessung. Dem Gemeindeparlament wird daher beantragt, die Motion im Sinne der Erwägungen abzulehnen.

- - - - -

Marcel Buck: Scheinbar sieht dieses Problem nur die SVP, die Polizei und die Bevölkerung. Der Stadtrat will das Problem lösen, indem er mit Steuergeldern subventionierte Drogen, sprich Alkohol abgibt, in der Hoffnung, so die Randständigen weg zu haben. Unter dem „Deckmänteli“ von Sozialem wird von Dir ein Produkt verkauft, das für uns mehr als nur

fragwürdige Resultate hervor ruft. Wir sind dank dem Alkistübli wieder äusserst negativ in der Presse aufgefallen und zwar in der nationalen Presse. Es ist sogar von einem Klein-Amsterdam hier in Olten die Rede gewesen. Nur weil andere Konzepte nicht gegriffen haben, heisst das nicht, dass das jetzige Konzept nicht wenigstens überdacht werden soll. Von wegen logisch: Wenn man Deine Antworten liest, fragt man sich schon, wo hier wohl die Logik stecken könnte. Dass alte, bereits geprüfte Konzepte, die auch nicht „verhebt“ haben, aus der Schublade gezogen werden müssen, ist nicht nötig. Wir fordern ein ganzheitliches Konzept, das von der Standortfrage Olten bis hin zu den Abhängigen überdacht wird, und nicht ein Flickteppich, der einfach mit Geld zugeklebt wird.

Stadtrat Peter Schafer: Eigentlich könnte ich meinen Kommentar zu diesem Geschäft ganz kurz halten und sagen, dass ich voll und ganz mit dem Motionär einverstanden bin, mit der zweiten Hälfte des ersten Satzes zur Begründung der Dringlichkeit. Ich zitiere: „Die Motion macht nur Sinn, wenn diese dringlich behandelt und überwiesen wird“. Der Dringlichkeit ist seinerzeit von diesem Parlament aber nicht zugestimmt worden und aufgrund dieser Tatsache könnte man also sagen, die Motion mache keinen Sinn. Diesen Schluss ziehe ich aber nicht. Das überlasse ich Ihnen. Meine Damen und Herren, der Alktreff ist hier schon mehrmals ein Thema gewesen. Das Parlament hat den Alktreff immer unterstützt. Sie kennen also die Vorgeschichte ebenso eben das sinnvolle Instrument dieses Alktreffs. Wenn die Polizei Menschen wegweisen kann, ist es eben mehr als sinnvoll, wenn man gerade den Alkoholikern einen Ort zuweisen kann, wo sie ihr Bier trinken können. Dort gibt es Bier zum Ankaufspreis. Du hast jetzt zum wiederholten Mal gesagt, es wird subventioniert. Das Bier wird nicht subventioniert. Das ist der Ankaufspreis. Ich möchte dies wirklich festhalten. Beide Seiten können damit leben. Gerade gestern habe ich ein Gespräch mit dem Polizeichef des Kantons Solothurn, Solothurn Ost, Walter Schöni, geführt. Er hat gesagt, dass die Kantons- und die Stadtpolizei dort seit zwei Monaten nicht mehr hat ausrücken müssen. Es gibt aber in Olten zwei bis drei Lokale, wo die Polizei mehr als dort auftreten muss und zwar mit ganz anderen Sachen, mit harten Drogen. Aber im Alkistübli ist Ruhe. Der Betrieb ist sicher gestellt und eigentlich definitiv eingespurt. Meine Damen und Herren, wir Politikerinnen und Politiker können die Gesellschaft, die Einwohnerinnen und Einwohner von Olten, nicht auswechseln. Diese Menschen sind hier. Was wir aber machen können, sind Angebote schaffen, damit beide Parteien ungehindert aneinander vorbei leben oder eben miteinander umgehen können, auch wenn dies die SVP nicht einsehen will.

Roland Rudolf von Rohr: Bei der Dringlichkeit haben wir uns ja auch schon im Sinne geäussert, wie ich es jetzt auch mache. Wir finden dies eine gute Institution, wenn es auch nicht optimal ist. Es gibt eben gar keine optimale Lösung bei diesem Problem. Ich habe auch wieder mit Leuten gesprochen. Natürlich gibt es noch Alkoholiker und Rüpel, auch an Orten, wo man es nicht will. Aber es hat ganz eindeutig gebessert und wir haben ein Angebot, auch mit einer sozialen Struktur und auch mit einem Minimum an Hilfe. Ich glaube, es ist nicht mehr als recht und es wird ja nicht von der Stadt allein getragen, sondern es ist eben OGG. Das macht doch nichts als Sinn. Ich habe einfach nichts gegen die Hilfe, die wir hier anbieten. Der Standort ist wirklich zu diskutieren und auch bei uns in der Fraktion ein Thema gewesen. Aber wahrscheinlich gäbe jeder Standort, wo man dies hin verlegen würde, wieder Diskussionen. Deshalb ist die Lösung, die wir jetzt haben, sicher nicht das Beste, aber das Bestmögliche im Moment. Deshalb bitte ich Euch, die Motion abzulehnen.

Marcel Buck: Gerade der Standort ist natürlich schon eine wesentliche Sache. Ich glaube, es muss einfach zuerst einmal etwas Richtiges passieren dort, bevor der Stadtrat hier reagieren will oder kann. Schade, dass Ihr dies nicht unterstützt. Noch einmal zu diesem subventionierten Bier: Das ist ganz klar subventioniert, Peter Schafer. Ganz klar. Der Ankaufspreis. Es ist eine Sauerei, dass das Bier dort für 60 Rappen abgegeben wird. Das ist meine Aussage und dabei bleibe ich.

Stadtrat Peter Schafer: Marcel Buck, ich weiss nicht, mit welcher Brauerei Du Kontakt hast. Aber das Bier bei der Suchthilfe, das im Alkistübli ausgeschenkt wird, ist nicht subventioniert. Das ist der Ankaufspreis, den sie zahlen. Da ist nichts subventioniert. Subventioniert respektive das Teuere ist das Personal, das dort sein muss. Das muss bezahlt werden. Aber das Bier ist

wirklich zum Ankaufspreis. Ich bitte Dich, dies jetzt einfach zu übernehmen. Sonst bringe mir den Beweis, dass es subventioniert wird. Aber es wird nicht subventioniert. Es ist wirklich der Preis, den sie zahlen.

Rolf Schmid: Es gibt halt Güter, die billiger werden, je mehr man davon einkauft. Wahrscheinlich haben wir deshalb dort einen guten Preis. Was ich sagen möchte: Wir haben wahrscheinlich oder zumindest ich habe gewisse Sympathien mit dieser Motion, wenn auch nicht in den Schlussfolgerungen und Forderungen. Aber ich glaube - wir haben jetzt mehrfach schon gehört, bei den letzten Diskussionen und auch in diesen Voten - dass es vor allem dieser Ort ist, der uns etwas Sorgen macht. Einerseits aus Sicherheitsgründen. Es ist eine stark befahrene Strasse, ein wichtiger Übergang, der in Zukunft an Bedeutung eher noch zunehmen wird und einer der Eingänge in unsere Stadt und damit kommt irgendwo die Frage der Visitenkarte, die man abgibt, wenn man nach Olten hinein fährt. Deshalb die Frage an Stadtrat Peter Schafer: Seid Ihr bereit, diesen Standort einmal zu überprüfen unter diesen Aspekten Sicherheit und Image für die Stadt Olten?

Stadtrat Peter Schafer: Der Standort dort hat sich ja ergeben, weil die Suchthilfe ihre Räumlichkeiten in der ehemaligen Brauerei hat. Es gibt keine günstigere Lösung. Wenn wir jetzt das Alkistübli an einen anderen Ort verlegen, ist es auswärts und braucht einfach noch mehr Human Power. Das wird von daher einfach teurer. Wir haben es ja schon einmal an der Tannwaldstrasse gehabt, um einen Probetrieb zu machen. Die Tannwaldstrasse ist auch nicht gut gewesen. Die Leute haben sich auch gewehrt. Nahe beim Bahnhof. Das ist auch nicht gegangen. Zur Aarburgerstrasse: Es ist jetzt dort. Die Leute gehen ins Alkistübli. Daneben ist der Beratungsdienst. Sie haben den Fuss wirklich in der Beratung und können wirklich hin gehen. Wenn es weiter weg und getrennt ist, ist es nicht so sinnvoll. Aber selbstverständlich: Wenn wir einen besseren Standort finden, prüfen wir dies. Das ist klar.

Marcel Buck: Noch einmal zum Subventionierten. In diesem Fall ist das Biertrinken, das Trinken selber, subventioniert.

Beschluss

Mit 36 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Ablehnung zugestimmt.

Stadtrat Peter Schafer: Marcel Buck, ich möchte noch etwas sagen. Das Mineralwasser wird subventioniert. Das gibt es gratis. Das Bier wird zum Ankaufspreis abgegeben.

Mitteilung an:
Direktion Soziales/Herr Hans Peter Müller
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Dezember 2008

Akten-Nr. 46/0

Prot.-Nr. 50

Postulat Felix Wettstein (GO/JA) und Mitunterzeichnende betr. Schulkreisbildung für die Trägerschaft der Sekundarstufe I/Beantwortung

Am 27. März 2008 wurde von Felix Wettstein (Fraktion Grüne/Junge Alternative) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Schulkreisbildung für die Trägerschaft der Sekundarstufe I

Der Stadtrat wird beauftragt, mit den Gemeinderäten der Nachbargemeinden Dulliken, Trimbach, Wangen sowie Boningen, Starrkirch- Wil, Hauenstein-Ifenthal und Wisen Verbindung aufzunehmen mit dem Ziel, einen einzigen Schulkreis zur gemeinsamen Trägerschaft der Sekundarschule (im Sinne von §3, Ziff. b. des Volksschulgesetzes des Kantons Solothurn) zu bilden und gemeinsam die Verantwortung für alle Typen der Sekundarschule zu übernehmen.

Begründung:

Gegenwärtig führen Olten (in den beiden Schulhäusern Säli 2 und Frohheim), Trimbach, Wangen und Dulliken die Schulen der Sekundarstufe I gemäss bisheriger Rechtsgrundlage (Werkklassen, Oberschule, Sekundarschule, Bezirksschule; ohne Progymnasium). Die Gemeinden Boningen und Starrkirch- Wil haben mit Olten eine vertragliche Übereinkunft, Hauenstein-Ifenthal und Wisen haben eine Übereinkunft mit Trimbach.

Die Realisierung der künftigen gegliederten Sekundarschule mit den Typen Sek K (für eine Übergangszeit von ca. 8 Jahren), Sek B, Sek E und Sek P verlangt eine neue Betrachtungsweise nicht nur innerhalb der Schulgemeinden, sondern auf regionaler Ebene. Hinzu kommt, dass die Jahrgänge der Primarschulabgängerinnen und –abgänger kleiner werden. Vier Standorte in derart kleiner Distanz und mit teilweise so geringen Schülerinnen- und Schülerzahlen, dass in derselben Abteilung zwei Schultypen geführt werden, sind zu viel. Sinnvoll für die gemeinsame Führung der Typen der Sekundarschule unter demselben Dach und in gemeinsamer Verantwortung sind im genannten Einzugsgebiet zwei oder drei Standorte.

Aus verständlichen Gründen hoffen alle Einzelträger (d.h. Gemeinden), dass „ihre“ Schule erhalten bleiben kann. Dadurch wird die Thematik tabuisiert. Jeweils gegen Ende Schuljahr werden, wie 2007 geschehen, „Übungen“ durchgeführt, um mit mehr oder weniger freiwilliger Umteilung von Schülerinnen und Schüler an andere Standorte als die geografisch nächstgelegenen jene Abteilungen zu füllen, die gefährdet sind. Das kann keine Zukunftsperspektive sein.

Die Stadt Olten könnte sich auf den Standpunkt stellen, dass ihre Kinderzahl genügend gross ist, um (zusammen mit den beiden bisherigen Vertrags-Partnergemeinden, die schon heute keine Sekundarstufe I haben) alle Typen zu führen. Eine andere Möglichkeit liegt allerdings darin, die Verantwortung für die ganze Region gemeinsam mit den Nachbargemeinden, welche heute eine Sekundarstufe I führen, zu übernehmen.

Aus Sicht des Oltner Stadtrates muss es auch darum gehen, den Partnergemeinden zu signalisieren, dass ihm nicht egal ist, was mit den Infrastrukturen einer Oberstufenschule passiert, wenn diese ihre heutigen Bestimmung nicht mehr zu erfüllen hat. Eine künftige Nutzung könnte im Interesse der ganzen Region sein.

Ein weiterer Vorteil eines Schulkreises mit acht Einwohnergemeinden liegt in der Chance, die Trägerschaft definitiv auch für den künftigen Typus Sek P zu übernehmen. Der Grundgedanke des am 26. Nov. 2006 revidierten Volksschulgesetzes ist es, dass die Volksschule für die gesamte obligatorische Schulzeit (bis 9. Schuljahr) in der Verantwortung der Gemeinden oder Gemeindeverbänden (Schulkreisen) liegt. Dies entspricht auch der Realität im restlichen Bildungsraum Nordwestschweiz sowie den Bestrebungen von HarmoS. Eine Spezialgesetzgebung ist gemäss § 5 des revidierten Volksschulgesetzes nur für die Sonderschulen vorgesehen.“

- - - - -

Stadtrat Dr. Martin Wey beantwortet im Namen des Stadtrates das Postulat wie folgt:

Wie der Postulant richtig schreibt, bestehen in unserer Region bereits einige Schulabkommen, die sich bewährt haben und die im Zusammenhang mit der Sekundarstufenreform neu überdacht und evt. angepasst werden müssen. Die Gemeinden Starrkirch/Wil und Boningen haben mit der Stadt Olten bereits seit Jahrzehnten ein Schulabkommen im Bereiche der Sekundarstufe I und der Kleinklassen. Sie möchten auch in Zukunft mit Olten zusammengehen. Dulliken würde gerne mit Olten kooperieren, jedoch nur unter dem Vorbehalt, dass dabei ihr Standort für die Sekundarstufe I erhalten bleibt. Mit Wangen finden regelmässige Gespräche statt, wobei Wangen offenbar am eigenen Standort festhalten will oder sich eher Richtung Hägendorf orientiert. Mit Dulliken und Wangen bestehen zur Zeit Schüleraustausche auf der Sekundarstufe I. Trimbach hat betr. einer Zusammenführung im Bereiche der Musikschule angefragt und die Schuldirektion hat zur Klärung der Fragen und zur weiteren Bearbeitung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mögliche Lösungen im Hinblick auf das Schuljahr 2010/2011 aufzeigen soll. Hier gilt es auch auf die laufende Studie „Chancen und Risiken von Fusionen der Stadt Olten mit ihren Nachbargemeinden“ hinzuweisen, in deren Rahmen sich auch eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Bildung befasst.

Nachdem der Regierungsrat des Kantons Solothurn auf Ende Juni 2008 die Gemeinden aufgefordert hat, ihre Präferenzen bei der Sekundarstufenreform aufzuzeigen, wird er gemäss vorgesehenem Zeitplan bis spätestens Frühling 2009 weitere Entscheide zur Sekundarstufenreform fällen. Dabei interessiert vor allem, welche Gemeinden dem P-Zug in Olten (gem. kantonaler Vorgabe soll dieser an der Kantonsschule Olten geführt werden) zugeteilt werden.

Die seit einem Jahr von der Schuldirektion der Stadt Olten eingesetzte Arbeitsgruppe „Sekundarstufenreform“ nimmt die Anregungen des Postulanten auf und wird allfällige weitere Zusammenschlüsse prüfen. Diese haben vor allem dann eine Chance, wenn sie für die beteiligten Gemeinden zu einer «Win-Win»-Situation führen.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament im Sinne der Erwägungen, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Felix Wettstein: Ich bin froh, wenn wir Traktandum 6.6 vorziehen dürfen. Es ist das Postulat, das ich im März eingereicht habe, mit Unterstützung, mit den Unterschriften der Fraktionskolleginnen und -kollegen zur Schulbildung Sekundarstufe I. Es hat wesentlich mehr

als ein halbes Jahr gedauert. Es hat damals natürlich Gründe gegeben, dies rechtzeitig zu machen. Das ist jetzt auch der Grund, weshalb wir wirklich noch in diesem Jahr zu diesem Geschäft kommen müssten. Am 31. Dezember 2008 wird die Frist ablaufen, bis zu der die Stadt Olten beim Kanton ein Gesuch einreichen könnte, sofern der Stadtrat diesen Schluss daraus zieht aus der allfälligen Überweisung. Zur Vorlage selber: Ich möchte dem Stadtrat danken, dass er bereit ist, das Postulat zu übernehmen und die Überweisung beantragt. Ich möchte noch etwas zur Antwort von Stadtrat Martin Wey sagen. Es ist natürlich nicht damit getan, wenn die Stadt Olten je mit einzelnen Gemeinden bilateral Gespräche in dieser Frage führt. Ich denke, dass ich im Postulatstext das Ziel ganz eindeutig umschrieben habe. Dieses Ziel soll man mit einem überwiesenen Postulat anstreben. Mit anderen Worten: Die Stadt Olten muss hier eine Leaderfunktion übernehmen und die weiteren Gemeinden im Hinblick auf dieses Ziel gemeinsam an einen Tisch bringen. Wenn wir dies nicht tun, passiert genau das, was ich im März schon befürchtet habe und was seither nämlich auch zu beobachten ist: Das Thema wird tabuisiert. Jede heutige Standortgemeinde der Oberstufe hofft, dass sie ihre Oberstufenschule retten kann, obwohl überall die Schülerzahlen sinken und zudem die Reform der Sekundarstufe I ins Haus steht. Ich möchte noch ein Wort zum P-Standort sagen. Es ist nicht Bestandteil des Postulattextes, wie Ihr gesehen habt, aber in der Begründung sind wir darauf eingegangen. Das ist eben der Punkt, weshalb rasch gehandelt werden muss, wenn der Zug hier nicht abgefahren sein soll. Wir sind der richtige Träger für die ganze Sekundarstufe und deshalb auch für den P-Zug. Von der Sache, vom Grundsatz her, sind wir der richtige Standort und nicht die Kanti. Dafür muss die Stadt Olten eintreten und kämpfen. Das kann sie im Verbund mit Nachbargemeinden besser, überzeugender und erfolgreicher. Es stimmt nicht, was man hier und da hört, dass laut Volksschulgesetz der Sek P in Olten und Solothurn ohnehin an der Kantonsschule geführt werden müsse. Es ist im Gegenteil so, dass in § 5 des Volksschulgesetzes - diese Formulierung ist seit 2005 neu, als wir über die Sekundarstufe I-Reform abstimmt haben - unmissverständlich steht: „Schulträger: Jede Einwohngemeinde ist verpflichtet, für sich oder in Verbindung mit anderen Gemeinden oder öffentlichen Schulträgern die in diesem Gesetz vorgesehenen Schularten zu führen“. Wir können uns gar nicht aus der Verantwortung verabschieden. Die einzige Ausnahme: „Die Spezialgesetzgebung für die Sonderschulen bleibt vorbehalten“. Weiter hinten, erst in § 44 bis, der damals in den Kantonsratsberatungen noch eingeschoben wurde, kommt eine Relativierung dieses Grundsatzes des Schulträgers, wo es dann nämlich heisst: „Sekundarschule P: Die Sekundarschule P wird durch eine Schulgemeinde oder einen anderen öffentlichen Schulträger geführt oder...“ Es ist gesetzlich auch immer noch möglich und in diesem Sinne vorgesehen, dass wir als Stadt bzw. so wäre das Ziel des Postulats, als Kreisschule, als Gemeindeverbund für alle Sekundarstufen nach der künftigen Reform zuständig sein werden. Wir finden, dass die Stadt Olten dafür kämpfen und eintreten muss. Ein Schritt noch in diesem Jahr: Das Gesuch einreichen „für das Führen eines Standortes mit Sek P“. Wenn man dann aus irgend einem Grund zum Schluss kommt, es sei doch nicht genau das Richtige: Ein Gesuch zurück ziehen kann man immer noch. Aber es jetzt nicht mehr einreichen. Dann wäre der Zug wirklich abgefahren.

Andreas Schibli, FdP-Fraktion: Wenn man das vorliegende Postulat zum ersten Mal durch liest, könnte man eigentlich meinen, es ist überflüssig. Schon bevor der Postulant den Vorstoss eingereicht hat, hat sich eine Arbeitsgruppe mit der zu prüfenden Problematik bezüglich Schulkreisbildung auseinandergesetzt und wird sich weiterhin mit dieser Problematik auseinandersetzen. Wie aus der Antwort des Stadtrates zu diesem Postulat zu erfahren ist, haben die Gemeinden Boningen und Starrkirch-Wil seit Jahrzehnten ein Schulabkommen bezüglich Sekundarstufe I mit der Stadt Olten. Diese Gemeinden möchten daran festhalten. Die Gemeinde Dulliken würde gerne kooperieren unter dem Vorbehalt, dass dort ihr Sek I-Standort gesichert ist. Wangen wird sich Richtung Hägendorf orientieren. Trimbach macht es abhängig davon, wie es mit Gemeindefusion mit Olten läuft. Damit die Arbeitsgruppe ihre Arbeit fortsetzen kann, bleibt uns nichts anderes übrig, als das Postulat zu überweisen. Das ist auch die Meinung der FdP-Fraktion. Nun kommt noch das Aber. Der Postulant spricht in seiner Begründung des Vorstosses von einer Übung bezüglich Schüleraustausch, die stattgefunden hat. Es ist sinnvoll, wenn ein Schüleraustausch stattfindet. Wie dies vollzogen worden ist, haben wir hier auch schon einmal diskutiert. Das heisst: Schüler aus Olten gehen nach Wangen bzw. Dulliken zur Schule. So werden grosse Klassen verhindert und dies zu Gunsten der Qualität

und zu Gunsten jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers. Jetzt ist aber die Frage: Bis jetzt hat dieser Schüleraustausch auf Freiwilligkeit basiert. Wie sieht dies in Zukunft aus? Wie gesagt: Dulliken ist bereit, mit Olten zu kooperieren. Nach welchen Kriterien muss oder darf ein Schüler in Dulliken die Sek I besuchen? Sind dies die Starrkircher oder wird einfach die Karte genommen und dann mit dem Rotstift eine Grenze gezogen, wer wohin geht? Bezüglich diesem Anliegen oder Verfahren möchte ich gerne noch eine Aussage vom zuständigen Stadtrat. Was mich aber dann sehr hellhörig gemacht hat, ist der letzte Abschnitt in der Begründung des Postulats. Das heisst, dass die Sek P von einem künftigen Schulkreis bei mehreren Einwohnergemeinden als Trägerschaft definitiv auch den künftigen Typus Sek P übernimmt. Anders gesagt, wie es mein Vorredner gesagt hat: Die Sek P wird an den Oltnen Stadtschulen geführt. Gemäss Auskunft des Chefs Amt für Volksschule und Kindergarten ist die EKB vom 20. Juni 2008 von Olten und den Agglomerationsgemeinden über die Umsetzungsplanung der Region orientiert worden. Dabei werden die Grundlagen der Botschaft vom Regierungsrat, Geschäft 272006, berücksichtigt. Bei diesem Geschäft steht auf Seite 22: „Die Sekundarschulen P sollen grundsätzlich an den Standorten geführt werden, an welchen heute Untergymnasium bzw. Progymnasium geführt werden. Kantonsschule Olten und Solothurn und andere mehr“. Es steht „grundsätzlich“ und nicht „ausschliesslich“. Demzufolge ist es möglich, die künftige Sek P an den Stadtschulen oder genauer im jetzigen Frohheim zu führen. Aus diesem Grund und auch aus dem Grund, dass bezüglich Arbeitsgruppe ein gewisses selektives Wissen vorherrscht bezüglich Gemeinden und dem Standort der Sek P und wie es auch in der Antwort des Stadtrates zum Postulat steht, dass die Sek P an der Kantonsschule geführt werden „soll“, bitte ich den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten, die ich vorgängig schriftlich eingereicht habe: Erstens: Hat der Stadtrat mit dem DBK Verhandlungen geführt bezüglich Standort der künftigen Sek P in der Stadt Olten? Wenn ja, wer hat diese Verhandlungen geführt (Stadtrat, Leiter Direktion Bildung und Sport, Mitglieder der Arbeitsgruppe oder andere mehr)? Wie sind diese Verhandlungen ausgefallen und was ist der Stand der Dinge? Wenn nein, warum nicht? Zweitens: Hat der Stadtrat mit den Kantonsschulen Verhandlungen bezüglich Standort der künftigen Sek P geführt? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht? Drittens: Hat der Standort ein Gesuch für das Führen des Standortes Sek P eingereicht. Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht? Ich möchte Stadtrat Martin Wey bitten, die Fragen zu beantworten. Merci vielmals.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Zuerst zu Felix Wettstein: Ich denke, wir nehmen den Prüfungsauftrag sehr gerne entgegen. Betreffend Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sind wir sehr intensiv daran. Natürlich braucht es auch Zeit und es braucht vor allem auch Entscheidungsgrundlagen seitens des Kantons. Es ist immer etwa das Gleiche, das ich hier sage. Inwiefern kann man dies ändern? Man kann vorstellig werden. Man kann wieder darauf drängen. Aber ich denke, der Entscheid, wo die P-Stände schliesslich hin kommen, hat auch einen wesentlichen Einfluss auf die Schulkreisbildungen und die Zusammenarbeit. Ich muss sagen, dass sie sehr intensiv ist. Man kann sagen, einerseits mit bestehenden Gemeinden, mit den wir bereits zusammen arbeiten, sei es Dulliken, Boningen, Starrkirch, aber im Zusammenhang mit den Fusionsarbeitsgruppen, die durch den Gesamtstadtrat eingesetzt worden sind und die Arbeitsgruppe Bildung beinhaltet - ich kann jetzt nicht alle Gemeinden aufzählen - aber es sind sicher nicht nur die vier, die ich vorher aufgezählt habe, die in dieser Arbeitsgruppenbildung zusammen arbeiten und das Thema sehr stark bearbeiten. Von daher als andere als schlafend, sondern hier aktiv, abtastend. Es ist ein sensibles Thema. Es ist auch so, dass sich Starrkirch-Wil und auch Dulliken überlegen - das ist eben auf eine Art eine sehr spannende und fliessende Diskussion - ob sie nicht zusammen einen Schulkreis bilden möchten. Die Diskussion ist überhaupt nicht abgeschlossen und noch sehr dynamisch. Von daher kannst Du den Lead schon übernehmen, aber die anderen Gemeinden machen sich auch ihre Gedanken. Deshalb denke ich, dass das Postulat als solches richtig ist, dass es eingereicht worden ist und die Folgerung daraus ist, dass man die Zusammenarbeit sucht. Zu den Fragen von Andreas Schibli ist es so, dass halt die Wahrnehmungen unterschiedlich sein können. Ich habe selbstverständlich die Fragen im Voraus erhalten. Besten Dank, Andreas Schibli, für die Vorinformation. Ich habe mit Roland Giger, der dort intensivst mit dem Kanton auch in Kontakt ist, Rücksprache genommen. Er hat mir die Fragen beantworten können. Im ersten Bereich ist es darum gegangen, ob man verhandelt hat. Man hat Gespräche geführt mit dem DBK. Man hat Informationsveranstaltungen gehabt. Dort ist die Frage auch immer gewesen, wo jetzt dieser

P-Standort hin kommt. Können zum Beispiel zwei P-Standorte in Olten geführt werden, ganz konkret im Frohheim oben und in der Kantonsschule oben? Wir haben einen entsprechenden Beschluss, den Du zitiert hast, im Jahr 2006, und ein Schreiben des Regierungsrates vom 1. April 2008. Aus diesen Verhandlungen bzw. Gesprächen hat man dann schon klar heraus gespürt, was der Regierungsrat will, obwohl er dies im Vorfeld vielleicht jetzt, auch wenn es ein bisschen wählen kommt, noch nicht so konkret macht. Aber es ist so, dass an den bestehenden Kantonsschulen diese Züge geführt werden sollen und nur in ganz speziellen Ausnahmesituationen, wenn irgend welche Bedingungen erfüllt sind, ausserhalb noch gewähren, aber vor allem für die Gemeinden, die bis jetzt noch keinen P-Standort haben. Für die Stadt Olten sind die Signale klar, insbesondere auch von Andreas Brand. Da sieht man vielleicht auch die unterschiedlichen Interessen. Du nimmst vielleicht etwas andere Interessen wahr als die Kantonsschullehrer. Das ist soweit auch legitim. Aber dass tatsächlich eine Konzentration an der Kantonsschule stattfinden soll, denn wenn wir irgendwo auch noch P-Standorte machen, hat dies Kostenfolgen, wo man sagen muss, dass es räumliche Konsequenzen hat usw. Man muss sagen, rein von der Optimierung der Ressourcen macht es keinen Sinn, hier einen zweiten Standort zu führen. Ein anderes Anliegen, das wir mit der Kantonsschule behandelt haben, ist, dass man nämlich die ganze Sek I unter einem Dach haben kann. Das wäre meines Erachtens auch eine interessante Option. In diesem Zusammenhang haben wir mit der Kantonsschule natürlich Verhandlungen geführt. Wie wäre es jetzt auf der einen Stadtseite von Olten, den P-Standort an der Kanti zu führen und dann quasi den B- und E-Zug auch noch? Dort ist seitens des Kantons und der Kantonsschule klar signalisiert worden, insofern es auch aus räumlichen Überlegungen nicht geht, den P-Standort bzw. den B- und E-Standort auch noch aufzunehmen. Der Grund ist vor allem auch, dass in den nächsten Jahren saniert wird. Das hat uns schliesslich in der Direktion, im Rektorat, aber auch meine Informationen, die ich diesbezüglich in den Stadtrat hinein getragen habe, dazu bewogen, kein Gesuch zu stellen. Wir werden auch kein Gesuch stellen, weil es keinen Sinn macht und auch die Rückmeldungen des Kantons insbesondere auch des DBK darauf tendieren, dass wir wirklich an der Kanti einen P-Standort führen und nicht an zwei verschiedenen Standorten.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe gleichwohl noch eine kurze Frage. Was behandeln wir jetzt genau: Eine Interpellation, zu der wir keine Akten haben, oder was machen wir jetzt?

Parlamentspräsident Werner Good: Traktandum 6.6: Das Postulat von Felix Wettstein, zu dem Du die Unterlagen hast.

Caroline Wernli Amoser: Ich habe noch kurz etwas zu diesem Punkt. Meine Frage wäre mehr: Wenn man jetzt gleichwohl noch ein solches Gesuch stellen würde, kann man damit etwas verlieren? Ich habe diese Unterlagen nicht und kann mich auch nicht darauf beziehen. Als direkt betroffene Mutter sehe ich schon auch Vorteile, wenn man nicht sechs Jahre lang im gleichen Schulhaus ist, sondern es ist zwischendurch auch einmal einen Bruch und einen Wechsel gibt. Aber darüber müssen wir ja jetzt nicht diskutieren. Aber ich denke, bei jeder Lösung gibt es halt Vor- und Nachteile. Die Frage ist deshalb für mich: Wenn man das Gesuch jetzt stellen würde - weil Du, Martin Wey, sagt, es hat zwar keine Chance aufgrund Eurer Gespräche - verliert man damit etwas oder lässt man sich allenfalls noch Optionen offen, auf die man gegebenenfalls doch noch zurückkäme?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Jetzt ein Gesuch zu stellen, im Wissen darum, dass der Ansatz der falsche ist tatsächlich einfach nur, weil es toll ist, noch ein Gesuch zu stellen und noch eine Option offen zu haben, macht wirklich keinen Sinn. Ich versuche eigentlich, als Stadtrat eine Politik zu betreiben, die gefestigt ist, auch auf Rückmeldungen, und verlasse mich in diesem Zusammenhang insbesondere auch auf die Abklärungen meines ehemaligen Chefbeamten. Das ermutigt mich und spornt mich in diesem Sinne eigentlich überhaupt nicht, dort aktiv zu werden.

Heidi Ehrsam: Mir scheint, dass dies heute so ein Thema ist, ob man dies jetzt beantragen soll, dass eben im Frohheim oben dieser P-Standort ist, dies hätte viel früher stattfinden sollen. So wie ich es wahr genommen habe, hätte ich vor zehn Jahren eigentlich immer gefunden, man macht das Zwei-Schienen-Modell, an einem Ort mit Latein, am anderen ohne. Das habe ich

Andreas Schibli immer gesagt. Das sind jetzt tempi passati. Das ist jetzt alles klar. Jetzt gibt es dann vielleicht Wahlpflichtfach oder irgend etwas bei dieser Sache. Wir werden es dann sehen. Es ist ja nicht vorbei. Aber was ich wahr genommen habe, ist, dass aus der Bezirksschule, Sekundarschule, wir eigentlich von der Lehrerschaft und den Leaders der Lehrerschaft oder von den Vorstehern schon lange nicht mehr explizit gehört haben: Der P-Standort muss jetzt zu uns. Wir wollen ihn und kämpfen dafür, dass wir ihn erhalten. Das vermisste ich. Deshalb finde ich jetzt die Diskussion etwas überflüssig. Andreas Schibli kann dies vielleicht besser sagen. Er ist dort mehr Insider. Aber ich habe explizit von Hansueli Tschumi - vielleicht vor x Jahren haben wir über das Zwei-Schienen-Modell diskutiert und gefunden, es wäre gut - nie mehr gehört: Wir kämpfen darum und wollen einen Antrag stellen. Vielleicht habe ich hier eine falsche Wahrnehmung. Ich finde, wir sind jetzt im Dezember einfach zu spät für diese Diskussion. Wenn es praktikabel ist, wie es jetzt angedacht ist, ist dies ja gut. Schade ist, dass man wirklich nicht den kleinen Trakt der Kanti nutzen kann, damit man die Sache unter einem Dach hat. Das ist jetzt wirklich schade. Das ist jetzt von der Kantonsschule aus mit der Sanierung so erklärt worden. Ich meine einfach, wir überweisen das Postulat. Aber ich würde unter diesen Umständen jetzt eigentlich auch nicht motivieren, noch ein Gesuch zu senden. Man kann auch Sachen machen, die nicht äusserst intelligent sind, nur um gewissen Visionen nachleben zu können. Ich würde sagen, dass wir das Postulat überweisen.

Urs Knapp: Als folgsamer Parlamentarier habe ich dem Präsidenten zugehört und möchte etwas zum Postulat sagen und nicht zur anderen Diskussion - mir geht es hier gleich wie Caroline Wernli - das ich nicht nachvollziehen kann, weil ich keine Akten habe. Ich finde, das Postulat Felix Wettstein ist, wenn man den Text anschaut, eigentlich erfüllt. Die Verhandlungen und Gespräche laufen. Man kann überweisen, aber sollte dann gleich abschreiben. Wenn man die Begründung anschaut, habe ich eigentlich das Gefühl, wenn es um die Begründung geht, müsste man das Postulat ablehnen. Ich habe den Eindruck, Felix Wettstein möchte die Stadt Olten hier etwas situieren. Sie soll irgendwie in der ganzen Region auf Kosten der eigenen Bevölkerung Dorfschulen oder Schulen retten, das uns meiner Meinung nach noch kostet. Wir sollten doch - diese Diskussion haben wir schon beim Verschieben von Schülern einmal gehabt - für unsere Schulen kämpfen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor für uns als Stadt Olten. Es sollte nicht unser Ziel sein, in Dulliken die Sek I erhalten zu können und viele Kinder aus Olten mehr oder weniger freiwillig nach Dulliken gehen müssen, sondern man soll dies hier bei uns in der Stadt machen. Wir können stolz sein und sehen auch, was die Regionsgemeinden für uns leisten. Wir haben dies in der anderen Vorlage mit der Eissportanlage gesehen. In erster Linie, und da bin ich ganz egoistisch, geht es mir hier auch um unsere städtischen Schulen. Von daher, wenn man das Postulat überweisen will, weil eigentlich nur das Fettgedruckte relevant ist und nicht die Begründung ja, kann man es. Dann würde ich aber den Antrag stellen, dass man es abschreibt, weil es schon läuft und erfüllt ist. Wenn man mich überreden möchte, würde ich dagegen stimmen.

Andreas Schibli: Ich möchte Heidi Ehrsam noch eine Antwort geben. Es ist absolut richtig, was Du gesagt hast. Wenn ich den Stadtrat auffordere, gleichwohl ein Gesuch einzureichen, will ich einfach die Chance nicht vertun, wie es dann weiter geht. Ich glaube, jeder hier weiss, wie die politischen Mühlen laufen, absolut nicht wertend gesagt. Ich will einfach keine Chance vergehen lassen. Ich möchte betonen, dass der Regierungsrat noch nicht entschieden hat. Es ist ganz klar. Das wird sicher nicht vor den Wahlen passieren. Bis am 31. Dezember dieses Jahres kann man noch ein Gesuch eingeben. Von daher muss ich sagen: Nützt es nichts, so schadet es nichts. Entschuldigung. Auf der anderen Seite kann man es immer wieder zurück ziehen. Was Du noch gesagt hast, was auch schon diskutiert worden ist: Das kann wieder eine neue Diskussion geben. Standort Olten unter zwei physischen Dächern. Das wäre auch ein Grund mehr, dass man ein Gesuch eingeben sollte.

Brigitte Kissling: Ich möchte mich Andreas Schibli anschliessen und auch dafür plädieren, dass man dieses Gesuch stellt. Für mich sind einfach gewisse Grundsatzdiskussionen, wohin diese Entwicklung gehen soll, hier nicht ausdiskutiert worden, um jetzt schon Weichen zu stellen. Auch meine Interpellation, die für mich auch noch gewisse Fragen aufwirft, und ich einfach die Meinung habe, man müsste sich jetzt möglichst nichts verbauen oder sich möglichst

viel offen halten. In diesem Sinne unterstütze ich die Überweisung des Postulats und dass man das Gesuch stellt.

Nico Zila: Ich möchte eigentlich eher der Position von Martin Wey den Rücken stärken. Der Vorteil hat in dieser Diskussion nicht aufgezeigt werden können, ein Gesuch zu stellen, dass die städtischen Schulen einen P-Standort betreiben würden. Ich denke, es gibt finanzielle Bedenken. Martin, Du hast sie aufgezeigt. Es gibt auch qualitative Gründe, und ich denke, diese sollten wirklich im Vordergrund stehen: Das Interesse unserer Oltner Schulkinder. Ich fände es absurd und fatal, wenn wir auf das Know-how, das in der Kantonsschule vorhanden ist, auf dem Platz Olten verzichten würden, um als städtische Schulen dann einen P-Zug zu führen, nur um anschliessend Personal, Lehrpersonen der Kantonsschule, „einzukaufen“. Ich denke, dann wäre irgendwo der Sinn und Zweck auch nicht erfüllt. Zum Dritten ist auch die Führung aller Sek-Züge unter einem Dach nicht so ein wichtiger Punkt. Ich denke, auch mit dem Verzicht auf den Niveau-Unterricht, spielt es nicht so eine Rolle, ob die Schüler und Schülerinnen wirklich unter einem Dach sind. Ich denke, ein Gesuch zu stellen, bringt in diesem Sinne im Moment ein Vorbreschen und eine Vergeudung von Ressourcen und Energien auf einer Achse, wo wir sie besser anderweitig investieren würden.

Andreas Schibli: Es ist schon klar. Ihr wisst, welches meine Interessenbindungen sind. Aber ich möchte eines betonen. Wir tragen hier eigentlich alle den gleichen Hut, den Hut von Oltnern. Dieser Hut hat vielleicht einfach verschiedene Farben: Rot, gelb, grün und schwarz. Von daher könnte man meines Erachtens eigentlich schon etwas mehr agieren, wenn es um die Stadt und die Stadtschulen geht. Bezüglich Gesuch für das Führen eines Sek P-Standorts: Ich habe es hier und habe es durch gelesen. Nico Zila: Die Stadtschulen würden alle Anforderungen erfüllen. Alle. Das sage nicht nur ich, sondern nach Rücksprache mit Leuten aus der Arbeitsgruppe. Ich sage nicht: Nur an den Stadtschulen. Aber ich will mir einfach nichts verbauen, wenn wir ein solches Gesuch nicht einreichen.

Felix Wettstein: Es ist mir selber sehr daran gelegen, dass wir die Abstimmung wirklich zum fett gedruckten eigentlichen Postulatstext machen werden und nicht zu meinen Begründungen und auch nicht zu Sachen, die nachher noch hinein interpretiert worden sind. Ich möchte aber zu dem, was jetzt gesagt worden ist, noch etwas klar stellen. Heidi Ehrsam: Du hast das Wort „Visionen nachleben“ gebraucht. Nico Zila: Du hast in einem ähnlichen Zusammenhang gesagt, die Sache mit der Sekundarstufe I unter einem Dach ist ja gar nicht so zentral. Ich möchte wirklich daran erinnern und das ist auch in der Abstimmungsbotschaft des Kantons immer wieder gesagt worden: Die Volksabstimmung im Jahr 2005 hat als einleitenden Grundsatz gehabt: Sekundarstufe I unter einem Dach und weniger Typen als heute. Deshalb haben wir diese Reform gemacht. Wir haben die Möglichkeit und sie ist noch nicht ganz vertan, nicht einfach zu kuschen, sondern zu sagen: Wir haben als Stadt, wie es Andreas Schibli gesagt hat, ein Interesse. Aber wir sind gestützt, nicht durch eine Vision, sondern durch eine Grundhaltung einer Gesetzesrevision, Sekundarstufe unter einem Dach. Zu Urs Knapp: Es sehe so aus, als ob man die Dorfschulen retten wolle. Das Gegenteil ist der Fall. Das habe ich in meinen Begründungen klar geschrieben. Auf einer geografisch so kurzen Distanz wie heute zwischen Wangen, Trimbach, Olten und Dulliken, an vier Orten Oberstufen zu führen, merken alle, dass dies nicht gehen wird. Das wird in wenigen Jahren nicht mehr gehen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Alle versuchen, auf ihre Art ihre zu retten und vielleicht mit irgend jemandem noch einen Vertrag zu machen, damit noch ein paar Kinder dorthin kommen, oder aber man setzt sich wirklich gemeinsam um einen Tisch mit dem Ziel einer Kreisträgerschaft. Das ist mein Ziel, das ich im Postulat formuliert habe, und das ist überhaupt noch nicht gemacht und deshalb überhaupt noch nicht abschreibungswürdig. Das muss der Weg sein, der Mut, dass man wirklich sagt, Oberstufe ist etwas, das man überkommunal trägt. Überkommunale Trägerschaft ist nicht das Gleiche wie dies Nachbargemeinden in Vertragslösungen machen und wir dann gleichwohl allein die Trägerschaft haben. Das ist zu unterscheiden: Das Ziel, wie ich es im Postulat formuliert habe, und daran müsste man arbeiten, wenn man das Postulat überweist, ist wirklich die Idee der Kreisträgerschaft.

Heidi Ehrsam: Felix Wettstein, ich bin nicht generell gegen den P-Standort. Wenn jetzt das Niederamt die Optionen für eine solchen P-Standort erfüllt, bin ich demgegenüber durchaus

sehr positiv. Ganz klar. Ich habe mit der Vision sagen wollen: Soweit, wie es jetzt hier für Olten schon steht und im Departement angedacht ist, ist es für mich hinfällig, ein Gesuch zu schreiben. Aber ich bin ganz klar für P-Standort ausserhalb der Kantonsschule Olten und Solothurn. Nur damit Du mich richtig verstehst. Damit habe ich gemeint, einer Vision nachleben, wenn man weiss, wie jetzt das Ganze hier schon da steht und wie eigentlich der Mist geführt ist. Für mich hätte es auch anders sein können. Das hätte für mich auch gestimmt.

Beschluss

Mit 26 : 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Parlamentspräsident Werner Good: Wir stimmen noch über den Antrag von Urs Knapp auf gleichzeitige Abschreibung ab.

Beschluss

Mit 19 : 18 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Werner Good: Während Ihr Würstchen esst, werde ich den beiden Damen draussen und der Dame, die uns immer das „Znacht“ vorbereitet, danken. Euch allen wünsche ich schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bis am 2. Januar.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.